



# Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



## Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

### Wider das Wachstum

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt  
Postwachstum und Degrowth

Angela Kallhoff  
Öffentliche Güter

Gerhard Kruij, Alejandro Pelfini  
Gutes Leben in planetaren Grenzen

Nils Goldschmidt, Sarah Lange  
Ökonomische Multiperspektivität im Postwachstumdiskurs

Bernhard Emunds  
Wider die ökologische Regression

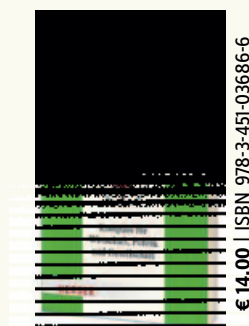
Niko Paech  
Interview zu Postwachstum als Überlebensfrage

Sozialinstitut Kommende Dortmund  
2/2026

# Was sind Voraussetzungen für gelingendes gesellschaftliches Miteinander?

Wie lassen sich soziale Konflikte überwinden und Gerechtigkeit herstellen? Die Katholische Soziallehre behandelt diese Fragen und bietet grundlegende Orientierungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – ohne starres Programm oder parteipolitische Agenda. Markus Schlagnitweit hebt diesen oft vergessenen sozialen Kompass aus seiner langjährigen Erfahrung in der Erwachsenenbildung neu ans Licht. Seine Einführung vereint klassische Prinzipien mit einem Überblick über Geschichte und neueste Entwicklungen der Katholischen Soziallehre.

**HERDER**



## Impressum

**20. Jahrgang**      **2026**      **Heft 2**

### *Herausgeber*

*Prälat Dr. Peter Klasvogt*, Rom,  
Campo Santo Teutonico

*Prof. Dr. Christian Spieß*, Linz

*Prof. Dr. Jonas Hagedorn*

Theologische Fakultät Paderborn

*Dipl. Theol. Detlef Herbers*, Dortmund,  
Sozialinstitut Kommende

### *Redaktion*

Dipl. Theol. Claudia Schwarz (Kommende Dortmund)

### *Konzept Schwerpunktthema*

Dr. Anna Karger-Kroll

Prof. Dr. Dr. Anne Konsek

### *Redaktionsanschrift*

Sozialinstitut Kommende, Redaktion Amosinternational,

Brackeler Hellweg 144, D-44309 Dortmund

Mail [redaktion@amosinternational.de](mailto:redaktion@amosinternational.de)

Internet [amosinternational.de](http://amosinternational.de)

X [@journal\\_amosin](https://www.xing.com/profile/amosinternational)

### *Erscheinungsweise*

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich.

**ISSN (Print): 1867-6421**

**ISSN (Online): 3053-8343**

### *Verlag und Anzeigen*

Verlag Herder GmbH

Hermann-Herder-Str. 4

79104 Freiburg

[www.herder.de](http://www.herder.de)

Anzeigenleitung: Bettina Haller

E-Mail: [anzeigenleitung@herder.de](mailto:anzeigenleitung@herder.de)

### *Kundenanfragen im Zusammenhang mit Produktsicherheit*

[produktsicherheit@herder.de](mailto:produktsicherheit@herder.de)

### *Preise (unverb. Empf. inkl. MwSt.)*

Jahres-Abo (4 Hefte; print + digital) 49,80 € [D]; 51,20 € [A];

54.00 Sfr [CH], zzgl. Versand.

Digital only: 45,80 € [D]; 47,20 € [A]; 49.60 Sfr [CH].

Jahres-Abo für Studierende: 39,80 € [D]; 41,20 € [A]; 43,00 Sfr [CH],

zzgl. € Versand.

Digital only: 35,80 € [D]; 37,20 € [A]; 38.80 Sfr [CH].

Einzelheft 14,90 € [D]; 15,40 € [A]; 16.15 Sfr [CH].

Kündigungsfrist: 6 Wochen zum Ende des Bezugszeitraums.

### *Abonnentenservice*

Verlag Herder GmbH, D-79080 Freiburg

Telefon (0761) 2717-200

E-Mail: [aboservice@herder.de](mailto:aboservice@herder.de)

### *Layout und Satz*

Markus Schmitz, Büro für typographische Dienstleistungen,

Altenberge

### *Druck*

RCDRUCK GmbH & Co. KG, Albstadt-Tailfingen.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

### *Umschlaggestaltung*

freistil – Büro für Visuelle Kommunikation, Werl



Editorial	<i>Detlef Herbers (Dortmund)</i> Fortschritt jenseits von Wachstum denken Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Anna Karger-Kroll (Siegen), Anne Konsek (Paderborn)</i> Wider das Wachstum?! Postwachstum, Degrowth und das Ende eines Wohlstandsmodells	3
	<i>Irmi Seidl (Birmensdorf), Angelika Zahrt (Neckargemünd)</i> Postwachstum und Degrowth Eine Einführung	5
	<i>Angela Kallhoff (Wien)</i> Öffentliche Güter Eine Neubestimmung in der politischen Philosophie	12
	<i>Gerhard Kruip (Mainz), Alejandro Pelfini (Buenos Aires)</i> Post-Wachstum oder Post-Extraktivismus? Gutes Leben in planetaren Grenzen	19
	<i>Nils Goldschmidt (Siegen), Sarah Lange (Siegen)</i> Ökonomische Multiperspektivität im Postwachstumsdiskurs Schwäche oder Zugewinn?	26
Arts & ethics	<i>Thomas Hoffmann (Remscheid)</i> „fiore“, 2022	28
	<i>Bernhard Emunds (Frankfurt am Main)</i> Wider die ökologische Regression Wachstumskritische Überlegungen – im Gespräch mit Tim Jackson	35
Interview	<i>Niko Paech (Siegen)</i> „Die Politik ist im Hinblick auf Nachhaltigkeit am Ende“ Interview zu Postwachstum als Überlebensfrage	43
Berichte	<i>Sebastian Dietz, Pavlos Leußler, Patrick Lindermüller, Jannik Schwab</i> Herausforderungen oder Krisen der Demokratie? Bericht zum 35. Forum Sozialethik	49
	<i>Pavlos Leußler, Magdalena Hürten, Christiane Kuroпка, Jakob Schrage</i> Machtanmaßung – spiritueller Missbrauch – sexualisierte Gewalt Den Herausforderungen begegnen und neue Wege denken	51
Der Überblick	Summaries	54
	Résumés	55
	Bisherige Schwerpunktthemen und Vorschau	56
Impressum		U2



Detlef Herbers

„Probleme kann man niemals (!) mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Diese Albert Einstein zugeschriebene Einsicht weist auf eine grundlegende Bedingung der allseits bewussten und notwendigen sozial-ökologischen Transformation hin: unsere Weisen der Produktion, des Konsumierens und der Lebensführung anders zu denken.

Transformation ist das Gegenteil von Optimierungen und Anpassungen der bisherigen Wirtschafts- und Lebensmodelle – so erfolgreich sie in der Vergangenheit auch waren und Wohlstand und Demokratie ermöglichten. Dies gilt umso mehr, als der Fortschritt auf fossilen Rohstoffen basierte. Die Folgen bisheriger und weiterer Ausbeutung dieser natürlichen Ressourcen gefährden auf zerstörerische Weise den erreichten wie zukünftigen Wohlstand. Die Frage, ob Fortschritt rein materiell – wie bisher – gedacht werden muss, stellt sich angesichts des Überschreitens der planetarischen Grenzen in existenzieller Zuspitzung. Die Kritik trifft auch die historisch enge Verzahnung von materiellem Fortschritt und Demokratie.

Titelte die berühmte Studie des Club of Rome von 1972 noch „Die Grenzen des Wachstums“, so haben sich mit dem Wissen von heute die Szenarien der Studie bestätigt und verschärft: Nicht nur müssen Kohle, Gas und Öl, noch reichlich vorhanden, in der Erde bleiben. Darüber hinaus müssten dringend Treibhausgase der Atmosphäre entnommen werden. Bislang ist dies aber ein vages technologisches Versprechen. Weiteres Wachstum ist angesichts des Überschreitens planetarischer Grenzen Irrsinn, gefährdet das Wohlergehen nicht erst der Enkel.

## Fortschritt jenseits von Wachstum denken

Die Debatte um die Grenzen des Wachstums schließt die Frage nach Grenzen des Wohlstands ein, zumal angesichts der globalen Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Statt sich weiterhin an einer permanenten Steigerung des Wohlstands zu orientieren, macht die Frage nach einem bestimmten „Wohlstandssockel für alle“ (Hedwig Richter) mehr Sinn. In einer solchen globalen und universalistischen Perspektive braucht es für die, die mehr als genug haben, eine Neubesinnung auf die alten Tugenden von Genügsamkeit und Maßhalten. Ebenso gehört in die Debatte, was von allen für alle jenseits privaten Wohlstands an öffentlicher Daseinsfürsorge und öffentlichen Gütern bereitgestellt werden sollte. Es braucht wahrlich neue Denkweisen, die sich vom gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Mantra des Wachstums verabschieden.

Die Beiträge dieser Ausgabe von Amosinternational gehen – aus unterschiedlichen Perspektiven und Ansätzen – der Tragfähigkeit des Appells „Wider das Wachstum“ nach. Die beiden Koordinatorinnen des Heftes, Anna Karger-Kroll und Anne Konsek, stellen pointiert vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen und ihrer normativen Aspekte die Heftkonzeption vor. Irmi Seidl und Angelika Zahrnt zeichnen die Diskurse um Postwachstum und Degrowth der letzten Jahrzehnte als Grundlage zum Abschied des Wachstumsparadigmas nach. Bernhard Emunds setzt sich kritisch und weiterdenkend mit der einflussreichen Theorie des Wohlstands ohne Wachstums von Tim Jackson auseinander. Nils Gold-

schmidt und Sarah Lange plädieren für eine ökonomische Multiperspektivität, für das Gespräch unterschiedlicher ökonomischer Theorien, um tragfähige Transformationspfade in der ökologischen Krise zu entwickeln.

Der Beitrag von Gerald Kruij und Alejandro Pelfini differenziert die globale Forderung der sozial-ökologischen Transformation im Blick auf den lateinamerikanischen Kontext. Aus der Perspektive des „Globalen Südens“ skizzieren sie eine vorsorgeorientierte Kombination von Post-Wachstum und Post-Extraktivismus. Angela Kallhof führt in die Theorie der öffentlichen Güter ein. In der politischen Philosophie sind diese Güter unverzichtbar für das gute Zusammenleben, da sie Demokratie, Inklusion und Gleichheit fördern. Abgerundet wird diese Ausgabe durch ein facettenreiches Interview von Claudia Schwarz, Chefredakteurin von Amosinternational, mit Niko Paech, renommierter Vertreter der Postwachstums-Ökonomie.

Transformation meint, bisherige Routinen und Gewohnheiten zu ändern. Theologisch würde man von Umkehr sprechen. Wünschenswert ist, dass die Lektüre der Beiträge Lust macht, unsere Welt des Produzierens und Konsumierens neu zu denken, unser Handeln neu auszurichten.

Hingewiesen sei, dass Amosinternational sich schon in der Ausgabe 3/2011 mit dem Thema des Postwachstums auseinandergesetzt hat. Der Artikel von Joachim Wiemeyer dort bietet eine Zusammenstellung katholischer Positionen seit dem II. Vatikanischen Konzil.



# Wider das Wachstum?!

## Postwachstum, Degrowth und das Ende eines Wohlstandsmodells

Wirtschaftliches Handeln orientiert sich bisher in erster Linie an der Leitmaxime des Wachstums, schließlich verspricht es, verstanden als Steigerung des BIP, allgemeine Wohlstandsmaximierung, die Verbesserung der Lebensumstände aller Bevölkerungsschichten und die Stabilisierung sozialer Sicherungssysteme.

Bereits in den 1960er Jahren wurde jedoch Kritik an den mit dem Kapitalismus im Allgemeinen und einer neoliberalen Marktwirtschaft im Besonderen assoziierten Steigerungs- und Wachstumsimperativen formuliert. Anstelle des versprochenen „Wohlstands für alle“, führte die der kapitalistischen Marktlogik immanente Orientierung an Verfügbarmachung und Gewinn nicht nur zu sozialer Ausbeutung und zunehmender Ungleichheit, sondern zugleich zur Zerstörung von Klima und Ökosystemen. Auch Papst Franziskus hat vor diesem Hintergrund immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die an maximalem Gewinn ausgerichtete Wirtschaft und ihre Produktionsweisen Hauptursachen für die Erhöhung der Treibhausgasemissionen, für den Rückgang der Biodiversität und die Zunahme an Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzungen sind. Er war sich mit vielen seiner leidsensiblen Zeitgenoss:innen deshalb darin einig, dass alle Bestrebungen, die Welt zu hüten und zu verbessern, voraussetzen, „dass [sich] die Lebensweisen, die Mo-

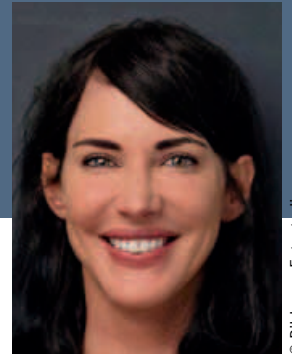
delle von Produktion und Konsum und die verfestigten Machtstrukturen [von Grund auf] ändern (LS 5)“ müssen. So unstrittig dabei sein mag, dass nur solch eine Form des Wirtschaftens als verantwortungsvoll gelten kann, unter deren Vorzeichen die Zielvorgaben sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit eingehalten werden können, so umstritten ist jedoch deren konkrete Umsetzung.

Angesichts der Beharrungskräfte eingelebter Praxis wird immer wieder argumentiert, dass die ausdauernde Motivation für den zähen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen anstrengenden Veränderungsprozess konkrete Vorstellungen davon benötigt, wie eine nachhaltige Existenzweise aussehen und sowohl strukturell als auch lebenspraktisch umgesetzt werden kann. Nur so lässt sich eine positive Zukunftsperspektive zurückgewinnen. Dazu muss nicht zuletzt auch nach einer Wirtschaftsweise gesucht werden, die einerseits nicht hinter den Komplexitätsanforderungen arbeitsteiliger Gesellschaften und ihren Reproduktionsbedingungen zurückbleibt und andererseits den verinnerlichten konkurrenzkapitalistischen Wachstums- und Steigerungsimperativen zumindest kritisch begegnet.

In den europäischen Diskussionen über die Gelingensbedingungen eines sozialökologischen Pfadwechsels haben in den letzten Jahren immer wieder



Anna Karger-Kroll



Anne Konsek

sogenannte *Postwachstums-* oder *Degrowth-*Ansätze eine theoretische und praktische Perspektive eingebracht, die die strukturell und kulturell verinnerlichte Verbindung von Wachstum und Wohlstand in Frage stellt. Als konkrete Nachhaltigkeits-Utopien analysieren sie die gesellschaftlichen und mentalen Voraussetzungen alternativer Wirtschafts- und Lebensformen innerhalb der planetaren Grenzen. Sie wollen dabei jedoch nicht nur als eine theoretische Stimme im akademischen Nachhaltigkeitsdiskurs verstanden werden; vielmehr gelten sie als eine aktivistisch-emanzipatorische Bewegung, die unter anderem in der Sichtbarmachung, Bereitstellung und Verstetigung von gemeinschaftlichen Erfahrungsräumen neue Denkhorizonte für ein gelingendes Leben jenseits der problematischen Verkopplung von (wirtschaftlichem) Wachstum und (monetärem) Wohlstand zu eröffnen versucht. Auch wenn diese Ansätze zahlreiche kritisch-diagnostische Perspektiven anbieten, d. h. für das notwendige vernetzte und vernetzende Denken vielversprechende transformationstheoretische Impulse liefern können, spielen sie im sozialetischen Diskurs bisher eher eine untergeordnete Rolle. Nimmt man Papst Franziskus' Forde-



rung ernst, „nach einem anderen Verständnis von Wirtschaft und Fortschritt zu suchen (LS 16)“, besteht jedoch die Gefahr, mögliche Mitstreiter:innen für den sozialökologischen Paradigmenwechsel und damit auch die Bewältigung der spätmodernen Polykrisen zu übersehen.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die vorliegende Ausgabe von *Amos-international* Postwachstums- und Degrowth-Ansätzen, wobei die Zusammenstellung der Beiträge drei Intentionen folgt: Erstens soll ein exemplarischer Einblick in die gegenwärtig diskutierten Konzeptionen und Modelle gegeben und dabei geholfen werden, ein grundlegendes Verständnis von den mittlerweile transnationalen und interdisziplinär vernetzten Postwachstums- und Degrowth-Ansätzen zu entwickeln. Im Hintergrund stehen dabei u. a. die Fragen, ob der Verlust an Wachstum notwendig zu einem Verlust von Wohlstand führen muss, oder ob „grünes Wachstum“ eine realistische, problem-sensible Zielvision darstellt.

Zweitens wollen die Beiträge konkrete Perspektiven und Beispiele für Postwachstums- und Degrowth-Praktiken vorstellen und deren normativen Grammatiken und impliziten Wertebezüge diskutieren. Dabei gilt es u. a. zu fragen, aus welchen politischen oder ideologischen Vorannahmen sie ihre Autorität ableiten, welche Personen bzw. Personengruppen von ihnen profitieren bzw. benachteiligt werden oder aus welchen gesellschaftstheoretischen oder anthropologischen Grundannahmen sie sich plausibilisieren.

Drittens möchten die Beiträge dieser Ausgabe dabei helfen, Postwachstums- und Degrowth-Ansätze unter den Vorzeichen christlicher Sozial- und Wirt-

## ZU DEN AUTORINNEN

**Anna Karger-Kroll**, geb. 1985, Dr. theol., studierte Katholische Theologie, Germanistik und Beratungslehramt an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und schloss ihr theologisches Doktorat 2020 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt ab. Seit 2019 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Fachvertreterin für Theologische Ethik am Lehrstuhl für Systematische Theologie der Universität Siegen. Aktuell setzt sie sich in ihrem Habilitationsprojekt bei Prof. Vogt an der LMU München mit dem Umgang mit Rebound-Effekten im Kontext einer nachhaltigen Digitalisierung auseinander und analysiert aus sozialetischer Perspektive deren ökologische, soziale und ökonomische Wirkungen, insbesondere im Kontext der sozial-ökologischen Transformation. Darüber hinaus widmet sie sich der Normativität sozialpolitischer Ordnungen und ihrer gegenwärtigen Diskurse, wobei die gesetzliche Rentenversicherung im Zentrum steht.

**Anne Konsek** ist Professorin für Philosophie und Ethik an der Katho NRW im Fachbereich Sozialwesen studierte Philosophie, Katholischen Theologie, Japanologie und Geschichte und Ethik der Medizin in Köln, Münster und Kyoto. Sie promovierte sich 2018 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Philosophie sowie 2025 an der Theologischen Fakultät Paderborn in Christlicher Sozialethik. Sie forscht u. a. zur Bedeutung soziologischer Postwachstumskonzepte für philosophische und sozialetische Nachhaltigkeitsdiskurse, zum Potenzial des Subsidiaritätsprinzips für Civil Societies und den demokratietheoretischen Implikationen des neuerlichen, digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit.

schaftsethik einzuordnen und deren sozialetische Grundorientierungen sichtbar zu machen. In Erinnerung an die Grundprämisse christlicher Wirtschaftsethik, nach der die Wirtschaft eine Dienstfunktion für den Menschen hat und auf ihn hingeeordnet ist (GS 63), gilt es nicht zuletzt zu überlegen, wo Postwachstumsansätze und christliche Wirtschaftsethiken gemeinsame Schnittmengen aufweisen, wo aber auch die christliche Sozialethik durch ihr spezifisches normatives Profil als heuristisch-konstruktives Korrektiv fungieren kann und muss.

Die Koordinatorinnen möchten mit dieser Ausgabe zum einen an die Grenzen und Gefahren gegenwärtiger Wirtschaftsweisen erinnern und dazu ermutigen, die Interdependenz der sozialen,

ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Gerechtigkeit in den akademischen aber auch öffentlichen und politischen Diskursen wieder neu sichtbar zu machen. Zum anderen hoffen sie, im Rahmen der Beiträge eine kritisch-konstruktive Perspektive auf Postwachstums-Ansätze anbieten und für den normativen Horizont des Postwachstums-Diskurses sensibilisieren zu können. Nicht zuletzt möchten sie zu einer weiterführenden Auseinandersetzung mit diesem Diskurs motivieren und dazu ermutigen, in einen offenen, demokratischen Austausch über die individuellen und strukturellen Bedingungen des benötigten sozialökologischen Pfadwechsels zu treten.

# Postwachstum und Degrowth

## Eine Einführung



Über Postwachstum und Degrowth gibt es seit den 2000er Jahren intensive Diskussionen, die weitgehend wachstumskritisch sind. Sie sind wissenschaftlich, politik- sowie transformationsorientiert und speisen sich aus verschiedenen kritischen Perspektiven. Während sich der Fokus bei Postwachstum auf Wachstumsunabhängigkeit richtet, ist es bei Degrowth der gestaltete Rückgang der wirtschaftlichen Produktion und Ressourcennutzung. Die Frage, ob eine ausreichende absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Umweltschädigung in der nötigen kurzen Frist stattfinden kann, ist zentral. Wachstumskritiker:innen sehen keine Hinweise dafür. Ihr Ziel ist, das vorherrschende Wachstumsparadigma mit seinen Dynamiken und Wachstumsabhängigkeiten abzulösen, sodass die ökologischen Grenzen eingehalten, soziale Errungenschaften gesichert und global ausgedehnt werden können, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

In einer repräsentativen Befragung in Deutschland im Jahr 2022 stimmten 85% der Aussage zu: „Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.“ Der Aussage „Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet“ stimmten hingegen nur 25% zu (Umweltbundesamt 2023). In der Schweiz sieht es die Bevölkerung sehr ähnlich. Weshalb sich die Befragten so äußern, ist nicht bekannt, doch in der wachstumskritischen Diskussion und Literatur gibt es verschiedene Argumentations-

stränge. Neben der ökologischen Kritik an Wachstum gibt es gemäß Schmelzer und Vetter (2019) eine Wachstumskritik aus sozial-ökonomischer, kultureller, feministischer, kapitalismus- sowie industrialismuskritischer Perspektive. Diese Kritiken basieren auf aktuellen und seit längerem erkannten Krisen und Problemlagen. Zentrale Ursachen dafür sehen die jeweiligen Wachstumskritiker:innen im ständigen Wachstum, in der prioritären Ausrichtung darauf (Wachstumsparadigma) sowie in der Abhängigkeit von Wachstum (Wachstumsabhängigkeit).



Irmi Seidl



Angelika Zahrnt

derbringlich verändert sind, was sich negativ auf das menschliche Wohlergehen und die weitere zivilisatorische Entwicklung auswirkt. Eine der überschrittenen planetaren Grenzen ist der Nährstoffkreislauf, beispielsweise von Stickstoff. Die viel zu hohen Stickstoffemissionen aus Landwirtschaft, Verkehr und Industrie überdüngen und versauern Böden, Meere und Wälder. Sie belasten das Grundwasser mit Nitrat, schaden der menschlichen Gesundheit durch Stickstoffdioxid und Feinstaub

### Ökologische Kritik am Wirtschaftswachstum

Für die Autorinnen dieses Beitrags ist die ökologische Kritik am Wirtschaftswachstum wesentlich. Sie fokussiert die Übernutzung der natürlichen Ressourcen, die daraus folgenden Schäden und den Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum. Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen ist beispielsweise am ökologischen Fußabdruck ablesbar. Demnach bräuchte Deutschland drei Planeten Erde, um seinen Ressourcen hunger zu stillen. Deshalb findet der

Overshoot-Day jedes Jahr früher statt. Dies ist der Tag im Jahr, an dem die für das Jahr verfügbaren Ressourcen, die ohne Umweltschädigung genutzt werden können, aufgebraucht sind – in Deutschland war das im Jahr 2025 bereits am 3. Mai. Die Schäden der Übernutzung kumulieren und führen zum Überschreiten planetarer Grenzen (siehe Abbildung 1). Die Überschreitung einer Grenze bedeutet, dass möglicherweise Prozesse des Erdsystems unwie-

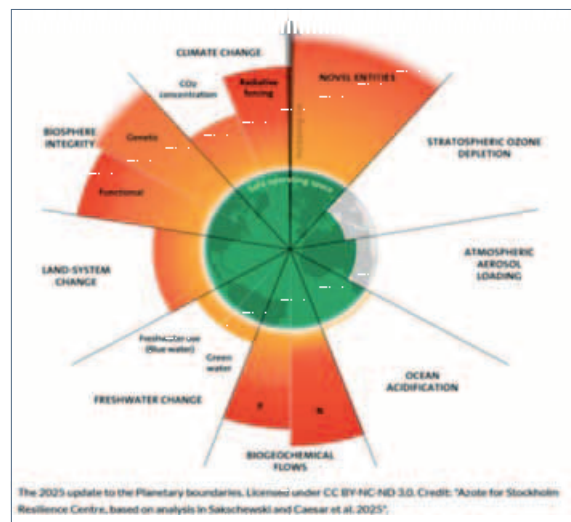


Abb. 1: Überschreitung planetarer Grenzen



und fördern durch Lachgas den Klimawandel. Der Klimawandel ist eine weitere planetare Grenze, die überschritten wurde. Die Phase des relativ konstanten Klimas der letzten 12 000 Jahre ist beendet, die Zukunft wird klimatisch instabiler. Von den insgesamt neun planetaren Grenzen sind inzwischen sieben überschritten.



Die Überschreitung der planetaren Grenzen lässt sich mit der starken Ausdehnung wirtschaftlicher Aktivitäten erklären

Die Überschreitung der planetaren Grenzen lässt sich mit der starken Ausdehnung wirtschaftlicher Aktivitäten erklären: Für den Produktionsprozess werden natürliche Ressourcen, Energie und Fläche nutzbar gemacht und dabei verwandelt. Neben Produkten und Dienstleistungen entstehen auch Abfall und Emissionen. Auch Produkte sowie Maschinen und Hilfsmittel für die Herstellung werden früher oder später zu Abfall.

### *Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturnutzung*

Es ist umstritten, ob sich Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Umweltschädigung entkoppeln lassen. Es gibt drei Formen der Entkopplung: die relative, die absolute und die ausreichend absolute Entkopplung (siehe Abbildung 2). Eine relative Entkopplung liegt vor, wenn die Wirtschaft stärker wächst als der Ressourcenverbrauch bzw. die Umweltschädigung. Dies ist bei den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Fall. Bei absoluter Entkopplung wächst die Wirtschaft, während gleichzeitig der Ressourcenverbrauch bzw. die Umweltschädigung sinkt. Eine solche absolute Entkopplung zeigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland und den Nachbarländern – wenn auch in geringem Ausmaß (Vogel und Hickel

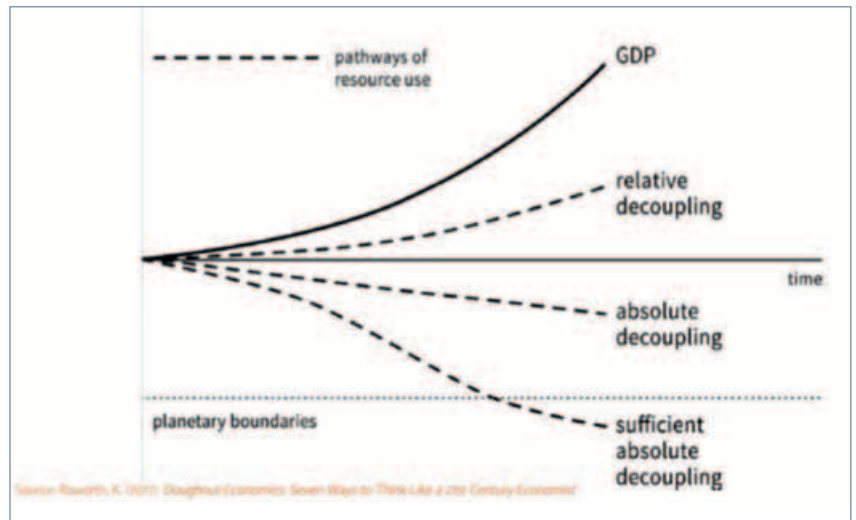


Abb. 2: Formen der Entkopplung

2023). Aufgrund dieser geringen Entkopplung würden Jahrzehnte benötigt, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Eine ausreichende absolute Entkopplung liegt schließlich vor, wenn die Wirtschaft wächst und dabei der Ressourcenverbrauch bzw. die Umweltschädigung so stark sinkt, dass die planetaren Grenzen eingehalten werden können. Eine solche starke Entkopplung ist bislang nicht beobachtbar. Letztlich ist eine solche Entkopplung aber Bedingung für ein Wachstum, das als ‚grün‘ bezeichnet werden kann.

### *Gründe für die unzureichende Entkopplung*

Zweifellos waren die Effizienzanstrengungen der letzten Jahrzehnte wirksam. Doch dies wurde mehr als kompensiert. Die Entkopplung blieb bisher aus oder ist zu gering, aufgrund von Wirtschaftswachstum, Reboundeffekten<sup>1</sup>, der globalen Verstärkung, die viel Energie und Ressourcen frisst, und weiteren Faktoren. Deutlich wird: Die bisherige Umweltpolitik kann die Verschlechterung der Umweltsituation nicht brem-

sen – vor allem nicht, wenn die Wirtschaft wächst.

Entsprechend ist die Frage zentral, ob überhaupt eine ausreichende absolute Entkopplung stattfinden kann. Sie entscheidet darüber, ob weiteres



Die bisherige Umweltpolitik kann die Verschlechterung der Umweltsituation nicht bremsen – vor allem nicht, wenn die Wirtschaft wächst

Wirtschaftswachstum vertretbar ist, will man gleichzeitig die ökologischen Probleme in den Griff kriegen. Viele Wachstumskritiker:innen sind sehr skeptisch; vor allem befürchten sie, dass eine solche Entkopplung nicht innerhalb der notwendigen Frist stattfinden kann. Wachstumsbefürworter:innen gehen dagegen davon aus, dass technischer Fortschritt eine solche Entkopplung ermöglicht.

<sup>1</sup> Reboundeffekte treten auf, wenn das Potenzial umweltfreundlicher Techniken nicht voll ausgeschöpft wird, weil Kompensationsnutzungen stattfinden – z. B. intensivere Beleuchtung bei Einsatz von LED-Lampen.

## Ständiges Wirtschaftswachstum seit der Nachkriegszeit

Als Beginn des starken wirtschaftlichen Aufschwungs und stetigen Wachstums gilt die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Das *International Geosphere-Biosphere Programme* (IGBP, 1987–2015), das zu globalem Wandel forschte, spricht von *great acceleration* (große Beschleunigung). Seither hätten die tiefgreifendsten Veränderungen des Mensch-Natur-Verhältnisses in der Erdgeschichte stattgefunden. Das zeigt sich an exponentiellen Trends verschiedener ökonomischer und ökologischer Entwicklungen (siehe Abbildung 3). In der Umweltgeschichte wird dies als Epochenwelle bezeichnet. Hauptgründe hierfür sind der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, erstmals sehr günstige fossile Energie, die die Wirtschaft ankurbeln und der breiten Bevölkerung viele neue Produkte erschloss, sowie die Etablierung des ‚fordistischen Konsummodells‘, das hochproduktive Fließbandarbeit mit vergleichsweise hohen Löhnen für die Arbeitenden verband. Dadurch konnten sich die Arbeitenden die so produzierten Produkte leisten; Massenproduktion und Massenkonsum breiteten sich aus (Pfister 1994). Parallel dazu wurden bahnbrechende Erfindungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Chemie, Motoren, Materialien etc.) auf breiter Ebene eingesetzt. (Manche bezeichnen in diesem Zusammenhang – wohl etwas überspitzt – die Waschmaschine als die wachstumsträchtigste Erfindung, weil sie Frauen ermöglichte, erwerbstätig zu werden.) Die Wachstumsraten in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg waren tatsächlich einmalig hoch. Zum ersten Mal konnte nun auch Wirtschaftswachstum gemessen werden: Der Indikator ‚Bruttoinlandsprodukt‘ (BIP) wurde in den 1930er Jahren in den USA und Großbritannien entwickelt, dort im Zweiten Weltkrieg eingesetzt, um die Kriegswirtschaften effizient zu organisieren, und später in Europa und darüber hinaus eingeführt.

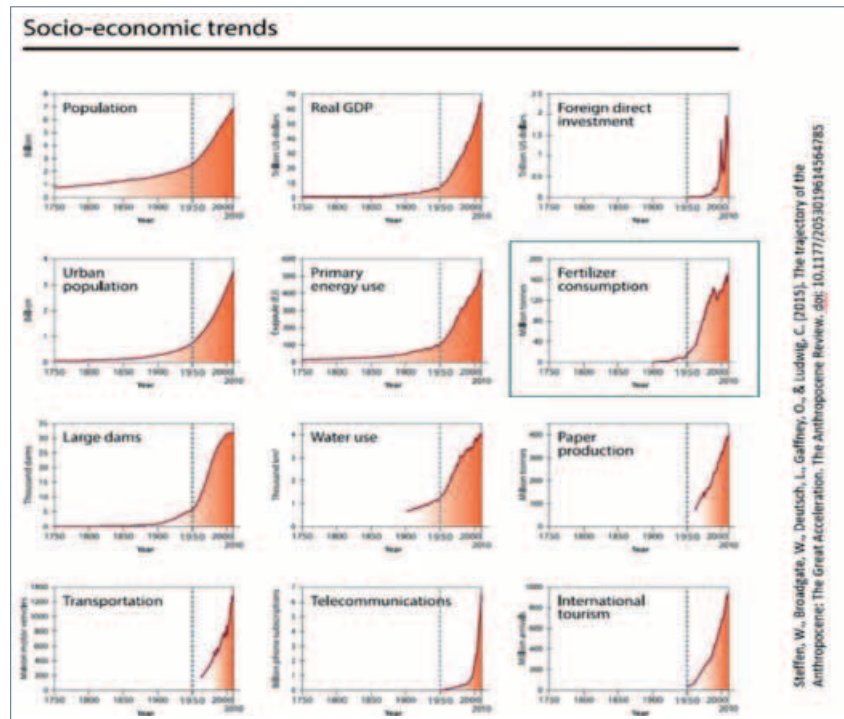


Abb. 3: Sozio-ökonomische Trends

Verschiedentlich wird der Beginn der wirtschaftlichen Expansion früher angesetzt: Wachstum und Akkumulation hätten demnach mit der industriellen Revolution und der Etablierung des Kapitalismus eingesetzt. Andere verweisen auf die Entdeckung Amerikas und die Kolonialisierung. Sicherlich bewirkten beide Entwicklungen je eine starke wirtschaftliche Expansion und etablierten Akkumulations- und Wachstumsdynamiken. Doch die Expansion ab den 1950ern lässt sich zweifellos als historisch einmalig bezeichnen.

### Abhängig von Wirtschaftswachstum

Die hohen Wachstumsraten ab den 1950er Jahren prägten die internationale und europäische wirtschaftspolitische Neuordnung sowie den Aufbau (sozial-)politischer Institutionen (z. B. Wohlfahrtsstaat). Ein Großteil von Politik und Gesellschaft ging davon aus, dass die Wachstumsraten dauerhaft hoch bleiben würden. Es entwickelte und verankerte sich zunehmend ein

Wachstumsparadigma: Die Annahme ständigen Wachstums und die Priorität für Wachstum prägen seit der Priorität für Wachstum prägen seit den 1950er Jahren die Denkweisen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, ihre Zielsetzungen sowie das Funktionieren ihrer Institutionen und (Infra-)Strukturen. Ein Resultat ist

Die Annahme ständigen Wachstums und die Priorität für Wachstum prägen seit den 1950er Jahren die Denkweisen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, ihre Zielsetzungen sowie das Funktionieren ihrer Institutionen und Strukturen

Wachstumsabhängigkeit. Diese äußert sich unter anderem darin, dass die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Institutionen und (Infra-)Strukturen nur funktionieren, wenn es Wachstum gibt. Rückläufiges oder ausbleibendes Wachstum führt hingegen – aus welchen Gründen auch immer – zu ökonomischen, gesellschaftlichen und

politischen Krisen. Beispiele dafür sind die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007 bis 2009, die COVID-Krise ab 2020, die Krise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine (2022) sowie die amerikanischen Wahlen von 2024.

Gleichzeitig unterliegen Unternehmen und Institutionen aller Art einem Wachstumszwang und -drang: Unternehmen wollen oder müssen wachsen, um Gewinne zu reinvestieren, wettbewerbsfähig zu bleiben und die Gewinnerwartungen von Aktionären zu erfüllen. Der Staat will Wachstum, um dank höherer Steuereinnahmen umzuverteilen und seine Aufgaben auszubauen und zu finanzieren. Der technische Fortschritt braucht Nachfrage für neue Produkte, was mehr Menschen animiert, (mehr) zu arbeiten. Forschende haben inzwischen eine Vielzahl solcher Mechanismen identifiziert.

### *Rückläufige Wachstumsraten*

Diesen Wachstumsdynamiken stehen in reifen Industrieländern rückläufige Wachstumsraten gegenüber; gleichwohl bedeuten auch geringe Wachstumsraten Wachstum. In absoluten Zahlen wächst das BIP oft in ähnlichem Umfang wie früher, als die Wachstumsraten höher waren. Ein Beispiel: Das deutsche BIP pro Kopf wuchs in den Jahren 1991, 2007 und 2018 jeweils um je 400 €. Im Jahr 1991 entsprach dies einem Wachstum von 1.3%, im Jahr 2007 von 1% und im Jahr 2018 von lediglich 0.9% (aufgrund des zunehmend höheren Ausgangswertes). Im Jahr 2024, nach einem leichten Sinken des BIP pro Kopf auf 43 100 €, war es leicht höher als im Jahr 2017 (43 000 €).

Doch was sind die Gründe für die rückläufigen Wachstumsraten? Auch hierfür gibt es verschiedene Erklärungen: Erstens sind es die sich erschöpfenden starken Wachstumsimpulse, die auf Erfindungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurückgehen. Diese Erfindungen bewirkten große Infra-

strukturausbauten, z. B. Verkehrs- und Versorgungsnetze, und brachten den Massenkonsum hervor, wie oben aufgezeigt. Demgegenüber lösen neuere Erfindungen kein vergleichbares Wachstum aus (z. B. IT), so die Vertreter dieser Argumentation. Ein zweites Argument ist die Demografie: Schrumpfende und alternde Gesellschaften wachsen weniger, da sowohl die Nachfrage als auch die Innovationskraft sinken. Drittens senkt die Ausdehnung des Dienstleistungssektors, die alle reifen Ökonomien verzeichnen, die Wachstumsraten, denn dort ist das Effizienzpotenzial geringer als im Industriesektor. Viertens gilt eine hohe Verschuldung von Privaten und Staaten als nachfrage- und damit wachstumsdämpfend. Ähnlich wirken, fünftens, große Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen: Jene, die den Großteil ihres Einkommens ausgeben (die unteren Einkommensbezieher:innen), haben nicht viel, während die anderen (mit hohem Einkommen und meist auch Vermögen) ihr Geld v. a. anlegen; ihr Konsum reicht jedoch nicht aus, um das Wachstum allgemein anzukurbeln. Sechstens sind gesellschaftliche Wertverschiebungen zu beobachten, die das Wachstum bremsen oder zumindest nicht ankurbeln: Solche Wertveränderungen, die, ausgehend von Nischen, zu allgemeineren Wertvorstellungen werden und sich wirtschaftlich auswirken, sind beispielsweise die *Share Economy*, die Konzepte der Suffizienz und des Minimalismus sowie die Do-it-yourself- und Reparaturbewegungen. Siebtens bremsen die Kosten von Umweltkatastrophen sowie von Umweltregulierungen das Wachstum. Für die USA wird, achtens, ein allgemein schlechtes Bildungsniveau ins Feld geführt. Schließlich sei, neuntens, auf die rein rechnerische Tatsache verwiesen, dass jegliches Wachstum, das nicht exponentiell ist (also gleichbleibende oder wachsende

Wachstumsraten hat) zu rückläufigen Wachstumsraten führt. Dauerhaft exponentielles Wachstum ist nicht denkbar.<sup>2</sup>

### *Wachstumsabhängigkeit trifft auf rückläufige Wachstumsraten*

In den späten 1960er Jahren stieß Wachstumsabhängigkeit zum ersten Mal auf Wachstumsschwäche. Daran erinnert das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967. Seither gibt es immer wieder Konjunkturerinbrüche, die nur selten zu den vorherigen Wachstumsraten zurückführen. Gleichzeitig gehen die durchschnittlichen Wachstumsraten insgesamt zurück, wie oben aufgezeigt. Die Politik begegnet der Wachstumsschwäche mit verschiedensten Wachstumspolitiken: Handelsliberalisierung durch internationale Verträge und Stärkung der europäischen Integration, Abbau von Regulierungen, zahllose Subventionen zur Verbilligung von Energie und anderen Rohstoffen, Forschungsförderung, steuerliche Belastung von Arbeit und Entlastung von Unternehmen, öffentliche Verschuldung, Konsumförderung, Nichtregulierung und Regulierungsabbau von gesundheits- und umweltschädlicher Ressourcenausbeutung und Produktion, hier und vor allem im ‚Globalen Süden‘. Der Verzicht auf eine griffige Umweltpolitik, beispielsweise in Form von Umweltsteuern oder Regulierung, wird offen und verdeckt damit begründet, dass eine solche Politik das Wachstum dämpfen könnte, indem sie Kosten und Preise erhöht. Entsprechend verschanzen sich Politiker:innen hinter einem Wachstumsvorbehalt, wenn sie mit umweltpolitischen Forderungen und Zielen konfrontiert werden. Oder anders formuliert: Aufgrund der Wachstumsorientierung und -abhän-

<sup>2</sup> Der amerikanische Ökonom Kenneth Boulding machte dazu 1973 im US-Kongress den vielzitierten Ausspruch: „Anyone who believes exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist“.



gigkeit wird keine ausreichend wirksame Umweltpolitik betrieben.

## Wachstumskritische Diskussionen

Die Wachstumskritik setzte – mit et- was Verzögerung – mit der wirtschaftli- chen Ausdehnung ab den 1950er Jahren ein (Seidl und Zahrnt 2021). Die 1972 veröffentlichte Publikation *Die Gren- zen des Wachstums* entfachte mit über 30 Millionen verkauften Exemplaren in 30 Sprachen eine große Diskussion über die möglichen Gefahren durch expo- nentiell Wachstum von wirtschaftli- cher Produktion, Bevölkerung, Ressour- cenverbrauch. Diese Studie gilt als Im- puls für die Umweltbewegung, wurde aber auch wegen der teilweise düsteren Szenarienergebnisse vehement kritisiert und bekämpft. Seither wurden die da- maligen Szenarienberechnungen mehr- mals nachgerechnet: Demnach bewegt sich unsere Welt durchaus in Richtung des ‚Business-as-Usual‘-Szenarios, d. h. die Gesellschaft entwickelt sich wie bis- her weiter. Das könnte bedeuten, dass die Wirtschaftsleistung, die Nahrungs- mittelproduktion sowie die Ressourcen- verfügbarkeit in den nächsten 10 bis 15 Jahren etwas oder stark einbrechen.

In den 1980er Jahren wurde Kritik am Indikator Bruttoinlandsprodukt laut. Dieser misst die wirtschaftliche

Produktion einer Volkswirtschaft, wur- de aber schnell als Wohlstandsindika- tor interpretiert. Die Kritik kam vor allem von zwei Seiten: der feministischen, die kritisierte, dass die unbezahlte Ver- sorgungs-, Familien- und Sozialarbeit zwar eine zentrale Grundlage von Ge- sellschaft und Wirtschaft sei, aber nicht in das BIP eingehe; vielmehr würde die- se Leistung nicht entschädigt, sondern ausgebeutet und nicht anerkannt. Die andere Seite kritisierte, dass die ökolo- gischen und sozialen Kosten des Wirt- schaftens nicht in das BIP eingingen;



Es gibt Studien, die zeigen, dass die soziale Kluft durch wirtschaftliches Wachstum zunimmt und sich die Bedingungen für die breite Masse verschlechtern

mehr noch: Schäden für Mensch und Umwelt könnten das BIP sogar erhö- hen, beispielsweise, wenn aufgrund ei- ner Umweltkatastrophe Reparaturarbei- ten anfallen würden. Berechnungen zei- gen, dass in reifen Ökonomien das Wohlergehen der Menschen seit den 1970er Jahren trotz Zunahme des BIP stagniert oder zurückgeht. Diese Fakto- ren sind heute immer noch nicht im BIP berücksichtigt, aber immerhin gibt es inzwischen statistische Erhebungen da- zu. Es gibt auch Studien, die zeigen,

dass die soziale Kluft durch wirtschaftli- ches Wachstum zunimmt und sich die Bedingungen für die breite Masse ver- schlechtern. Mehr noch, es wurde argu- mentiert, dass es für eine Verbesserung der Lebensbedingungen – weder im Norden noch im Süden – kein Wachs- tum brauche.

Von den 1980er Jahren bis 2008 wurde die Wachstumskritik zwar zu- nächst leiser; sie wurde durch die Nach- haltigkeitsdiskussion überlagert. Mit der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009, der fortschreitenden Umweltzerstörung, der auseinander- klaffenden Lohn- und Vermögensschere sowie den weiterhin sehr großen globa- len Ungleichheiten entstand jedoch ei- ne neue Wachstumskritik, die auf Echo stieß: Die Debatte um eine sogenann- te Postwachstumsgesellschaft und De- growth.

## Postwachstum und Degrowth

Die Autorinnen dieses Beitrags führ- ten im Jahr 2010 das Konzept der *Post- wachstumsgesellschaft* ein (Seidl und Zahrnt 2010). Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Zusammenhän- ge problematisiert dieses Konzept vor allem, dass zentrale Bereiche in Gesell- schaft und Wirtschaft auf Wachstum angewiesen sind, um ihre Funktionen erfüllen zu können. Entsprechend för-

## LITERATUR

- Burkhart, Corinna/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina (Hg.) (2017): *Degrowth in Bewegung(en)*. 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München.
- Pfister, Christian (1994): Das 1950er Syndrom. Die Epochenschwelle der Mensch-Umwelt-Beziehung zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft, in: *GAIA* 3(2), 71–90.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*, Marburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2019): *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft*, Marburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2021): Eine kurze Geschichte der Wachstumskritik, in: Franzini, Luzian/Herzog, Roland u. a. (Hg.): *Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel*, Zürich, 15–25.
- Umweltbundesamt (2023): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Dessau.
- Vogel, Jefim/Hickel, Jason (2023): Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO2-GDP decoupling in high-income countries, in: *Lancet Planet Health* 7(9), 759–769, doi: 10.1016/S2542-5196(23)00174-2.



dert die Politik Wirtschaftswachstum, um Krisen und gesellschaftliche Spannungen zu vermeiden. In einer Postwachstumsgesellschaft dagegen, so die Definition und das Ziel, findet keine Politik zur Förderung von Wirtschaftswachstum statt, wachstumsabhängige Bereiche werden umgebaut und Wirtschaft und Gesellschaft bleiben mit ihrer Umweltnutzung innerhalb der planetaren Grenzen.

Der Begriff ‚Degrowth‘ bzw. ‚Décroissance‘ hat sich ab etwa 2008 als Wachstumskritik international verbreitet. Grundlage waren wachstumskritische Bewegungen, die ab der Jahrtausendwende in Frankreich und Spanien entstanden. Sie waren entwicklungspolitisch, konsum- und werbekritisch sowie ökologisch motiviert. Sie wurden wesentlich durch die Schriften des Ökonomen Nicolas Georgescu-Roegen inspiriert, der vor allem thermodynamisch argumentierte: Jegliches Wirtschaften erhöht die Entropie und somit den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und führt möglicherweise zur Übernutzung erneuerbarer Ressourcen. Zunächst galt dieser Bewegung das Schrumpfen der Wirtschaftsleistung als zentrales Ziel; inzwischen steht das Schrumpfen des Ressourcen- und Naturverbrauchs im Zentrum. Die Konzepte von Degrowth und Postwachstum haben sich angenähert und werden seit einigen Jahren oft synonym verwendet.

### *Wissenschaftlich, politisch, aktivistisch*

Die Postwachstums- und Degrowth-Diskussion zeichnet sich durch eine wissenschaftliche, politische sowie aktivistische Ausrichtung aus, wobei die Ausrichtungen oftmals ineinander übergehen. Involviert sind überproportional viele junge Menschen. Diese Diskussionen werden inzwischen in den meisten europäischen Ländern geführt. Es bestehen enge Kontakte zu Personen und Gruppen in Ländern des Südens,

### ZU DEN AUTORINNEN

**Irmi Seidl**, geb. 1962, Titularprofessorin der Universität Zürich, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Eidgenössische Forschungsanstalt WSL; Forschungsschwerpunkte: Naturschutzökonomie, Ressourcennutzung und Transformation, Postwachstumsgesellschaft.

Publikationen:

- Hug, Miriam/Seidl, Irmi/Mayer, Heike (2025): Challenge-oriented regional innovation systems (CORIS): sustainability transformations in the timber sector. *Regional Studies, Regional Science*, 12(1), 772–789, online auf: <https://doi.org/10.1080/21681376.2025.2563524>.
- Iten, Tonja/Seidl, Irmi/Pütz, Marco (2025): Sufficiency Policy in Rural Municipalities: Measures, Enablers, and Barriers. *Environmental Policy and Governance*, <https://doi.org/10.1002/eet.70027>.
- Guthauser, A./Pütz, Marco/Seidl, Irmi/Olschewski, Roland (2023): How to achieve the net-zero target? Lessons learned from past transformations. *PLOS Sustainability and Transformation* 2(6).

**Angelika Zahrnt**, geb. 1944, Prof., Fellow am Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Forschungsschwerpunkte: Suffizienz, Postwachstumsgesellschaft.

Publikationen:

- Beck, Ralf-Uwe/Töpfer, Klaus/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2022): *Flucht. Ursachen bekämpfen, Flüchtlinge schützen. Plädoyer für eine humane Politik*, München.
- Schneidewind, U. and A. Zahrnt (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München.

Gemeinsame Publikationen von Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika:

- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2023). Unabhängig werden vom Wirtschaftswachstum: Implikationen für Arbeit, Märkte und Globalisierung, in: Sturn, Richard/Klüh, Ulrich (Hg.): *Globalisierungs- und Wachstumsgrenzen*. Marburg, 39–59.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2022): Ernüchternde Bilanz nach einem halben Jahrhundert. Warnungen des Club of Rome blieben weitgehend folgenlos. *Frankfurter Hefte* (3): 52–55.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2020): Vom Arbeiten zum Tätigsein. *agora* 42(2), 14–18.

die nach Alternativen zum westlichen Wachstumsmodell suchen.

Die wissenschaftliche Arbeit hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verbreitert, inhaltlich vertieft und ausdifferenziert: Es sind zahlreiche akademische und andere Veröffentlichungen, Forschungsprojekte, Kurse sowie Social-Media-Formate (Podcasts, Videos, Webseiten) entstanden. Zudem fanden zahlreiche Konferenzen und Veranstaltungen statt. Es wurden einzelne Lehrstühle eingerichtet. Von Anfang an wurde die politische Umsetzung einbezogen, sodass es inzwischen zu vielen Sektoralpolitiken Analysen und Positionen aus der Postwachstums-/

Degrowth-Perspektive gibt, beispielsweise zu räumlicher Planung, Sozial- und Gesundheitspolitik, Finanzpolitik, Unternehmenspolitik und vielem mehr. Von Anfang an wurde auch ein eigener Transformationsanspruch formuliert. Viele beteiligen sich an sozialen Bewegungen oder identifizieren sich mit ihnen und sehen Degrowth als gemeinsamen Nenner. Zu den Bewegungen, die mit der Degrowth-Debatte assoziiert werden, zählen beispielsweise die *Care Revolution*, die *Commons*-Bewegung, die globale Klimagerechtigkeitsbewegung, die *Transition-Town*-Initiativen und die Bewegungen für Ernährungssouveränität (Burkhart et al.

2017). Die wachstumskritischen Diskussionen beschäftigen sich intensiv mit der Transformationsliteratur und -debatte, um zu ergründen und zu verstehen, welche Veränderungsprozesse zu den Zielen von Postwachstum und De-

growth führen könnten. Zunehmend stellt sich auch die Frage, wo die gesellschaftlichen Blockaden ihre Ursache haben und wie diese gelöst werden könnten.

## *Bedeutung der Wachstumskritik in der Öffentlichkeit*

Zwar negiert der derzeit dominierende politische und ökonomische Diskurs die Wachstumskritik und lehnt Abweichungen vom Wachstumsziel ab. Gleichwohl ist zu verzeichnen, dass bei internationalen Organisationen an verschiedenen Stellen damit begonnen wird, das Wachstumskonzept umzudefinieren oder infrage zu stellen (z.B. OECD, UN-Sonderberichtserstattung zu extremer Armut und Menschenrechten). Auch wenn die aktuelle Polykrise den öffentlichen Rückzug auf das Wachstumsparadigma stärkt, so können die

ständig rückläufigen Wachstumsraten und ihre evidenten Auslöser immer weniger als vorübergehend abgetan werden. Entsprechend geht es in der Diskussion über die Postwachstumsgesellschaft und Degrowth auch darum, wie sich die Ökonomien und Gesellschaften künftig weiterentwickeln können, um mit dieser Entwicklung zurechtzukommen, ohne zivilisatorische Errungenschaften der letzten 70 Jahre zu verlieren. Zu diesen Errungenschaften zählen u. a. staatliche soziale Netze zur Abfederung individueller Risiken (Invalidität,

Erwerbslosigkeit etc.), hochentwickelte Gesundheits- und Bildungssysteme sowie koordinierende und schützende Funktionen des Staates (ausgebauter Rechtsstaat, Sicherung von individueller Freiheit und Demokratie).

Das Wachstumsparadigma hat wesentlich zur aktuellen Polykrise beigetragen, es schafft weitere Probleme und hätte längst abgelöst werden müssen. Die Postwachstums- und Degrowth-Debatte liefern die Grundlagen für eine Ablösung des Wachstumsparadigmas. Insbesondere schafft die mehrdimensionale Herangehensweise über Wissenschaft, Politik und Aktivismus Erkenntnisse darüber, welche Transformationen nötig und möglich sind, um den Übergang vom Zeitalter des Wachstums mit seinen Wachstumsabhängigkeiten und -zwängen hin zu einer Postwachstumsgesellschaft zu ermöglichen.



# Öffentliche Güter

## Eine Neubestimmung in der politischen Philosophie



Während öffentliche Güter in den Finanzwissenschaften als problematisch gelten, haben sie in der politischen Philosophie neuerdings Aufmerksamkeit erregt. Sie sind nicht-ausschließend und nicht-rivalisierend, was potenzielle Nutznießer:innen angeht. Aufgrund ihrer Eigenschaften, prinzipiell allen zur Verfügung zu stehen, haben sie einen positiven Effekt für die Demokratie. Sie fördern Inklusion und Gleichheit, unterstützen eine Öffentlichkeit, in der sich Bürger:innen als gleichberechtigt begegnen können, und fördern die Erfahrbarkeit von Diversität. Trotz ihrer großen Vielfalt kann so eine Perspektive entwickelt werden, wonach zentrale öffentliche Güter unverzichtbar für das gute Zusammenleben in einer politischen Gesellschaft sind.

Öffentliche Güter unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von privaten Gütern. Zunächst einmal sind sie durch besondere Nutzungsmöglichkeiten bestimmt. Sind öffentliche Güter vorhanden, dann können alle davon profitieren – im Idealfall sogar, ohne sich wechselseitig dabei zu behindern. Sonnenenergie ist ein solches reines öffentliches Gut. Derlei Güter sind allerdings selten. Öffentliche Güter sind meist in einer von zwei Hinsichten beschränkt: Entweder sind sie nur bestimmten Nutzer:innen zugänglich, oder sie stehen allen offen, unterliegen jedoch einer Konkurrenz um ihre Nutzung. Die erste Gruppe von Gütern, die Club-Güter, können gut bewirtschaftet werden, stehen aber nicht allen zur Verfügung. Die zweite Gruppe dagegen hat keine Barrieren bei der Nutzung, läuft jedoch Gefahr, übernutzt und zerstört zu werden. Eine weitere Besonderheit öffentlicher Güter ist, dass es sie in einer großen Vielfalt gibt. Es gibt natürliche öffentliche Güter wie das Sonnenlicht, Seen, Flüsse oder Landschaften; und es gibt künstliche öffentliche Güter wie Institutionen für Krankenfürsorge, Bildungseinrichtungen, Infrastrukturgüter oder öffentliche Plätze.

In der Ökonomie sind öffentliche Güter schon lange umstritten. Anders

als bei privaten Gütern sind ihre Eigentums- und Nutzungsrechte komplex geregelt. Auch ihre Beschaffung ist ein Problem, da die Güter Unterstützung durch öffentliche Finanzen brauchen. Für die politische Philosophie werden diese Güter in jüngster Zeit wieder besonders interessant. In Zeiten der Privatisierung und eines zusehends ausufernden Kapitalismus sind öffentliche Güter nicht nur bedroht, sie werden auch allzu leicht ersetzt durch private Güter, deren Leistungen nicht allen zur Verfügung stehen, sondern nur Nutzer:innen mit entsprechenden ökonomischen Mitteln. Allein diese Beschränkung widerspricht dem zurecht erhobenen Anspruch, dass Bürger:innen im Staat nicht nur Anspruch auf den Schutz von Grundrechten haben, sondern auch darauf, in der Verwirklichung eines würdigen Lebens durch entsprechende Institutionen und Leistungen unterstützt zu werden (Nussbaum 1990, 2000a). Vor allem richtet sich die Diskussion neuerlich auch auf die Frage,

### *Das Konzept des öffentlichen Gutes*


Das Konzept des öffentlichen Gutes ist der Finanzwissenschaft des letzten Jahrhunderts entlehnt (Musgrave 1959;



Angela Kallhoff

© Universität Wien – Joseph Krpelan

was denn eigentlich verlorengeht, wenn öffentliche Güter schrumpfen oder gar verschwinden. Es kann gezeigt werden, dass öffentliche Güter nicht nur als Unterstützung für Bürger:innen eine wichtige Funktion haben (Kallhoff 2011). Vielmehr sind sie sehr wichtig für die Herstellung von Gerechtigkeitsbedin-

 Öffentliche Güter fördern eine Kultur gelebter Gleichheit, sie können Diversität lehren und schließlich auch zu einer Kultur der Öffentlichkeit beitragen

gungen unter Bürger:innen: Sie fördern eine Kultur gelebter Gleichheit, sie können Diversität lehren und schließlich auch zu einer Kultur der Öffentlichkeit beitragen. Diese Argumente der politischen Philosophie zu erläutern, ist Ziel dieses Beitrags. Zunächst muss aber genauer erklärt werden, wie genau das „öffentliche Gut“ verstanden wird.

Sturn 2010). Anders als private Güter, die einem oder einer Besitzer:in zugeordnet sind und zu deren Verfügung



stehen, haben öffentliche Güter Eigenschaften, die sie für den Markt problematisch machen. In einem idealtypischen Fall sind ‚reine öffentliche Güter‘ für alle Nutznießer:innen zugänglich, ohne dass diese untereinander in Konkurrenz stehen und ohne dass es Barrieren bei der Nutzung gäbe (Kallhoff 2011, 14–16). Öffentliche Güter sind nicht-rivalisierend und nicht-ausschließend. Der Leuchtturm in einer Hafeneinfahrt ist ein Beispiel für das reine öffentliche Gut: Jede Bootsführerin, die sich dem Hafen nähert, kann von der Orientierungsleistung des Leuchtturms profitieren. Es macht keinen Unterschied, wie viele Bootsführerinnen diese Leistung in Anspruch nehmen und es gibt keine wechselseitige Beeinflussung des jeweiligen Nutzens.

Das Beispiel macht jedoch auch deutlich, dass reine öffentliche Güter eine Seltenheit sein dürften. Üblicherweise haben öffentliche Güter, wie z. B. Naturgüter wie Seen oder Flüsse oder artifizielle Güter wie öffentliche Plätze oder Gesundheitseinrichtungen, Nutzungsbedingungen, welche sowohl auf Knappheit des Gutes reagieren als auch auf mögliche Einschluss- und Ausschlusskriterien potenzieller Nutzer:innen. Entsprechend einigte man sich in der Literatur darauf, dass es reine und unreine öffentliche Güter gibt, sowie zwei Formen nicht-reiner öffentlicher Güter, die voneinander unterschieden sind (Kallhoff 2011, 14–18). Zum einen gibt es die ‚Club-Güter‘, die nicht-rivalisierend sind, aber klare Ein- und Ausschlussregime haben. Die grüne Wiese des Golfclubs oder das Schwimmbad sind Beispiele für ein Club-Gut. Zum anderen gibt es ‚Common Pool Resources‘, die Gemeingüter oder Allmende. Dies sind meistens natürliche Güter, die rivalisierend, aber nicht-exklusiv sind. Ein öffentlich zugänglicher Weidegrund wäre ein Beispiel: Er hat ‚offene Grenzen‘, wie viele Naturgüter üblicherweise, aber eine zu hohe Zahl an Nutzer:innen kann das Gut zerstören.

Gerade um diese ‚Common Pool Resources‘ ranken sich zahlreiche wissenschaftliche Debatten. Das bekannte Bild der ‚Tragödie der Gemeingüter‘, das auf einen Aufsatz von Garrett Hardin (Hardin 1968) zurückgeht, ist vielfach besprochen und auch korrigiert worden. Dass Allmende zwangsläufig und aufgrund der durch fehlende Eintrittsbarrieren möglichen Übernutzung dem Untergang geweiht sind, ist falsch. Tatsächlich gibt es immer die Möglichkeit, die Nutzungsbedingungen institutionell festzulegen und so auch das Gemeingut vor Übernutzung zu schützen. Umstritten ist eher, was gute Regime sind, um einerseits die Bereitstellung und Pflege des Gutes abzusichern, andererseits aber keine Monopole über diese Güter zu kreieren und ihre Finanzierung zu gewährleisten. Klar ist, dass alle öffentlichen Güter – seien sie natürlich oder künstlich errichtet – ein gutes Management und eine besondere Bewirtschaftung benötigen. Dabei variieren Lösungen auch mit der Beschaffenheit des Gutes, dem Ziel der Bereitstellung und den Schwierigkeiten der Erhaltung eines öffentlichen Gutes.

Elinor Ostrom hat sich zeitlebens intensiv mit den Bedingungen für Erhalt und Pflege natürlicher Güter als Gemeingüter befasst (Ostrom 1990; Ostrom et al. 1999). Ihr vielschichtiger

### *Das Interesse der politischen Philosophie*

Zweifelsohne sind öffentliche Güter wichtig für die politische Gemeinschaft. Wie soll man sich überhaupt eine funktionierende Stadt vorstellen ohne öffentlichen Raum, ohne Institutionen der Zuteilung überlebensnotwendiger Güter wie Wasser und Energie, ohne eine öffentlich zugängliche Infrastruktur und Einrichtungen der Bildung und Krankenfürsorge? Und selbst Vertreter:innen eines ‚Nachtwächterstaates‘ geben dies zu, allen voran Adam Smith, der in seinem Werk *Wohlstand der Nationen* für staatlich versorgte Infrastruktur und sogar für öffentliche Bil-

Ansatz wird bis heute weiterentwickelt. Eine allgemeine Lehre ihrer Überlegungen mit Rücksicht auf die Bereitstellung und die Erhaltung öffentlicher Güter ist, dass weder eine rein staatliche Beschaffung, noch eine rein privatwirtschaftliche Bereitstellung das Problem der möglichen Übernutzung und der falschen Nutzung natürlicher Güter lösen kann. Die Frage nach den günstigsten Eigentumsordnungen ist abzukoppeln von den Governance-Strukturen. Oft ist eine Mischung der Bewirtschaftung sinnvoll: Der Staat stellt mit Steuergeldern potenzieller Nutzer:innen die Existenz sicher; Leistungen werden von den Nutzer:innen zusätzlich privat finanziert. Auch ist möglich, dass private Investor:innen einen Teil der Leistungen übernehmen. Rankt sich die Diskussion über öffentliche Güter mithin vor allem um die Probleme ihrer Bereitstellung und Erhaltung, ist seitens der politischen Philosophie eine ganz andere Perspektive interessant: Öffentliche Güter haben nicht auf der ‚Beschaffungsseite‘, sondern auf der ‚Nachfrageseite‘ eine Reihe positiver Effekte auf das politische Gemeinwesen. Und diese Effekte könnten Grund genug sein, Argumente für die Bereitstellung ausgewählter öffentlicher Güter auch in der politischen Debatte zu suchen und zu finden.

dungseinrichtungen streitet (Smith 1999). Und tatsächlich zählen Bildungs- und Krankeneinrichtungen, Infrastruktur, zugängliche Naturgüter zu den ‚öffentlichen Gütern‘ – allein aufgrund ihrer besonderen Zugänglichkeit. Auch in der Ökonomie hat sich eine breite Verwendung des Konzepts etabliert. Es werden nun all jene Güter darunter befasst, die öffentlich zugänglich sind und aufgrund dieser Struktur von Staaten mit-bewirtschaftet werden müssen. Im Unterschied zu den sog. meritokratischen Gütern, das sind Vorsorgegüter, die der Staat verwaltet, da Per-



sonen in der Regel zu wenig in sie investieren – wie etwa Renten oder Krankenvorsorge – versteht man unter öffentlichen Gütern aber nur jene All-gemeingüter, die von der Allgemeinheit genutzt werden können. Um sie zu etablieren und zu erhalten, müssen Institutionen etabliert werden, die einerseits die Zugangsbedingungen so gestalten, dass tatsächlich alle Bürger:innen die Güter bis zu einem gewissen Grad nutzen können; zum anderen muss der Staat dafür sorgen, dass diese Güter geschützt, erhalten und gut bewirtschaftet werden.



**Bildungs- und Kranken-einrichtungen, Infra-struktur, zugängliche Naturgüter zählen zu den ‚öffentlichen Gütern‘ – allein aufgrund ihrer besonderen Zugänglichkeit**

Wir sehen schon jetzt die Wandlung von einem rein ökonomischen Konzept hin zu einem politisch durchaus brisanten Begriff des öffentlichen Gutes. Denn was der Staat unter welchen Bedingungen den Bürger:innen zur Verfügung stellen sollte, hängt nicht allein von der Fähigkeit des Staates ab, dies überhaupt zu tun. Vielmehr ist es auch eine sehr umstrittene Frage, auf welche Güter der Bürger und die Bürgerin ein Zugriffsrecht haben sollte. Diese normative Frage wird zum Teil politisch ausgehandelt; teilweise sind Rechtsstaaten allein schon durch ihre Verfassungen auf die Bereitstellung bestimmter Güter verpflichtet. Bildung, Krankenfürsorge, eine Mobilitätsinfrastruktur, zunehmend die Erhaltung von Naturgütern: all dies muss geschehen, werden die Rechte der Bürger:innen nicht nur auf Gleichbehandlung, sondern auf Fairness mit Rücksicht auf ihre gerechtfertigten Ansprüche ernst genommen (Dworkin 1984; Nussbaum 1990, 2003).

Jedoch ist es keinesfalls klar, worin genau die Aufgaben der Beschaffung und Bereitstellung seitens des Staates liegen. In der politischen Philosophie

ist es seit jeher umstritten, wieviel der Staat sich einmischen sollte – auch in so existenzielle Güter wie Krankenfürsorge und Bildung. In den USA etwa wird hoher Wert darauf gelegt, dass Bildungseinrichtungen nicht vollumfänglich Aufgaben des Staates sind, da gerade Bildungseinrichtungen zur Indoktrination genutzt werden können. Vielmehr geht es diesbezüglich, wie auch allgemein in der Debatte um Bereitstellungspflichten des Staates, um das rechte Mindestmaß an Versorgung für alle Bürger:innen (Gutman 1999).

Wenn Staaten öffentliche Güter unterhalten, werden sie sich auch in die Ausgestaltung und Normierung der Leistungen einmischen. In der politisch-philosophischen Debatte spielt es eine große Rolle, welche Macht dem Staat zugespielt wird. Zugespielt formuliert geht es unter der Bezeichnung der ‚Biopolitik‘ um eine dunkle Seite der Macht des Staates: Staaten greifen normierend auf die biologische Verfasstheit, auf das Leben der Bürger:innen über und drangsalieren sie (Foucault/Sennelart 2009). Auch in der Debatte über öffentliche Güter geht es stets um die Bruchlinie zwischen der mit der Bereitstellung und Verwaltung gegebenen normativen Macht des Staates und der Notwendigkeit, diese Güter staatlich bereitzustellen – schon allein deshalb, weil es der Markt nicht tun wird. Dies gilt für Güter wie Krankenfürsorge genauso wie für Bildungseinrichtungen, öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Raum.

Auch mit Rücksicht auf den Umfang der Leistungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Bekanntlich plädiert Martha Nussbaum dafür, den Staat in die Pflicht zu nehmen, einer jeden Bür-

### *Der Nutzen öffentlicher Güter*

Insgesamt hat sich die Diskussion der öffentlichen Güter immer wieder auf die Frage der Beschaffung konzentriert. Öffentliche Güter sind teuer; nur reiche Staaten können sich diese Güter leisten. Was in welchem Umfang beschafft

gerin und einem jeden Bürger ein in Grundlagen würdiges Leben zu ermöglichen (Nussbaum 2000, 2003). Entlang der Forderung der Unterstützung der Ausbildung grundlegender Fähigkeiten lässt sich auch eine Gruppe von öffentlichen Gütern markieren, die als ‚zentrale öffentliche Güter‘ genau die Unterstützung der Entwicklung grundlegender Fähigkeiten leisten können. Diese für die soziale Gerechtigkeit entscheidenden Güter sind: innere und äußere Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft, Umweltgüter, öffentlicher Raum, Kulturgüter und Pflegeeinrichtungen einschließlich der Gesundheitsfürsorge (Kallhoff 2011, 23–26). Nach den Diskussionen über die notwendigen Voraussetzungen der Demokratie und der Bedrohung der Demokratie (Levitsky/Ziblatt 2019) ist heute wohl mindestens zu ergänzen, dass es auch öffentlich zugängliche und staatlich geschützte Medien braucht. Selbstverständlich kann über diese Liste wie auch über die Dimension des jeweiligen Gutes gestritten werden. Nimmt man die Forderung von Nussbaum ernst, über die Erfüllungsbedingungen eines würdigen Lebens im Staat nicht nur nachdenken, sondern diese auch zur Verfügung stellen zu müssen, ist es eine an den grundlegenden Fähigkeiten orientierte sinnvolle Liste elementarer Gerechtigkeitsgüter.

Mit der Frage nach der Aufgabe des Staates in der Bereitstellung des öffentlichen Gutes ist nur ein erster Horizont der Debatten in der politischen Philosophie angeschnitten. Das öffentliche Gut hat weitere, für die politische Gesellschaft bedeutsame Eigenschaften.

wird, ist jedoch nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Wertentscheidung. Heute konkurrieren nicht nur Bildung, Infrastruktur und Krankenfürsorge um knappe Kassen, sondern auch der sehr teure Selbstverteidigungshaus-

halt und der Schutz von Natur und Klima. In *Why Democracy Needs Public Goods* (Kallhoff 2011) habe ich versucht, die Diskussion insofern auf den Kopf zu stellen, als ich dafür argumentiert habe, die Beschaffungsfrage als nachrangig zu betrachten. Haben wir genug gute Argumente für den Nutzen von öffentlichen Gütern und haben wir Gewissheit über ihre Funktion als jene Mittel, von denen auch John Rawls meint, dass sie jedem Bürger und jeder Bürgerin als Voraussetzung der Verwirklichung eines Lebensplanes zugestanden werden müssen (Rawls 1998, 269–271), sollte die Beschaffung auch gut argumentiert werden können. Bekanntlich möchte Rawls keinen Wohlfahrtsstaat; er sieht eine Liste von Grundgütern als hinreichend für die Aufgabe der allgemein dienlichen Mittel zu einem guten Leben an (Rawls 1998, 271–276). Strittig ist allerdings, ob es etwa für das Grundgut der gleichen Grundrechte nicht auch eine Pflicht des Staates zur Ermöglichung des Vollzugs von Freiheiten gibt.

Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist auch deshalb umstritten, weil sie mit Sozialgütern identifiziert und damit auch negativ konnotiert sind. Zuviel Sozialstaat schafft bekanntlich auch eine Kultur der Abhängigkeit. Bürger:innen bemühen sich nicht mehr eigenverantwortlich um die Grundlagen guten Lebens, sondern lassen sich bedienen und werden von Leistungen abhängig. Mit Rücksicht auf diese Gefahr kann jedoch gezeigt werden, dass die Ausgestaltung auch durch Einbeziehung privater Akteur:innen dazu beitragen kann, die ‚Cultures of Dependency‘ gar nicht erst entstehen zu lassen (Stiglitz 1988).


Öffentliche Güter haben neben ihrer für Fragen der Gerechtigkeit grundlegenden Funktion noch weitere wichtige Eigenschaften. Dies wird sichtbar, wenn wir uns weiteren fundamentalen Werten einer liberalen Demokratie zuwenden. Liberale Demokratien geben Raum für Vielfalt; sie eröffnen Möglichkeiten für eine freie Debattenkultur; sie befördern sozialen Ausgleich und soziale

Gerechtigkeit; und sie tragen Sorge für den Schutz der Freiheit der Person. In all diesen Hinsichten sind öffentliche Güter reale Ermöglicher und insofern unverzichtbar. Nicht nur mit Rücksicht auf entscheidende Dimensionen der Gleichbehandlung von Bürger:innen und somit einer Verteilungsgerechtigkeit entfalten sie ihre Kraft in der politischen Gemeinschaft.

Man stelle sich einen öffentlichen Park vor, ein viel genutztes und anschauliches Beispiel. Dieser öffentliche Park ist allen Bürger:innen gleichermaßen zugänglich, in all ihrer Vielfalt. Der Park gibt auch Raum für unterschiedliche Nutzungsweisen; ein gut bewirtschafteter Park lebt nach Jane Jacobs (Jacobs 1992) sogar davon, dass die Vielfalt und damit auch das Nutzungengagement von Gruppen ihren zivilisierten Raum findet. Die Break-Dance-Gruppe sollte ebenso im Park ihren Entfaltungsraum haben wie die Mütter mit ihren Kinderwägen oder die Omas, die Enten füttern – so eine etwas klischeehafte Vorstellung von gelebter Vielfalt im Park. Alle sind gleichermaßen Parkbesucher:innen; und als solche müssen sich auch alle an die Nutzungsregeln des Parks halten. Zugleich können sie sich aber mit ihren je eigenen Fähigkeiten und Wünschen einen Raum in diesem Rahmen nehmen. Genau dieser Raum schafft nach Charles Taylor eine besondere Form der wechselseitigen Wahrnehmung; diese ist nicht so dramatisch wie die dichte ‚Anerkennung‘ der politischen Philosophie, die nur gelingen kann, wenn Personen sich in ihrer Subjektivität wechselseitig affirmieren und dabei auch abgrenzen. Taylor beschreibt es viel einfacher als einen Begegnungsraum zwischen Fremden, in denen doch alle durch die Teilhabe an dem öffentlichen Raum gleichgestellt sind: „Spaces of this kind become more and more important in modern urban society, where large numbers of people rub shoulders, unknown to each other, without dealing with each other, and yet affecting each other, forming the inescapable context

of each other’s lives.“ (Taylor 2002, 86) Ohne dies romantisieren zu wollen, scheint es eine für die Demokratie wichtige Erfahrung zu sein, anderen Bürger:innen in Räumen zu begegnen, in denen jede:r genau dieselben Rechte der Teilhabe hat wie jede:r andere auch.

Und genau diese Form der erlebten Gleichheit und Begegnung ist sehr grundlegend für die Demokratie. Um den anderen zu wissen, mit anderen im Rahmen eines öffentlichen Gutes nicht nur das geteilte Gut zu nutzen, sondern auch zu wissen, dass die Nutzungsbedingungen und Regeln für alle gleich sind, ist gelebte und erlebte Gleichheit. Erst der öffentliche Bus, die öffentliche Schule, das für alle zugängliche Museum macht uns zu gleichberechtigten Bürger:innen. Diese Dynamik der Inklusion

 Mit anderen im Rahmen eines öffentlichen Gutes nicht nur das geteilte Gut zu nutzen, sondern auch zu wissen, dass die Nutzungsbedingungen und Regeln für alle gleich sind, ist gelebte und erlebte Gleichheit

mag uns heute selbstverständlich erscheinen. Angesichts der Geschichte des Bürgertums, der mühsamen Eroberung des öffentlichen Raumes und auch der Kunst als öffentliches Gut ist diese Form der Gleichheit keine Selbstverständlichkeit (Nipperdey 1988). In den USA hat die Idee der Gleichheit im Sinn der gleichen Nutzbarkeit desselben öffentlichen Gutes noch eine ganz andere Bedeutung und Konnotation als gelebte Anti-Segregation. Man denke an die Proteste der afroamerikanischen Bevölkerung, denselben Platz im Bus zu erzwingen. Und auch heute ist diese Gerechtigkeit vor allem durch eine neue Welle der ‚Enclosure‘, der Einschließung durch Privatisierung gefährdet (Bollier 2002). Strände, Flüsse, Inseln werden Privatgut einiger weniger Reicher; mit viel Geld werden Privilegien im Gesundheitssystem erkaufte; Pri-

vatschulen fördern die Kinder der Reichen. Zurecht muss und darf sich gegen diese Formen der Extraktion aus der Allgemeinheit und der Besitznahme durch Wenige Unmut regen. Im Kontext der Debatte um öffentliche Güter ist es möglich, das sehr konturierte Argument vorzubringen, dass die Privati-

sierung und die Bemächtigung von Gütern durch kapitalstarke Personen etwas aus der Welt herausschneidet, um es dem allgemeinen Nutzen zu entziehen. Dies schafft nicht nur Ungleichheit, sondern verspielt auch den Nutzen der öffentlichen Güter als Raum für gelebte Gleichheit.

der von Philosoph:innen so gerne angesetzten, aber sehr hochstufigen Fähigkeit des Forums der Öffentlichkeit. Man muss sich doch erst einmal leibhaftig und wirklich als Bürger:innen kennenlernen, um dann auch miteinander vernünftig reden zu können.

Bedeutet all dies nun, dass die öffentlichen Güter die Wundermittel der Demokratie und Gerechtigkeit sind? Tatsächlich kann argumentiert werden, dass öffentliche Güter unverzichtbare Funktionen in einer Demokratie erfüllen. Diese These ist dann auch sehr leicht zu verteidigen, wenn die Diskussion – wie bisher geschehen – nicht auf materiale Güter der ersten Stufe, also öffentliche Schulen, Naturgüter wie Wasser und Energie, oder öffentliche Infrastruktur, sondern auch Güter zweiter Stufe einbezieht. Die Staffelung hebt darauf ab, dass öffentliche Güter geschützt, bewirtschaftet und verwaltet werden müssen; und in einer Demokratie besteht ein Großteil jener Governance-Struktur abermals aus öffentlichen Gütern. Je nach Kriterien für die Eingrenzung des öffentlichen Gutes zählen dazu Sicherheit, ein frei zugänglicher Arbeitsmarkt und Institutionen, welche als Recht im Hintergrund wirken, so vor allem ein Justiz- und Verwaltungssystem, das selbst offen und nicht-exklusiv ist. Wie gezeigt werden konnte, beginnt ein Demokratieabbau damit, dass nicht nur die Offenheit und Fairness der Demokratie von innen unterwandert wird, sondern auch die wichtigen Institutionen der Legislative und der Exekutive privatisiert, Medien beeinflusst und der Öffentlichkeit entzogen werden (Levitsky/Ziblatt 2019). Also lässt sich die These, dass Demokratien öffentliche Güter brauchen, auch auf der Ebene der sekundären öffentlichen Güter festmachen.

Gleichwohl sind und bleiben öffentliche Güter problematisch, und zwar der Form nach und auch hinsichtlich der Erfordernisse der Bewirtschaftung. Und hier setzt nun ein ganz anderer und ebenso wichtiger Diskussionsstrang an. Bisher wurde das öffentliche Gut gleich-

## Reale Bedingungen der Demokratie

Wurde nun schon deutlich, dass öffentliche Güter nicht irgendwelche materiellen Güter sind, die sich durch ihre Struktur und Zugangsbedingungen von privaten Gütern unterscheiden, lassen sich noch weitere demokratiefördernde Aspekte aufzeigen. Ein großes Problem unseres heutigen Lebens ist, dass wir – trotz der Blüte von Medien und vielfältigen Kontaktmöglichkeiten in Zeiten der Digitalisierung – das gemeinsame Tun verlieren. Es ist nun schon einige Jahre her, dass Robert Putnam in *Bowling Alone* das Bild eines Verlustes von Assoziationen und Gemeinschaft zeichnet (Putnam 2000), das gerade in dem Land geschah, dessen Demokratie nach Alexis de Tocqueville aus freiwilligen Vereinen (*associations*) tatsächlich generiert wird (De Tocqueville 1976). Allein auf der Bowling-Bahn zu stehen, ist nicht lustig. Total vereinzelt zu leben, Gemeinschaftserlebnisse gar nicht mehr zu haben, ist noch viel schlimmer.

In Untersuchungen zu bestimmten öffentlichen Gütern kann nicht nur gezeigt werden, dass sie Menschen zusammenführen, indem sie nicht nur Kooperation befördern, sondern Kooperation zwingend erfordern (Barrett 2007). Sie können auch als eine Vorstufe und Grundlage dessen, was Jürgen Habermas als das ‚öffentliche Forum‘ der Demokratie herausgestrichen hat (Habermas 2005), verstanden werden. Habermas versteht unter der ‚Öffentlichkeit‘ vor allem eine Debattenkultur, in der es um eine argumentative und gute Auseinandersetzung mit Gegenständen öffentlichen Interesses geht. Tatsächlich ist dies unabdingbar für eine lebendige

Demokratie. Um diese Form der Kommunikation allerdings zu lernen, ja leibhaftig zu erfahren, sind öffentliche Güter sehr wichtig. In öffentlicher Infrastruktur, in Schulen und Kindergärten, ja auch in Krankenhäusern, Parks und durch die Nutzung öffentlicher Medien erlernen Menschen die Fähigkeit, sich aus ihrer Isolation zu begeben und Vielfalt zu achten. Man kann sogar so weit gehen zu sagen, dass die Entstehung von Öffentlichkeit an Bedingungen von gut geleiteten und gestalteten öffentlichen Räumen und öffentlichen Gütern hängt (Kallhoff 2011, 41–64) und damit erlernt werden kann. Natürlich steht dies unter Voraussetzungen; aber ein gut regiertes öffentliches Gut beinhaltet auch Regeln des angemessenen Verhaltens und vor allem eine Idee über das Ziel der Verfügbarkeit des Gutes, das allen verständlich sein sollte und auch Akzeptanz finden kann.

## Und die Schattenseite?

Bisher wurde dargelegt, dass öffentliche Güter wichtige, vielleicht sogar unersetzliche Voraussetzungen und Realisierungen sozialer Gerechtigkeit sind. Sie transformieren Rechte und Pflichten in das leibhaftige Erlebnis eines geteilten Raumes, in dem für alle die gleichen Bedingungen gelten und in denen Begegnungen stattfinden. Sie haben einen zivilisatorischen Aspekt, sofern eine gute Governance-Struktur eines öffentlichen Gutes klare Regeln setzt und auch das Ziel klar kommuniziert. Schließlich dienen sie der Vorbereitung



sam als eine letztlich vom Staat bewirtschaftete eigene Ökonomie dargestellt. Wie der bekannte Ökonom Joseph E. Stiglitz nicht müde wurde zu zeigen, ist diese Ökonomie zwar anders als eine freie Marktwirtschaft; aber sie ist weder ineffizient, noch überflüssig (Stiglitz 1988, 1994). Und auch in der Bekämpfung von Armut gelten Güter wie Bildung und Gesundheitssystem längst als unverzichtbar, besonders wenn sie der Allgemeinheit als öffentliche Güter zur Verfügung gestellt werden (Sachs 2005).

Was wir mit Sicherheit festhalten können, ist, dass öffentliche Güter nicht per se ineffizient oder ökonomisch zer-

störender sind, ganz im Gegenteil. Dagegen birgt die Abschaffung öffentlicher Güter Gefahren, die kaum absehbar sind. Selbstverständlich hat ‚der Markt‘ und haben die Besitzenden kein Interesse an der Existenz öffentlicher Güter, sie können sich ja alles selbst kaufen (Kallhoff 2025). Ohne die Diskussion über einen alles verschlingenden Kapitalismus führen zu können, soll an zwei Dinge erinnert werden, die sich direkt auf das öffentliche Gut beziehen.

Zum einen sei daran erinnert, dass gerade in der Debatte um den Naturschutz und Klimaschutz ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. War es noch vor

Jahren sehr breit angenommen, dass eine Privatisierung des natürlichen Gutes, so sie nur konsequent betrieben wird, dem Naturschutz dient, ist es heute völlig klar, dass jede Form von privater Nutzung, von ‚Enclosure‘ nicht nur der Allgemeinheit ihre Lebensgrundlage regelrecht stiehlt, sondern auch einen Verlust darstellt (Bollier 2002). Vor allem ist auch klar, dass die großen natürlichen Allgemeingüter, so auch die natürliche Atmosphäre, nicht nur allen gleichermaßen gehören, wie Peter Singer in *One Atmosphere* ausdrücklich darlegt (Singer 2002). Ebenso ist bekannt, dass heute alles darauf ankommt,

## LITERATUR

- Barrett, Scott (2007): *Why Cooperate? The Incentive to Supply Global Public Goods*, Oxford/New York.
- Bollier, David (2002): *Silent Theft: The Private Plunder of Our Common Wealth*, New York.
- De Tocqueville, Alexis (1976): *Über die Demokratie in Amerika* (Jacob P. Mayer, Hg.), München.
- Dworkin, Ronald (1984): *Bürgerrechte ernstgenommen* (Ursula Wolf, Übers.), Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2009): *Geschichte der Gouvernementalität* (Bd. 2), Frankfurt a.M.
- Gutman, Amy (1999): *Democratic Education*, Princeton.
- Habermas, Jürgen (2005): *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a.M.
- Hardin, Garrett (1968): *The Tragedy of the Commons*. *Science* 162 (3859), 1243–1248.
- Helfrich, Silke (Hg.) (mit der Heinrich-Böll-Stiftung) (2015): *Commons: Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld.
- Jacobs, Jane (1992): *The Death and Life of Great American Cities*, New York.
- Kallhoff, Angela (2011): *Why Democracy Needs Public Goods*, Lanham.
- Kallhoff, Angela (2021): *Climate Justice and Collective Action*, London/New York.
- Kallhoff, Angela (2025): *Wie schwache Demokratien Schattenwirtschaft befördern und öffentliche Güter zerstören*, in: Richard Sturn/Ulrich Klüh (Hg.): *Schattenwirtschaft – Schattenpolitik. Scheitert die Transformation?* Marburg, 47–69.
- Levitsky, Steven/Daniel Ziblatt (2019): *Wie Demokratien sterben* (Klaus-Dieter Schmidt, Übers.), München.
- Musgrave, Richard A. (1959): *The Theory of Public Finance: A Study in Public Economy*, New York (u. a.).
- Nipperdey, Thomas (1988): *Wie das Bürgertum die Moderne fand*, Berlin.
- Nussbaum, Martha C. (1990): *Aristotelian Social Democracy*, in: Douglass, R. Bruce/Mara, Gerald M./Richardson, Henry S. (Hg.): *Liberalism and the Good*, New York, 203–252.
- Nussbaum, Martha C. (2000): *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge, New York.
- Nussbaum, Martha C. (2003): *Capabilities as Fundamental Entitlements: Sen and Social Justice*. *Feminist Economics*, 9 (2–3), 33–59.
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge u. a.
- Ostrom, Elinor/Burger, Joanna/Field, Christopher B./Norgaard, Richard B./Policansky, David (1999): *Revisiting the Commons: Local Lessons, Global Challenges*. *Science* 284, 278–282.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York u. a.
- Rawls, John (1998). *Politischer Liberalismus* (Wilfried Hinsch, Übers.), Frankfurt a.M.
- Sachs, Jeffrey (2005): *The End of Poverty: Economic Possibilities for our Time*, London (u. a.).
- Singer, Peter. (2002): *One Atmosphere*. In *One World. The Ethics of Globalization* (14–50), United States.
- Smith, Adam (1999): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen* (Horst Claus Recktenwald, Übers.), München.
- Stiglitz, Joseph E. (1988): *Economics of the Public Sector*, New York.
- Stiglitz, Joseph E. (1994): *Wither Socialism?* Cambridge, Mass.
- Sturn, Richard (2010): ‚Public goods‘ before Samuelson: interwar Finanzwissenschaft and Musgrave’s synthesis. *The European Journal of the History of Economic Thought*, 17 (2), 279–312.
- Taylor, Charles (2002): *Varieties of Religion Today. William James Revisited*, Cambridge, Mass. u. a.
- Vanderheiden, Steve (2008): *Atmospheric Justice: A Political Theory of Climate Change*, New York.



das Klima als Atmosphärenschutz der einen, allen gehörenden Lebensversicherung in Form eines stabilen Klimas zu denken (Kallhoff 2021; Vanderheiden 2008). Wir übernutzen die Atmosphäre als Halde für Emissionen; wollen wir weiter diesen Planeten bewohnen, muss unsere erste Sorge darauf gerichtet sein, ein weltweites Regelwerk zu etablieren, das endlich mit dem Atmosphärenschutz ernst macht und die Emissionen von schädigenden Treibhausgasen beendet.

Zum anderen geht es auch darum zu ergründen, ob es nicht eine konsequent andere, nicht-kapitalistische Wirtschaftsform geben muss. Hier lässt sich nicht zuletzt eine Brücke schlagen zwischen der Diskussion um öffentliche Güter und den Visionen von Postwachstums- und Degrowth-Ansätzen. Während im Kapitalismus das Land und auch die natürliche Ressource einfach ein zu nutzender Faktor ist, wird in einer ‚Gemeingutwirtschaft‘ die Bewirtschaftung der ‚Commons‘ angestrebt, sodass Mensch und Güter einander unterstützen und nicht zerstören, was in größtem Gegensatz zur heutigen ‚freien‘ Marktwirtschaft steht, da sie die Güter und nicht die Menschen ins Zentrum setzt (Helfrich, 2015). Um die gemeinsame Bewirtschaftung eines Stückes Land oder einer Produktionsstätte entfalten sich Lebensformen, in denen soziale Zusammenhänge um das Gut herumgelagert werden. Ob sich auf diese Weise eine gesamte Nationalökonomie erhalten lässt oder eine Ergänzung um Gemeinwohlwirtschaften sinnvoll ist, wird allerdings kontrovers diskutiert. Eventuell wäre eine kluge Politik der öffentlichen Güter besser geeignet, eine Marktwirtschaft in Grenzen zu weisen, auch private Träger:innen einzelner Gütergruppen zu ihrem Recht zu verhelfen und dadurch auch die Lebensbedürfnisse aller ernst zu nehmen. Dies würde allerdings auch den Mut zu einer sehr expliziten inhaltlichen Governance voraussetzen: auch öffentliche Güter müssen vor der Ausbeutungstendenz der Menschen geschützt werden. Klare Regeln müssen

das Miteinander im Raum des öffentlichen Gutes klären; und dazu müssen auch Kombinationen von Rechten und Pflichten zählen. In Städten wird dies in Nachbarschaftsforen und auch in der Pflege des Grätzels, wie es in Wien heißt, bereits verwirklicht.

### Fazit

Es ist nicht leicht, die Vielfalt der Diskurse rund um das öffentliche Gut darzustellen. Deutlich werden sollte mindestens, dass die so besonderen und vielfältigen öffentlichen Güter nicht nur Probleme machen. Vielmehr sind sie ausgezeichnete Stützen und Lebensorte der Demokratie. Denn Demokratie zehrt nicht nur davon, dass Bürger:innen einander als Gleiche anerkennen und respektieren, sondern auch davon, dass Orte geschaffen werden, in denen alle die gleichen Partizipationsmöglichkeiten und die Möglichkeit leibhaftiger Begegnung haben. Die Ausgestaltung der öffentlichen Güter ist eine große Aufgabe und kann nur gelingen, wenn einerseits die wichtigen politischen Diskurse über



### Die besonderen und vielfältigen öffentlichen Güter sind ausgezeichnete Stützen und Lebensorte der Demokratie

Gerechtigkeit im Zugang zu würdigen Lebensbedingungen für alle Menschen in einem Staat geführt werden; und wenn andererseits nicht nur genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern auch eine vielfältige Ausgestaltung und ein Engagement zugunsten der Pluralität und Vielfalt zugelassen und gestützt werden. Vor allem dürfen öffentliche Güter in Zeiten eines unersättlichen Kapitalismus und der dreisten Entwendung von Gütern durch einige wenige Wohlhabende als Bollwerk gegen den leisen oder inzwischen auch sehr lauten Diebstahl der Welt (Bollier 2002) gesehen werden.

### ZUR AUTORIN

**Angela Kallhoff**, geb. 1968, ist Universitätsprofessorin für Ethik mit besonderer Berücksichtigung der angewandten Ethik an der Universität Wien; Forschungsschwerpunkte: Ethik, Natur- und Klimaethik, politische Ethik. Aktuelle Veröffentlichungen: (2022): *Der Mensch – das moralische Tier*, Berlin. (2021): *Climate Justice and Collective Action* (Routledge Studies in Climate Justice), Oxford. (2013): *Politische Philosophie des Bürgers*, Wien/Köln/Weimar.

Die Naturgüter müssen heute zu den am stärksten gefährdeten, öffentlichen Gütern gezählt werden – so auch die eine Atmosphäre. Sie zu schützen, muss nicht bedeuten, sie überhaupt vor Gebrauch und Nutzung zu schützen. Vielmehr brauchen wir Regelwerke, die geteilte Naturgüter vor Übernutzung, vor einer rücksichtslosen Ausbeutung durch ein Privat-Nutzen-System und vor falscher Nutzung schützen. Eine Voraussetzung wirksamen Schutzes scheint es zu sein, dass wir uns nicht nur über die Bedeutung dieser Güter als Lebensvoraussetzung Klarheit verschaffen, sondern auch ihren Charakter als Gemeingut anerkennen. Klimaschutzziele sind wahrhaft kollektive Ziele (Kallhoff 2021), die auch nur durch gemeinsames und zielführendes Handeln verwirklicht werden können. Die Erfindung neuer gemeinsamer Praktiken des Miteinanders, welche dem Individualkonsum eine lebenswerte Alternative gegenüberzustellen vermögen, könnte auch ein Anreiz sein, sich mit Kollektivgütern erneut zu befassen. Allein zu Bowlen ist auch dann kein Spaß, wenn die Bowling-Bahn vergoldet ist und sich in einem Privatjet oder auf einer privaten Yacht befindet.

# Post-Wachstum oder Post-Extraktivismus?

## Gutes Leben in planetaren Grenzen



Angesichts bereits eingetretener und bevorstehender ökologischer Katastrophen entfaltet sich eine vielfach ideologisch aufgeladene Debatte zwischen Anhänger:innen eines „grünen Wachstums“ und Verfechter:innen von Null- oder sogar Negativwachstum. Aus der Perspektive Lateinamerikas stellt sich diese Alternative so nicht. Die Autoren beschreiben die aktuellen „raubtierkapitalistischen“ Tendenzen der lateinamerikanischen Wirtschaftspolitik und die Kritik daran, zeigen aber, dass letztere oft wenig hilfreich ist. Sie plädieren für einen Weg, der sich als eine Kombination von nachhaltig orientiertem Post-Wachstum und Post-Extraktivismus bezeichnen lässt.



Gerhard Kruij



Alejandro Pelfini

### *„Raubtierkapitalistische“ Tendenzen der lateinamerikanischen Wirtschafts- und Umweltpolitik*

Es ist schwierig, ein umfassendes Bild der verschiedenen Tendenzen der Umweltpolitik zu zeichnen, die gegenwärtig auf dem riesigen Subkontinent Lateinamerika zu beobachten sind. In den letzten Jahren fanden dort Innovationen statt, die früher undenkbar gewesen wären, beispielsweise die Verankerung der Rechte der Natur in den neuen Verfassungen Boliviens und Ecuadors, inspiriert vom Geist des *Buen Vivir* (vgl. Kruij 2015). Im Gegensatz dazu kam es wenig später unter der Regierung Jair Bolsonaro in Brasilien (2019–2022) zu einem enormen Anstieg der Entwaldung und der Zerstörung der Artenvielfalt im Mato Grosso und im Amazonasgebiet. Außerdem hatten Umweltaktivisten, als Komplizen ausländischer Interessen diffamiert, mit massiver Repression zu kämpfen. Jedoch können solche Politiken von kurzer Dauer sein, da eine neue Regierung eine Kehrtwende vollziehen kann.

Trotz dieser Unübersichtlichkeit ergibt sich ein kohärenteres Bild, wenn man sich auf strukturelle und langfristige Trends konzentriert. Mit Ausnah-

me von Brasilien und Mexiko, die eine bedeutende industrielle Produktion und einen vitalen Binnenmarkt aufweisen, ist eine wachsende Exportorientierung und Reprimarisierung in vielen Ländern offensichtlich: Es steigen die Exporte von Energierohstoffen, Metallen und landwirtschaftlichen Produkten. Dies geschah sogar unter ‚linkspopulistischen‘ Regierungen, die zwar die Macht der Bergbau- und Exportunternehmen begrenzten, an der Exportorientierung jedoch festhielten, weil sie dank des explosionsartigen Anstiegs der Nachfrage in China und im asiatisch-pazifischen Raum eine Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung finanzieren konnten. Diese Fortsetzung massiver Rohstoffausbeutung unter progressiven Regierungen, die jedoch ebenfalls mit hohen ökologischen Risiken und sozialen Kosten verbunden ist, wurde als ‚Neo-Extraktivismus‘ bezeichnet (vgl. Pelfini u. a. 2020; Kruij u. a. 2019).

In den letzten Jahren führte eine massive Deregulierung und die Ankurbelung des Wachstums zur Verschär-

fung eines sogenannten ‚Raubtierkapitalismus‘ oder ‚Turbokapitalismus‘ (im spanischen „capitalismo depredador“). Darunter wird – etwa im Gegensatz zum ‚rheinischen Kapitalismus‘ – ein vollkommen deregulierter, allein auf Profitmaximierung der Besitzer der Produktionsmittel, die eng mit den jeweiligen Eliten vernetzt sind, verstanden. Die mit ihm verbundene Ressourcenausbeutung steht im Kontext großer geopolitischer und geoökonomischer Auseinandersetzungen. Es geht dabei um den Zugang zu kritischen und strategischen Rohstoffen (den sogenannten ‚Critical Raw Materials‘), die für die als notwendig angesehene Energiewende und die Digitalisierung entscheidend sind. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass in fast allen Ländern rechtsextreme Bewegungen und Parteien wachsen, die sich über mühsam entwickelte Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsstandards hinwegsetzen. Das führt zu einem globalen Wettlauf nach unten, der durch die Abholzung von Wäldern, die Ausweitung der industriellen Agrarwirtschaft, die unkonventionelle Öl- und Gasförderung (Fracking) und durch die Lithiumgewinnung in den Salinen der Anden immer mehr Regionen betrifft.


Dieser Raubtierkapitalismus hat historische Vorläufer im spanischen Kolonialismus und in der vor allem von den USA und England betriebenen imperialistischen Expansion des späten 19. Jahrhunderts – als Enklavenwirtschaften die natürlichen Ressourcen ausbeuteten und sogenannte ‚Opferzonen‘ entstehen ließen. Heute werden die schädlichen Auswirkungen dieses Modells durch die Einbeziehung bisher unerreichbarer Regionen erweitert und mit Hilfe von informationellen und technologischen Komponenten (insbesondere Big Data und künstliche Intelligenz) durch die Gewinne aus Finanzspekulationen und Kapitalströme verstärkt. Dabei ist offenbar der bekannte ‚Rohstofffluch‘ weiterhin wirksam, denn gerade rohstoffreiche Länder im globalen Süden weisen oft höhere Armutsquoten auf als Länder, die nicht über so viele Ressourcen verfügen.

In Zeiten der Sparpolitik und des Konsumrückgangs – die durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine noch verschärft werden – ist der wichtigste Legitimationsmechanismus des Raubtierkapitalismus nichts anderes als das Streben nach Wachstum an sich, die Attraktivität für ausländische Investitionen und stärkere Exportorientierung, um die Zahlungsbilanz auszugleichen. Auf Grund der Enttäuschung durch das Scheitern ‚linker‘ Regierungen, die häufig durch Fälle von Korruption, verbreitete Misswirtschaft und den fehlenden Willen, sich an demokratische Verfahren zu halten, auffielen – so z. B. in einigen Fällen in Argentinien, Ecuador, Bolivien und vor allem Venezuela – schlägt das Pendel bei Wahlen offenbar in die extreme Gegenrichtung aus. Die ‚rechten‘ Partei-

en fördern eine Wirtschaftspolitik, die deregulierend wirkt, einer antistaatlichen und individualistischen Ideologie anhängt und jeden Anflug von Protest gegen Rohstoffabbau zu ersticken versucht. Zugleich herrscht jedoch unter den Unternehmenseliten des Subkontinents das Bestreben vor, ein stabiles Geschäftsklima zu bewahren, die Sanierung der Staatsfinanzen voranzutreiben und die Handelsbilanzdefizite zu reduzieren. Allmählich setzt sich eine auf dem TINA-Prinzip (‚There is no alternative‘) basierende Sichtweise durch, die wenig Raum für Experimente und die Suche nach Alternativen lässt, wie sie in den letzten zwei Jahrzehnten möglich waren. Dass der zum neuen Präsidenten Boliviens gewählte, gemäßigte Politiker Rodrigo Paz mit dem Slogan ‚Kapitalismus für alle‘ Wahlkampf geführt hat, deutet auch darauf hin, wie sehr offenbar sozialistische Alternativen an Attraktivität verloren haben.

Freilich gibt es teilweise auch andere Tendenzen. Während eine extremistisch kapitalistische Orientierung in Javier Mileis Argentinien ihren Höhepunkt erreichen dürfte – ähnlich wie zuvor in Brasilien unter Präsident Bolsonaro –, zeigen Beispiele wie Kolumbien mit ökologischen Parteien in der Regierung oder Costa Rica, wo Umweltschutz und die Schaffung einer ökologischen nationalen Identität bereits staatliche Politik sind, ebenso wie viele zivilgesellschaftliche und kirchliche Gruppen, dass in der Region weiterhin eine Orientierung auf eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung besteht. Sehr deutlich wurde dies auch anlässlich der leider wenig erfolgreichen Klimakonferenz (COP 30) in Belém, Brasilien.

besondere von den USA, eine solche Entwicklung unmöglich machen würden. Die Mechanismen des weltweiten Kapitalismus, die damit zusammenhängende Ausrichtung auf Wachstum und Exporte würden die Abhängigkeiten, die Armut in Lateinamerika und die dort herrschenden autoritären Regime weiter verstärken. Innerhalb dieser Ansätze gab es auch stark marxistisch inspirierte Positionen, die den Kapitalismus als ‚in sich schlecht‘ verurteilten – so beispielsweise Franz J. Hinkelammert (1985) – und die mit Marx betonten, der Kapitalismus führe zu einer Vergötzung des Geldes, des Gewinns, des Kapitals und des Wachstums auf Kosten der Armen und der Ausgeschlossenen. Auch wenn nicht alle dieser Analyse folgten,

 Eine grundsätzliche Kritik an Marktwirtschaft, Kapitalismus und Wirtschaftswachstum ist in den lateinamerikanischen Gesellschaften und Kirchen weitgehend selbstverständlich

ist eine grundsätzliche Kritik an Marktwirtschaft, Kapitalismus und Wirtschaftswachstum in den lateinamerikanischen Gesellschaften und Kirchen weitgehend selbstverständlich. Das zeigte sich auch an Äußerungen von Papst Franziskus, als er beispielsweise in seinem ersten Rundschreiben *Evangelii gaudium* von 2013 schrieb: „Ebenso wie das Gebot ‚du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet.“ (EG 53) In derselben Schrift greift er auch die marxistische Fetischismuskritik auf und fordert ein „Nein zur neuen Vergötterung des Geldes“: „Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1–35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne

## Kritik an ‚raubtierkapitalistischen‘ Tendenzen

Die lateinamerikanische Befreiungstheologie kritisierte von Anfang an eine Entwicklungsideologie (*desarrollismo*), die auf eine nachholende kapitalistische Dynamik setzte, um die vermeintliche

Rückständigkeit Lateinamerikas zu überwinden, während sie von der Diagnose ausging, dass zunehmende neo- und postkoloniale Abhängigkeiten von den Zentren der Weltwirtschaft, ins-



Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“ (EG 55) Auch in der Klima-Enzyklika *Laudato Si'* wird die Marktwirtschaft scharf kritisiert: Sie erscheint so gut wie immer als ein negativer Mechanismus, der über die ihm innewohnende Tendenz zu einem grenzenlosen Konsumismus für die Ausbeutung von Menschen und der Natur verantwortlich gemacht wird (LS 30, 51, 123, 203, 209, 215). Umweltgüter könnten von den Mechanismen des Marktes nicht geschützt werden (LS 190). Dementsprechend ist der Papst auch ausgesprochen skeptisch gegenüber dem Emissionszertifikatehandel (LS 171), welcher von Umweltökonominnen als das beste Mittel gesehen wird, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren (Kruip 2017).

Als durch die große UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien) die Umweltproblematik stärker bewusst wurde, kamen weitere Elemente zu dieser zunächst vor allem ökonomischen Kritik hinzu. So haben sich auch Befreiungstheologen – am stärksten und publikumswirksamsten wohl Leonardo Boff – der Umweltproblematik gestellt und dabei häufig auf indigene Vorstellungen zurückgegriffen, wie etwa die der ‚Mutter Erde‘ (vgl. Boff 2010), worauf dann auch Papst Franziskus wieder Bezug nahm. Dahinter steht die in vielen indianischen Kulturen praktizierte Verehrung einer allmächtigen Muttergöttin (*Pachamama* in den Andenreligionen), die Leben schenkt und die sich deshalb auch als Schutzgöttin der Mitwelt anbietet. Im Rückgriff auf indigene Traditionen, die seit Anfang des 21. Jahrhunderts eine gewisse Renaissance erleben, kam in Ecuador und Bolivien auch der Begriff des ‚Gut-Lebens‘ (*buen vivir*) ins Spiel (Becka 2011). Er ist auf Vorschlag verschiedener indigener Organisationen 2008 in die neue Verfassung Ecuadors und 2009 in die Bolivians aufgenommen worden. Alberto Acosta, seinerzeit Präsident der verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador, versteht ‚Gut-Leben‘ als Alternative zur vorherrschenden kapitalistischen

Wachstums- und Entwicklungsideologie (Acosta 2009). Anstelle einer kapitalistischen solle eine (allerdings nicht näher bestimmte) ‚solidarische Ökonomie‘ treten.

Rechtzeitig vor der Klimakonferenz COP 30 in Belém/Brasilien im November 2025 haben Bischofskonferenzen und -räte aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik einen dramatischen Appell für Klimagerechtigkeit verfasst, in dem sie ganz auf der Linie von *Laudato Si'* (2025), der Amazonas-Synode (2019) und der Enzyklika *Laudate deum* (2023) verstärkte Anstrengungen zum Klimaschutz einklagen (Conferencias y consejos episcopales 2025). Die reichen Länder müssten ihre ökologische Schuld durch massive Unterstützung der ärmeren Länder bei den nötigen Anpassungen an die Klimaveränderungen abtragen. Sie fordern eine ‚ökologische Umkehr‘ und verweisen dabei auch auf das Modell des *buen vivir*. Interessant ist, welche ‚falschen Lösungen‘ dabei kritisiert werden: Der Vorschlag einer ‚grünen Ökonomie‘ oder eines ‚grünen Wachstums‘, bei dem der Natur ein Preis zugewiesen werde, um Anreize für ein nachhaltigeres Wirtschaften zu schaffen, sei letztlich nichts anderes als eine „schrittweise Modernisierung des Kapitalismus“ (ebd., 22). Dieses Konzept würde „die Abhängigkeit von zentralen Wirtschaftsparadigmen verstärken, die Macht in Unternehmen und Regulierungskomplexen konzentrieren und so strukturelle Ungleichheiten zwischen entwickelten Volkswirtschaften und benachteiligten Regionen vertiefen“ (ebd.). Abgelehnt werden deshalb

## Kritik der Kritik

Diese Kritik kommt nicht nur aus den Kirchen, sondern auch aus der breiten Zivilgesellschaft der Länder des Globalen Südens und besonders Lateinamerikas. Die dahinterstehenden Anliegen sind sehr wohl berechtigt; die genannten Ziele von Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur

auch Kompensationsmechanismen für CO<sub>2</sub>-Emissionen und der forcierte Abbau von Metallen wie Lithium, Nickel oder Kobalt. Auch der Anbau von Energiepflanzen sowie die Errichtung von Großprojekten zur Energiegewinnung durch Wasserkraft, Wind oder Sonne, bei denen betroffene lokale Bevölkerungsgruppen nicht an den Entscheidungen beteiligt werden, gelten als problematisch. Die Bischöfe setzen auf eine Stärkung der lokalen Bevölkerungen, besonders der Indigenen und der Kleinbauern und ihrer ‚familiären Landwirtschaft‘. Die Strategien gegen den Klimawandel müssten von ihrer ‚Marktlogik‘ (ebd., 26) befreit werden. „Die Antwort auf die Klimakrise liegt nicht darin, zu einer anderen Form des Kapitalismus überzugehen und das ‚technokratische Paradigma‘ beizubehalten, wie es Papst Franziskus beschrieben hat (LS, 106–114). Wir müssen das Wirtschafts- und Kulturmodell transformieren und die Logik des unbegrenzten Gewinns durch eine ganzheitliche Ökologie ersetzen, d. h. durch Solidarität, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung“ (ebd., 23). „Es ist dringend notwendig, mit einem Wirtschaftsmodell zu brechen, das unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten propagiert und dafür Menschen und Ressourcen unbegrenzt ausbeutet. Es ist dringend notwendig, zu einem [...] Wirtschaftsmodell überzugehen, das die ökologischen Grenzen des Planeten anerkennt [...], indem es die extraktivistische Logik durch eine Wirtschaft des Guten und der Sorge um das gemeinsame Haus ersetzt“ (ebd., 27).

sind zweifelsohne die richtigen. Auch ist eine grundsätzliche Kritik an Ideologien angebracht, die zu einer Vergötzung des Gelds, des Kapitals und des Wachstums führen, sodass das Streben nach Wachstum und die Rechtfertigung des Kapitalismus religiöse Züge annehmen. Gleichzeitig müsste jedoch genau



er überlegt werden, welche realistischen Möglichkeiten des Umsteuerns es geben könnte. Es genügt sicherlich nicht, der Diagnose einer zerstörerischen ‚Marklogik‘ und der ‚Logik des unbegrenzten Gewinns‘ nur sozialetische Werte und Ziele gegenüberzustellen. Manches davon wirkt romantisierend und realitätsfremd, auch wenn andere konkrete Umsetzungsideen durchaus sinnvoll sind.

Es sind jedoch darüber hinaus Vorstellungen davon zu entwickeln, welche Institutionen und Strukturen erforderlich sind, um die notwendigen Veränderungen in größerem Maßstab umzusetzen. Auch in Lateinamerika muss in Rechnung gestellt werden, dass Menschen in der Regel sehr wohl eigeninteressiert handeln. Man wird kaum erwarten können, dass sie mehrheitlich und langfristig auf Grund hoher moralischer Werte ökonomische Nachteile in Kauf nehmen. Deshalb könnten ökonomische Anreize sehr wohl sinnvoll sein. Ein gut funktionierender freier Markt ist grundsätzlich als Koordinationsinstrument zwischen Angebot und Nachfrage geeignet, fördert Effizienz und Innovationen, ist jedoch sehr voraussetzungsvoll und muss dabei unter geeignete Rahmenbedingungen gestellt werden. Dazu gehören Regelungen zur Fairness des Wettbewerbs, zur Verhinderung von Monopolen, zur Stabilität der Währung, der Einhaltung des Rechts, der Schaffung öffentlicher Güter und nicht zuletzt soziale Sicherung und Umweltschutz. Viele wirtschaftliche Aktivitäten, sind mit ‚externen Kosten‘ verbunden, die Gemeingütern schaden, auf die Allgemeinheit abgewälzt werden und sich nicht in den Preisen niederschlagen. Dazu gehören Umweltschäden, die durch den Bergbau, die Förderung von Erdöl und Erdgas oder den monokulturellen Anbau von Futtermitteln und Energiepflanzen verursacht werden. Auch der steigende Ausstoß von CO<sub>2</sub> führt zu externen Kosten, die in die Preise internalisiert werden müssten. Auf dieser Einsicht beruhen die Ideen einer CO<sub>2</sub>-Abgabe oder eines CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels, eine der

wichtigsten Maßnahmen zur Reduktion der klimaschädlichen Gase (Edenhofer/Jakob 2017). Dabei müssen soziale Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden, am besten wohl ein regelmäßig pro Kopf ausbezahltes Klimageld. Eine konsequente Umsteuerung in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft muss auch nicht mit Nullwachstum oder negativem Wachstum einhergehen. In die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geht der Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen ein, die innerhalb eines Jahres produziert werden, unabhängig davon, welchen sozialen und ökologischen Nutzen oder Schaden sie mit sich bringen. Es kommt darauf an, wo Wachstum stattfindet und wo nicht. Sicherlich darf der Ausstoß klimaschädlicher Gase und anderer Umweltgifte nicht mehr wachsen. Aber in anderen Bereichen, etwa der Bildung, der Kul-



**Die ökonomische Entwicklung steht im Dienst der sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes, sie ist kein Selbstzweck**

tur, der Gesundheit und qualitätsvoller Ernährung ist Wachstum möglich und erwünscht (Sachverständigengruppe 2018). Solche Überlegungen entsprechen dem Modell einer ‚Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft‘, wie es grundsätzlich einem Konsens der Sozialethik im deutschsprachigen Raum entspricht (Kruip 2022). Dabei muss klar sein: Die ökonomische Entwicklung steht im Dienst der sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes, sie ist kein Selbstzweck.

So wenig es genügt, einer kapitalismuskritischen Analyse lediglich eine Liste von Werten und Zielen entgegenzustellen, so wenig genügt es, auf die Realität im Globalen Süden – insbesondere in Lateinamerika – nur mit Modellvorstellungen zu reagieren, die unter ganz anderen historischen, kulturellen, ökonomischen und politischen Bedingungen, vor allem in Deutschland,

entwickelt wurden. Die deshalb notwendige Kontextualisierung führt dazu, dass Kategorien und Begriffe, die in einer Region überzeugend erscheinen, in einer anderen als naive Utopie wahrgenommen werden. Im Blick auf Lateinamerika müssen mindestens zwei historisch-strukturelle Fakten berücksichtigt werden: Zum einen das Ungleichgewicht zwischen den Machtressourcen von Staat, Markt und Zivilgesellschaft (Véliz 1980; Cavarozzi 1987), zum anderen die Tatsache, dass sich ein Großteil der Ressourcen entweder in ausländischer Hand oder in der Hand lokaler Eliten befindet, die ohne Rücksicht auf die Bevölkerung des jeweiligen Landes auf optimale finanzielle Verwertung und rechtliche Kontrolle ausgerichtet sind. Deshalb genügt es nicht, die Schwächen der lateinamerikanischen Ökonomien hauptsächlich mit institutionellen Defiziten und dem Einfluss korrupter Politiker zu erklären. Zwar können auch post- und dekoloniale Ansätze nicht alle Besonderheiten einer untergeordneten Position in der globalen Ordnung erklären, jedoch müssen langanhaltende Macht-, Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen, die nicht allein vom Willen der Akteure abhängen, in Rechnung gestellt werden.

Wie bereits in sehr frühen Studien dargelegt (Lipset/Solari 1967), sind die lokalen Eliten, der Staat und das transnationale Kapital nicht einfach neutrale Akteure, die Demokratie und Entwicklung verbreiten. Der Glaube an Fortschritt und Wachstum als Lösung für Entwicklungs- und Fortschrittsprobleme ist in der Region weit verbreitet und stellt eine naive Ökonomisierung dar. Think Tanks, Wirtschaftspresse, Unternehmensforen, aber auch – und das ist besonders auffällig – Institute im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an katholischen Universitäten in der Region (man denke an die Vereinbarungen der UC-Chile, der UCA in Argentinien und der PUC-Rio mit der Universität Chicago unter der Ägide von Milton Friedman in den 1960er Jahren) sind wichtige Akteure bei der Etablierung eines der neoliberalen

ralen Orthodoxie zugeneigten Common Sense. Auf diese Weise übernehmen Fachleute, Entscheidungsträger:innen, Journalist:innen und sogar normale Bürger:innen unkritisch die ‚Trickle-down-Theorie‘ und den technologischen Optimismus, weil sie den Markt als autonomes und abstraktes Gebilde mit perfektem Wettbewerb betrachten.

Aber auch die gegenteilige Version, die den Markt pauschal moralisch verurteilt und hinter seiner scheinbar neutralen Funktionsweise konspirative Kräfte vermutet, ist nicht ratsam. Wie oben angedeutet, gibt es in bestimmten Diskursen der Umweltbewegungen und der katholischen Kirche selbst eine Tendenz, den Kapitalismus und den Markt per se zu dämonisieren. Selbst in der Enzyklika *Laudato Si'* lässt sich eine manichäische Sicht nachweisen, in der das Streben nach Wachstum und die Ausbeutung der Natur als das absolut Böse angesehen werden. Dies hat negative Folgen für jeden Vermittlungs- und Konsensfindungsprozess,

beispielsweise bei sozio-ökologischen Konflikten, da der andere nicht als gültiger Gesprächspartner angesehen wird, sondern ihm von vornherein böswillige Absichten unterstellt werden.

Die Kritik an der Religion des Wachstums, der Vergötterung des Marktes und der sogenannten „Wegwerfkultur“ sollte uns nicht dazu verleiten, den Kapitalismus und die Funktionsweise des Marktes insgesamt zu verabscheuen. Wichtig ist es, Unterscheidungen zu treffen und Zusammenhänge zu berücksichtigen: Die Fehler, die einzelne wirtschaftliche Akteure in ihren Verantwortungsbereichen begehen, sind eine Sache – die strukturelle Kritik am Kapitalismus in Lateinamerika, insbesondere an seiner rein extraktivistischen und derzeit räuberischen Ausprägung, eine andere. Es scheint, dass die kritischen Diskurse der Umweltbewegungen und der katholischen Kirche in der Region manchmal beide Ebenen vermischen, was dazu führt, dass ‚das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird‘.


veränität: Sie fragen, warum sie einer globalen Agenda folgen sollten, die ihre Vorstellungen von Fortschritt und die Wahrung nationaler Souveränität einschränkt. Umweltvorschriften werden in denselben Topf geworfen wie andere Beschränkungen, die als Eingriffe des internationalen *Wokismus* angeprangert werden, wie beispielsweise das Gender-Thema, die Bevölkerungskontrolle und die Gesundheitspolitik (Sana-huja/López Burión 2024).

Vielleicht finden Kategorien wie ‚Post-Entwicklung‘ und ‚gutes Leben‘ weiterhin Beachtung, doch die Debatte verlagert sich auf ein neues Modell: den *Post-Extraktivismus*: Geprägt wurde der Begriff offenbar von Eduardo Gudynas (2012), der als erster auch den ‚Neo-Extraktivismus‘ linker Regierungen angeprangert hatte. Der ‚Post-Extraktivismus‘ soll den Extraktivismus überwinden, versteht sich als Alternative zu den bisherigen Entwicklungsmodellen, bedeutet aber keine vollständige Abkehr von jeder Rohstoffausbeutung.<sup>1</sup>

Wie kann man von einem Modell, das auf der räuberischen Ausbeutung exportorientierter natürlicher Ressourcen basiert, zu diversifizierteren Volkswirtschaften mit größerer Wertschöpfung und einem stärkeren Binnen- und Regionalmarkt übergehen? All dies in einer globalisierten, schnellebigen und technisierten Welt, der man sich unmöglich vollständig entziehen kann (Kulfas 2025). Das Präfix ‚post‘ bedeutet keinen radikalen Bruch, sondern steht vielmehr für einen geordneten Übergang, der Elemente des Vorherigen bewahrt. Die Förderung natürlicher Ressourcen wird weiterhin ein zentraler Bestandteil des BIP sein, da sie für die Länder der Region einen unverzichtbaren Wettbewerbsvorteil darstellt. Die Herausforderung besteht jedoch darin, sie nicht länger als *El Dorado* zu betrachten, aus dem man außerordent-

## Nachhaltige Handlungsstrategien

Auf Grund der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Lateinamerika muss akzeptiert werden, dass zur Bekämpfung von Unterentwicklung und Armut ein höheres Wachstum und eine Steigerung der Produktivität erforderlich sind, um Umverteilungsmaßnahmen umzusetzen und auf dieser Grundlage einen höhe-

 In Lateinamerika hat die Idee des *Degrowth* keine besondere Beachtung gefunden und offenbar kaum eine Zukunft

ren materiellen Wohlstand zu erreichen. Eine strengere ökologische Nachhaltigkeit muss mit solchen sozialen Fortschritten kombinierbar sein. Deshalb hat in Lateinamerika die Idee des *Degrowth* keine besondere Beachtung gefunden und offenbar kaum eine Zukunft (Beling u. a. 2018). Selbst Begriffe wie

‚grünes Wachstum‘ werden negativ aufgenommen, da sie als Fortsetzung der strukturellen Abhängigkeit der Region angeprangert werden: Die Länder des Globalen Südens mit den größten Vorkommen an Mineralien und Seltenen Erden – so der Vorwurf – würden gezwungen, ihre Ressourcen zu niedrigen Preisen anzubieten, um die Dekarbonisierung der Energieversorgung im entwickelten Norden zu finanzieren.

Aus Sicht wachsender regionaler rechtsextremer Bewegungen wird die Idee des *Degrowth* nicht nur mit Verweis auf die Autonomie des Marktes und aufgrund einer geringen Sensibilität für Umweltfragen abgelehnt, sondern vor allem aus Gründen der Sou-

<sup>1</sup> Analog zu den Diskussionen um die unterschiedlichen Priorisierungen und Herangehensweisen von De- und Postgrowth-Ansätzen, gibt es auch hier bereits eine breite Debatte und einen umfangreichen Forschungsstand (siehe auch die Veröffentlichungen und Tagungen des Netzwerks [extractism.de](http://extractism.de) mit besonderem Bezug auf Deutschland).



liche Gewinne erzielen kann, und sich auf die vermeintliche Unerschöpflichkeit zu verlassen. Die Gewinne, die sich aus ihr ergeben, können (und müssen) sowohl zur Umverteilung von Ressourcen, zur Subventionierung innovativer

Sektoren, zur Verbesserung der Infrastruktur, zum Ausbau eines besseren Bildungssystems als auch zur Regeneration von Ökosystemen und Lebensformen verwendet werden, die durch den räuberischen Kapitalismus geschä-

digt wurden. Die Perspektive des Post-Extraktivismus erkennt auch an, dass dieser mögliche Übergang sehr konkrete und heftige Konflikte und Auseinandersetzungen mit denjenigen mit sich bringt, die bislang von diesen Einkünf-

## LITERATUR

- Acosta, Alberto (2009): Das „Buen Vivir“. Die Schaffung einer Utopie, in: *juridikum* (4), 219–222.
- Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2017): *Salidas del laberinto capitalista / Decrecimiento y postextractivismo*, Buenos Aires.
- Becka, Michelle (2011): „Gut leben“ und das „gute Leben“. Ein Konzept aus der Andenregion als Anstoß für eine interkulturelle ethische Reflexion, in: Demele, Markus/Hartlieb, Michael/Noweck, Anna (Hg.): *Ethik der Entwicklung. Sozialethische Perspektiven in Theorie und Praxis*, Münster, 101–117.
- Beling, Adrián E./Vanhulst, Julien/Demaria, Federico/Rabi, Violeta/Carballo, Ana Estefanía/Pelenc, Jérôme (2018): Discursive Synergies for a 'Great Transformation' towards Sustainability Pragmatic Contributions to a Necessary Dialogue between Human Development, Degrowth, and Buen Vivir. *Ecological Economics* 144, 304–313.
- Boff, Leonardo (2010): Die Erde ist uns anvertraut. Eine ökologische Spiritualität, Kevelaer.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): The imperial mode of living, in: Spash, Clive, ed. *Routledge Handbook of Ecological Economics*, 152–161.
- Cavarozzi, Marcelo (1987): *Autoritarismo y democracia (1955–1983)*, Buenos Aires.
- Conferencias y consejos episcopales de África, América Latina y el Caribe, y Asia con ocasión de la COP30 (2025): Un llamado por la justicia climática y la casa común. Conversión ecológica, transformación y resistencia a las falsas soluciones, online verfügbar auf: <https://www.vidanuevadigital.com/wp-content/uploads/2025/07/Las-Iglesias-del-Sur-Global-con-motivo-de-la-COP30.pdf>.
- Edenhofer, Ottmar/Jakob, Michael (2017): *Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen*, München.
- Gudynas, Eduardo (2012): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung, in: Lambert, Tobias (Hg.): *Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*, Berlin, 144–161.
- Hinkelammert, Franz J. (1985): *Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus*, Freiburg (Schweiz)/Münster.
- Kruip, Gerhard (2015): Buen vivir – Gut leben im Einklang mit Mutter Erde. Das kulturelle Erbe der Indigenen und die Suche nach einem anderen Fortschritt in *Laudato si'*, in: *Amos international* 9 (4), 11–18.
- Kruip, Gerhard (2017): Befreiungstheologische Kritik am Kapitalismus und an der Sozialen Marktwirtschaft in: Gabriel, Ingeborg/Kirschschläger, Peter G./Sturm, Richard (Hg.): *Eine Wirtschaft, die Leben fördert. Wirtschafts- und unternehmensethische Reflexionen im Anschluss an Papst Franziskus*, Ostfildern, 153–169.
- Kruip, Gerhard (2022): *Wirtschaft*, in: Heimbach-Steins, Marianne/Becka, Michelle/Frühbauer, Johannes J./Kruip, Gerhard (Hg.): *Christliche Sozialethik – Grundlagen – Kontexte – Themen*. Regensburg, 261–279.
- Kruip, Gerhard/Müßig, Dietmar/Zikesch, Raphael (Hg.) (2019): *Neo-Extraktivismus in Bolivien. Chancen, Risiken, Nachhaltigkeit*, Münster.
- Kulfas, Matías (2025): *Producir en la nueva globalización*, Buenos Aires.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München.
- Lipset, Seymour/Solari, Aldo (Hg.) (1967): *Élites y desarrollo en América Latina*, Buenos Aires.
- Marchegiani, María Pía (2019): Indigenous peoples' rights to natural resources in Argentina: the challenges of impact assessment, consent and fair and equitable benefit-sharing in cases of lithium mining. *The International Journal of Human Rights* 24 (2–3), 1–17.
- Pelfini, Alejandro (2023): Horizontes y obstáculos para la creación de una „OPEP“ del litio, in: *Archivos del Presente*, September, online verfügbar auf: <https://archivosdelpresente.com/articulos/horizontes-y-obstaculos-para-la-creacion-de-una-opep-del-litio/>.
- Pelfini, Alejandro/Fulquet, Gastón/Marchegiani, Pía/Christel, Lucas (2020): Neo-extractivism, Developmental Models and Capital Formation: Substitutive Natural Resource Governance in South America, in: Sujatha V., ed. *Global Capital and Social Difference*, New Delhi, 119–139.
- Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ (2018): *Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialethische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien*, Bonn.
- Sanahuja, José A./López Burian, Camilo (2024): „Las variaciones en la geopolítica de la ultraderecha neopatriota y la contestación al orden internacional“, in: *CEBRI Revista*, Año 3 Nr. 11 (Jul-Set), 17–36.
- Umweltbundesamt (2020): *Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten. Abschlussbericht, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (TEXTE 98/2020)*.
- Véliz, Claudio (1980): *The centralist tradition of Latin America*, Princeton, NJ.

ten profitieren (Acosta/Brand 2017). Es handelt sich also nicht primär um einen grundlegenden kulturellen Wandel hin zu einer weniger konsum- und produktionsorientierten Lebensweise, wie sie mit der Idee des *Degrowth* einhergehen würde. Wie im Fall von Lithium in der Region (vor allem im sogenannten Lithium-Dreieck zwischen Argentinien, Bolivien und Chile) diskutiert wird, bedeutet die Schaffung von Wertschöpfungsketten aus natürlichen Ressourcen in einem post-extraktivistischen Ansatz, über die bloße Gewinnung und den Export eines wichtigen Minerals hinauszugehen: Erstens dürfen durch die Förderung dieser Rohstoffe die besonders knappen Wasserressourcen in den Hochlandgebieten nicht zerstört und die Lebensweise der indigenen Gemeinschaften nicht gefährdet werden (Marchegiani 2019). Zweitens muss man sich an der Verarbeitung dieses Minerals für den kommerziellen und industriellen Gebrauch beteiligen, sei es durch staatliche Unternehmen oder durch Partnerschaften mit ausländischen Unternehmen bei der Herstellung von Batterien, was auch Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung in Lateinamerika selbst erfordert; und drittens, etwas ehrgeiziger, die Integration dieses neuen Produkts sowohl in die regionale Automobilindustrie als auch in die urbane Elektromobilität auf einem Kontinent anstreben, auf dem 85% der Bevölkerung in Städten leben, vor allem in Metropolen, die zu den größten der Welt zählen. Es ist klar, dass Fortschritte in dieser Richtung eine verstärkte regionale Zusammenarbeit erfordern, nicht nur zwischen den Lithium exportierenden Ländern, sondern auch mit denen, die über eine bedeutende Automobilindustrie verfügen, wie Brasilien und Mexiko (Pelfini 2023).

## AUTORENINFORMATIONEN

**Gerhard Kruij**, geb. 1957, Dr. theol., Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, seit April 2024 im Ruhestand. Arbeitsschwerpunkte u. a.: Sozial-ökologische Transformation, Klimagerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit.

Veröffentlichungen u. a.: Zusammen mit Heimbach-Steins, Marianne/Becka, Michelle/Frühbauer, Johannes J. (Hg.) (2022): *Christliche Sozialethik – Grundlagen – Kontexte – Themen*. Ein Lehr- und Studienbuch. Regensburg, online unter: <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:6-55069716280>; *Ökologisch-soziale Transformation: Wirtschaften als Sozialprozess*. Oswald von Nell-Breuning und Papst Franziskus zu den „Grenzen des Wachstums“, in: Bernhard Emunds/Stephan Rixen (Hg.): *Oswald von Nell-Breuning weiterdenken. Solidarische Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Freiburg 2022, 91–111.

**Alejandro Pelfini**, geb. 1972, Dr. phil., Direktor für Postgraduierte Studien, Fakultät für Sozialwissenschaften, Bildung und Kommunikation, Universidad del Salvador (Buenos Aires, Argentinien) und Assoziierter Forscher, Global Studies Programme, FLACSO-Argentina. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung, Eliten und Populismus in Lateinamerika, kollektive Lernprozesse, Umweltsoziologie.

Veröffentlichungen u. a.: Zusammen mit Riveros, C.: *From Legitimation to Extortion? Latin American Hierarchical Capitalism Reloaded* (2026), in: Méndez, M.L, Savage, M./Lareau, A. (Hg.): *The Oxford Handbook of the Sociology of Global Elites*, Oxford (im Erscheinen); *Hans Joas como pensador global* (2025), in: *STUDIA POLITICÆ* 65, 16–32.

## Ausblick

Die Debatten über Post-Extraktivismus und Post-Wachstum haben zweifellos eine globale Tragweite und gehen über das hinaus, was in einer bestimmten Region erreicht werden kann. Wenn wir die Analysen zur Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016) oder zur imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) ernst nehmen, wird deutlich, dass die Interdependenz zwischen Regionen, ihren Entwicklungsmodellen und ihrer Nutzung von Ressourcen die Handlungsspielräume andernorts mitbestimmt und begrenzt. Nicht nur der Wohlstand in den Industrieländern, sondern auch die Energiewende selbst erfordern die Ausbeutung von Ressourcen in anderen Regionen, die ihrerseits von der Gewinnung und dem Export von Rohstoffen abhängig sind. Die reicheren Länder haben deshalb eine Mitverantwortung für die sozio-ökologi-

sche Transformation in den Ländern, in denen diese Ressourcen gewonnen werden. In einer interessanten Studie hat das Umweltbundesamt (2020) gezeigt, dass weder eine Ausrichtung an *Green Growth* noch an *Degrowth* ökologisch nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht. Es plädiert für ein ‚vorsorgeorientiertes Post-Wachstum‘, das die planetarischen Grenzen einhält und das Wachstum des BIP auch nicht mehr als erstes Ziel propagiert, solches Wachstum aber auch nicht ausschließt. Das passt zu dem hier skizzierten Verständnis eines ‚vorsorgeorientierten‘ Post-Extraktivismus, der ja auch eine Rohstoffförderung nicht ausschließt, sie aber sozialen und ökologischen Zielen des Förderlandes unterordnet und in der Wirtschafts- und Umweltpolitik eine neue Balance zwischen Effizienz, Konsistenz und Suffizienz findet, sowohl im Norden als auch im Globalen Süden.

# Ökonomische Multiperspektivität im Postwachstumdiskurs



## Schwäche oder Zugewinn?

Der Beitrag untersucht die Rolle ökonomischer Multiperspektivität im Postwachstumdiskurs und versteht theoretische Vielfalt als Stärke wirtschaftswissenschaftlicher Analyse unter veränderten ökologischen Rahmenbedingungen. Er zeigt, dass ökonomische Theorien kontextbezogene Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen darstellen und daher auch unterschiedliche Deutungen ökologischer Krisen hervorbringen. Im Zentrum steht der Kontrast zwischen wachstumsorientierter Umweltökonomik und wachstumskritischer Ökologischer Ökonomik sowie die empirisch fehlende Evidenz für eine hinreichend absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung. Vor diesem Hintergrund werden zentrale Strömungen der Postwachstumsdebatte eingeordnet. Der Beitrag argumentiert für einen sozialverträglichen, ordnungspolitisch fundierten Regelwandel im Sinn einer ökologisch erweiterten Sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Multiperspektivität erweist sich dabei als Voraussetzung für tragfähige und demokratisch legitimierte Transformationspfade.



Nils Goldschmidt



Sarah Lange

Bemerkenswert ist, dass man seit Mitte der 2030er-Jahre allgemein von ‚DISRUPTION‘ spricht, meist in Großbuchstaben geschrieben, eine Kurzform für die übliche Liste der Folgen globaler Erwärmung, deren Litanei Aktivisten wie Skeptiker gleichermaßen anödet. In dem Ausdruck klingt ebenso eine Ahnung von geistiger Disruption an wie auch die rachsüchtige Wut der Wettersysteme. Zudem schwingt darin der Hinweis auf eine kollektive Verantwortung für unsere angeborene kognitive Verzerrung mit, die bewirkt, dass uns kurzfristige Bequemlichkeit wichtiger ist als langfristiger Nutzen.

Ian McEwan, Was wir wissen können (2025)

### Einführung

Kennen Sie das Bild ‚Meine Frau und meine Schwiegermutter‘? Je nach Perspektive lässt sich in dem bekannten Kippbild eine junge, in die Ferne blickende Frau oder eine alte Dame mit ausgeprägter Nase erkennen. Vielleicht fragen Sie sich, was das Bild von zwei Frauen mit der ökonomischen Sicht auf ökologische Fragen zu tun hat. Die kurze Antwort lautet: Eine ganze Menge!

Im Unterschied zu der verbreiteten Wahrnehmung der Wirtschaftswissenschaften als monoperspektivische Disziplin mit allgemeingültigen Wahrheiten – zu welcher Begriffe wie ‚die Wirtschaftsweisen‘ als Bezeichnung der Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen – gibt es in den Wirtschaftswissenschaften nicht ‚die eine Wahrheit‘, sondern unterschiedliche Perspektiven. Öko-

nomische Theorien entstehen häufig vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen. Adam Smith hat mit seinen Überlegungen und Ideen die beginnende Industrialisierung gedeutet, Karl Marx suchte in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Erklärung und Alternative für die sozialen Ungleichheiten die eben diese Industrialisierung mit sich brachte. John Maynard Keynes entwarf seine nachfrageorientierte, makroökonomische Theorie vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre und der damit einhergehenden großen Arbeitslosigkeit. Alfred Müller-Armack entwickelte mit seinen ordoliberalen Mitstreiter:innen noch während dem Zweiten Weltkrieg eine auch auf christlichen Werten basierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als ‚dritten Weg‘ zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und autoritären Regimen. Ökonom:innen mit Nähe zu diesen un-



terschiedlichen Theorien, z. B. dem klassischen Liberalismus, Marxismus, Keynesianismus oder Ordoliberalismus arbeiten mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Methoden. Bei Betrachtung derselben Gegebenheit – etwa einer hohen Inflationsrate – können sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen gelangen; dies gilt jedoch nicht für die prinzipiellen Ansprüche an wissenschaftli-

ches Arbeiten oder für die Grundlagen empirischer Daten (z. B. zu Emissionsrestbudgets oder energetischen Wirkungsgraden), denn wissenschaftliche Pluralität bedeutet nicht ‚anything goes‘. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Kippbild der jungen und alten Frau. Je nach Perspektive sieht der oder die Betrachter:in eine andere Gestalt. Allerdings sieht wohl niemand einen Elefanten – falls doch, wäre es bedenklich.


Industrieproduktion und Umweltverschmutzung systematisch zu analysieren und mithilfe eines Computermodells zu simulieren. Das zugrundeliegende Weltmodell *World3* simuliert fünf sich gegenseitig beeinflussende Bereiche mit globaler Wirkung. Es handelt es sich um eine so genannte Szenariostudie. Das Ergebnis solcher Szenariostudien ist keine exakte Zukunftsvorhersage, sondern die Darstellung unterschiedlicher möglicher Zukunftspfade auf Basis variierender Modellannahmen und mathematischer Berechnungen. Die Kernaussage, die sich aus den damaligen Szenarien ableiten lässt, lautet, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht möglich ist. Hinsichtlich der Auswirkungen wurden die Szenarien in Teilen von der Realität übertroffen. Zwar wurde in der Szenariostudie bereits angenommen, dass beim Verbrennen von Öl, Gas und Kohle Kohlendioxid freigesetzt wird. Doch die genaue Wirkungsweise und das Ausmaß der Erderwärmung durch Treibhausgasemissionen (THG) konnten erst in den 1980er Jahren und damit nach der Veröffentlichung von *The Limits to Growth* umfassend geklärt werden. Ein Vergleich von vier der 1972 veröffentlichten Szenarien mit realen Daten bis zum Jahr 2019 zeigt, dass für viele der Variablen ähnliche Entwicklungen wie in den modellierten Szenarien eingetroffen sind (Herrington, 2020). Die Grundaussage des ursprünglichen Berichts, dass unbegrenztes Wachstum in einer endlichen Welt problematisch ist, bleibt aktuell.

## Multiperspektivität im Zeichen der ökologischen Krise

Diese Multiperspektivität der Wirtschaftswissenschaften ist auch vor dem Hintergrund multipler Krisen der Gegenwart und sich rasant und vielfach unvorhersehbar ändernder Rahmenbedingungen keine Schwäche, sondern eine Stärke. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in den letzten Jahren verstärkt neue oder wiederentdeckte ökonomische Theorien Beachtung finden. Das gilt insbesondere auch für die gegenwärtigen ökologischen Herausforderungen.

die Tier- und Pflanzenwelt, einhergehend mit kräftigen ökonomischen Verwerfungen zwischen und innerhalb von Staaten. Dass auch hochentwickelte Industrienationen von den Folgen der Klimaveränderung in dramatischer Weise betroffen sein werden – und schon heute betroffen sind – hat die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 an Ahr und Erft, in der Eifel sowie im Sauerland uns allen in erschreckender Weise gezeigt.

Simulationen, Prognosen und Modelle gehören zum etablierten Handwerkszeug der (ökonomischen) Klimaforschung. Vor mehr als 50 Jahren, im Jahr 1972, erschien im Auftrag des *Club of Rome* und finanziert durch die VolkswagenStiftung die Studie *The Limits to Growth* der jungen US-Amerikaner Donella und Dennis Meadows, des Norwegers Jørgen Randers und deren Projektteam am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Sie war wohl der erste umfassende und zugleich öffentlichkeitswirksame Versuch, das Zusammenspiel von Bevölkerungswachstum, Nahrungs- und Ressourcenverbrauch,

 Die Multiperspektivität der Wirtschaftswissenschaften ist vor dem Hintergrund multipler Krisen der Gegenwart und sich rasant und vielfach unvorhersehbar ändernder Rahmenbedingungen keine Schwäche, sondern eine Stärke

Der sechste Sachstandsbericht des Weltklimarates führt uns die Volatilität der klimatischen Rahmenbedingungen erneut und eindrücklich vor Augen (IPCC 2023). Auf mehr als 3 500 Seiten werden die dramatischen Folgen der Erderwärmung für das Klima, für unsere Ökosysteme und unser gesellschaftliches Zusammenleben deutlich und unmissverständlich beschrieben: Extreme Wetterereignisse wie Überflutungen und Hitzewellen werden zunehmen – mit massiven Auswirkungen auf

## Umweltökonomik und Ökologische Ökonomik

Die veränderten ökologischen Rahmenbedingungen haben zur Herausbildung unterschiedlicher Wirtschaftskonzepte geführt – auch außerhalb der Wachstumslogik.

Grundsätzlich lässt sich in den Volkswirtschaften mit Blick auf Fra-

gen der ökologischen Nachhaltigkeit zwischen den beiden Strömungen der Umweltökonomik und der Ökologischen Ökonomik unterscheiden: Erstere ist Teil des ökonomischen Mainstreams, d. h. die Umweltökonomik erweitert die neoklassische und neu-keynesia-

# Arts & ethics

Thomas Hoffmann, „fiore“, 2022

Die Blume – il fiore – steht für Natur, Frühling und Freude. In den Arbeiten von Thomas Hoffmann ist sie ein wiederkehrendes Motiv, das der Künstler im Stil der Comic Art darstellt und mit dem Blow up-Verfahren in klassischer Öltechnik auf großformatige Leinwände malt. Das hier gezeigte Gemälde spielt mit der Wahrnehmung des Betrachtenden: Es ist ein gemaltes Bild, das wiederum das Bild eines geöffneten Fensters mit grünen Fensterläden und einem großen Blumenkübel mit weißer Blume abbildet. Bei genauerem Hinsehen wird klar, dass es sich nicht um ein reales Fenster in einer Hausfassade mit einem dahinter liegenden Raum handeln kann, denn dazu stimmen die Proportionen und die Schattenwürfe nicht. Thomas Hoffmann setzt die Blume vor einen hellblauen Fensterausschnitt, den man eher mit einem Blick in den Himmel, denn mit einem Innenraum assoziiert. Es ist ein Vexierspiel zwischen dem Innen und Außen und auch zwischen dem Realen und der Imagination, auf das man sich beim Betrachten des Bildes einlassen kann. Man darf aber auch nur die Kraft und Lebensfreude genießen, die von diesem poppigen Gemälde einer Blume auf dem Fensterbrett ausgeht!

(Stefanie Lieb)



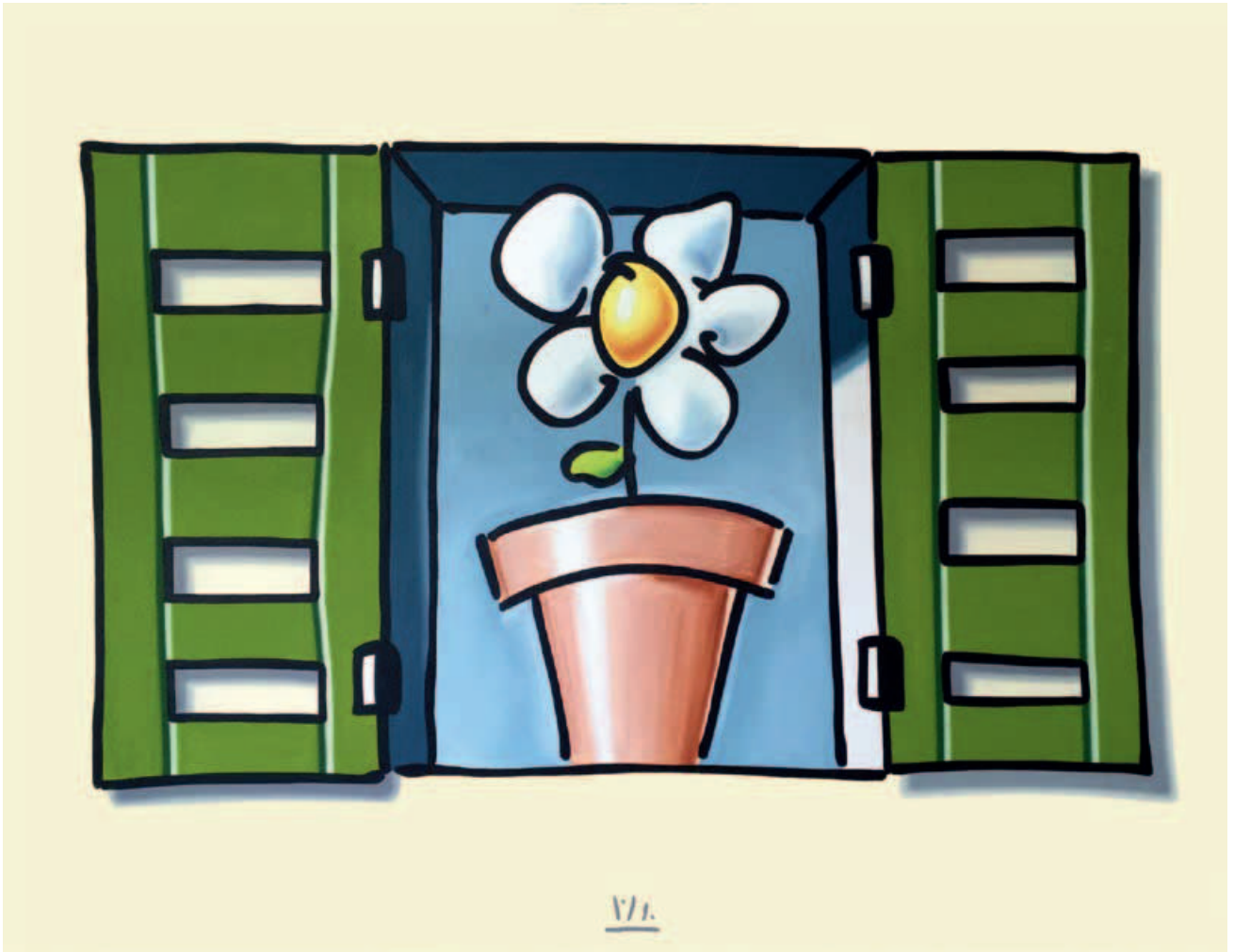
## Thomas Hoffmann

geboren 1964 in Bochum, hat Malerei an der Accademia Delle Belle Arti in Perugia und an der Hochschule für Kunst und Design an der Burg Giebichenstein in Halle an der Saale studiert. Nach der Leitung eines eigenen Designbüros war Hoffmann als freier Künstler in Italien, auf Fuerteventura und in Remscheid tätig. Die Gemälde von Thomas Hoffmann in traditioneller Ölmalerei-Technik zeigen Motive im Stil von Cartoons. Während diese aber eher kleinformatig sind, erscheinen sie auf den Bildern des Künstlers stark vergrößert. Hoffmann wählt auch ungewöhnliche Ausschnitte, so dass das Dargestellte zusammen mit den Bildtiteln verrätselt wird und so zum Weiterdenken anregt.

2024 war der Künstler mit einer umfangreichen Einzelausstellung „Fiore“ in der Katholischen Akademie Schwerte vertreten.

Thomas Hoffmann lebt und arbeitet momentan als freier Künstler in Remscheid.

[www.thomashoffmann.it](http://www.thomashoffmann.it)



„fiore“  
2022, 175 × 160 cm, Öl auf Leinwand, © Thomas Hoffmann

nische Perspektive. Die Grundidee einer wachstumsorientierten Marktwirtschaft mit Preisen als Informationsagregaten und Konsument:innen mit unbegrenzten Bedürfnissen bleibt erhalten. Zentral ist dabei für die Umweltökonomik die Idee eines nun grünen, aber weiterhin durch Effizienz und technologischen Fortschritt getriebenen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zentrales Argument von Umweltökonom:innen ist die Bedeutung von Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für Wohlstand, soziale Stabilität und Innovationsdynamik. Durch Effizienzfortschritte, die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und Kreislaufwirtschaft könne und müsse Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Emissionsausstoß entkoppelt werden. Diese Argumentation findet sich u. a. in den Positionen von OECD, IWF und den ESG-Kriterien der Vereinten Nationen wieder.

Unter dem Begriff der Ökologischen Ökonomik summieren sich demgegenüber Ansätze für Wirtschaften auch außerhalb der Wachstumslogik. Eine Definition des Forschungsnetzwerks *Research & Degrowth* beschreibt Postwachstum bzw. Degrowth allgemein wie folgt: „Sustainable degrowth may be defined as an equitable downscaling of production and consumption that increases human well-being and enhances ecological conditions at the local and global level, in the short and long term“ (Schneider et al. 2010, 511).

Die Ökologische Ökonomik arbeitet interdisziplinär und betont klimawissenschaftliche Rahmenbedingungen wie Emissionsrestbudgets und planetare Belastungsgrenzen. Schmelzer und

Vetter (2021) unterscheiden fünf Strömungen der Postwachstumsdiskussion: (1) institutionenorientierte, (2) suffizienzorientierte, (3) commons-/alternativökonomisch ausgerichtete, (4) feministische und (5) kapitalismus- und globalisierungskritische Postwachstumsströmungen. Makroökonomische Analysen der Ökologischen Ökonomik (z. B. Lange & Lange 2026) können ebenso wie die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition des Umweltbundesamtes (2018) oder realpolitische Forderungen des Wirtschaftswissenschaftlers und zeitweiligen Politikers Uwe Schneidewind der institutionenorientierten Strömung zugeordnet werden. Vertreter:innen wie Schneidewind betonen die Rolle staatlicher und außerstaatlicher Institutionen und weisen eine ökologisch-liberale Grundausrichtung auf. Die in vorangegangenen Beiträgen dieses Hefts vorgestellten Konzepte des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens und die *buen-vivir*-Strömung sind hingegen stärker commons-/alternativökonomisch ausgerichtet. Unser Siegener Kollege Niko Paech kann – wenn man der Unterteilung folgen möchte – der suffizienzorientierten Strömung zugeordnet werden. Soziale oder ethische Fragen sind zwar implizit Teil des Suffizienzansatzes, spielen in der Strömung aber eine nachgelagerte Rolle. Im Unterschied zur ‚Donut-Ökonomie‘ der britischen Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth, die ökologische und soziale Grenzen vereint, legen klassisch suffizienzorientierte Ansätze ihren Fokus auf ökologische Belastungsgrenzen und materielle Reduktion.

se zu entwickeln. Dies verschlingt weitere endliche Ressourcen.

Zweitens ist die Hoffnung, ‚grünes Wachstum‘ zu erzeugen, häufig trügerisch. Der Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung wie in der Umweltökonomik angenommen, sind Grenzen gesetzt. Zwar war eine *relative* Entkopplung von BIP-Wachstum und ausgestoßenen Treibhausgas (THG)-Emissionen in Industrienationen bereits erfolgreich, nicht jedoch eine *hinreichend absolute* Entkopplung. Jährlich neu emittierte THG sollen nicht nur allmählich weniger werden, sondern im Angesicht der gravierenden Folgen der globalen Erwärmung möglichst schnell sinken. Genauer gesagt: hinreichend schnell, um ein bestimmtes klimapolitisches Ziel zu erreichen. Für den Ordnungsrahmen des Klimaschutzgesetzes (KSG) in Deutschland bedeutet das: Wenn unsere Wirtschaft weiterhin wächst, muss der Entkopplungsgrad so groß sein, dass unsere Volkswirtschaft trotz wachsendem BIP spätestens im Jahr 2045 netto klimaneutral ist. Diese Vorgabe besteht seit der Verschärfung des Klimaschutzgesetzes durch dessen erste Novellierung. Einen Überblick über die unterschiedlichen Entkopplungsarten zeigt Abbildung 1 (S. 31).

Für eine hinreichend absolute Entkopplung gibt es im Unterschied zur relativen und absoluten Entkopplung allerdings keine Evidenz (Haberl et al. 2020). Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es also keine empirischen Belege für die Möglichkeit einer solchen Entkopplung und damit eines unendlichen grünen Wirtschaftswachstums. Gleiches gilt für eine hinreichend absolute Entkopplung des BIP von weiteren Umweltverbräuchen, wie bspw. dem Biodiversitätsverlust (EEB 2019).

Dies gilt auch aufgrund zahlreicher technischer, ökonomischer und psychologischer Reboundeffekte. Effizienzgewinne führen oft zu Kosteneinsparungen und einem damit verbundenen Mehrkonsum anstelle des erwünschten absoluten Konsumrückgangs. Auch die

### *Ein kritischer Blick auf die Logik des Wirtschaftswachstums*

Ein kritischer Blick auf die Logik des Wirtschaftswachstums scheint zumindest aus drei Gründen geboten:

Erstens führen immer weitreichendere Produktivitätssteigerungen bei gleichem materiellem Wohlstand zur

Freisetzung von Kapazitäten, nach weiteren Spezialisierungsmöglichkeiten zu suchen. Wenn man sich nicht mehr vorrangig um die eigene Basisversorgung kümmern muss, kann man anfangen, systematisch neue Geräte und Prozes-

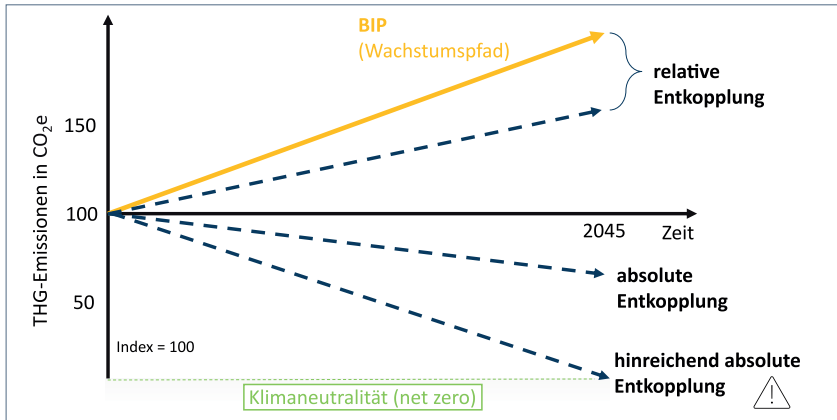


Abb. 1: Entkopplungsarten nach Lange (2025)

Digitalisierung wird hierbei kein Game Changer sein, wie viele jüngere empirische Studien zeigen. Denn nicht selten führen Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und smarte Anwendungen zu Mehrkonsum in anderen Bereichen. Zudem muss der Verbrauch ohnehin schon knapper Ressourcen, die für die digitale Transformation eingesetzt werden, gegengerechnet werden.

Drittens, so könnte man mit dem Ökonomen und Glücksforscher Matthias Binswanger konstatieren, befinden wir uns in einer „hedonistischen Tretmühle“: Wir strengen uns ständig an, unser Einkommen durch den nächsten Karriereschritt zu erhöhen, aber der soziale Aufstieg gelingt nicht, da alle anderen um uns herum sich genauso verhalten. In der Summe steigen lediglich das Einkommen und der Verbrauch aller. Auch das BIP misst erst einmal nur die Produktion von Waren und Dienst-

leistungen, nicht die tatsächliche Lebensqualität, die entstandenen ökologischen Schäden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder die geleistete familiäre Care-Arbeit.

Ohne Zweifel: Die Zukunft wird sich um die Frage drehen, wie nachhaltiger oder suffizienzorientierter Konsum aussehen kann. Wir werden Debatten beispielsweise über das Recht auf Reparatur, informationelle Selbstbestimmung und die Personalisierung digitaler Vermarktungsstrategien führen müssen. Hierzu gehört auch, die Potenziale einer *Sharing Economy* zu nutzen, genauso wie die Reduktion unserer Mobilität, die Rückführung von fossilen Rohstoffimporten und die Renaturierung von Flächen anzugehen. Es spricht zudem vieles dafür, dass eine genügsamere auch eine entspanntere und erfüllendere Lebensweise ist.

## Reform des Ordnungsrahmens statt Hoffen auf individuellen Lebenswandel oder autoritäre Konzepte

So unabdingbar es ist, schrittweise unseren Lebensstil zu ändern, so behutsam sollte man mit einer Forderung nach einem radikalen Schnitt sein. Es ist völlig legitim und auch notwendig, einen Kultur- und Lebenswandel zu fordern, aber es ist in einer freiheitlichen Gesellschaft weder angemessen noch nachhaltig, ihn bis ins Detail zu verordnen. Die Verschiebung unserer Kon-

sum- und Produktionsmuster hin zu einer klimaverträglichen Struktur muss so gestaltet werden, dass die Gesellschaft in ihrer Breite diesen Prozess akzeptiert und unterstützt. Wenn man bedenkt, wie schwer es einem nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung fiel, den einfachen Zusammenhang ‚Impfung hier – Ende der Pandemie dort‘ zu akzeptieren, wie viel schwieriger wird

es dann sein, Menschen davon zu überzeugen, liebgewonnene, aber klimaschädliche Gewohnheiten aufzugeben und sich einer neuen Lebensweise hinzugeben – und das in Zeiten, in der sich viele angesichts rasanter gesellschaftlicher Veränderungen und geopolitischer Unwägbarkeiten ohnehin überfordert fühlen. Ohne Maßnahmen, die für die meisten akzeptabel sind, wird es nicht glücken, den Umbau Richtung Nachhaltigkeit gesellschaftlich breit zu verankern und demokratisch zu legitimieren. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass Akzeptanz nicht nur die Voraussetzung, sondern auch das Ergebnis von erfolgreichem klimapolitischem Handeln ist. Langfristig angelegte und leicht zu beantragende För-

Es ist völlig legitim und auch notwendig, einen Kultur- und Lebenswandel zu fordern, aber es ist in einer freiheitlichen Gesellschaft weder angemessen noch nachhaltig, ihn bis ins Detail zu verordnen

derprogramme sind ebenso wie verlässliche klimapolitische Gesetze elementar, wenn die sozial-ökologische Transformation gelingen soll. Vielversprechender als auf eigenmotivierten Lebenswandel, Graswurzelbewegungen und technologischen Fortschritt *allein* zu setzen oder eine autoritäre, aber ökologische Kriegswirtschaft zu fordern, ist es, einen sozialverträglichen Regelwandel anzugehen. Hier setzt eine moderne Ordnungspolitik an.

Statt darauf zu hoffen, dass die Menschen aus Einsicht ihr Leben ändern (wo dies geschieht, ist dies natürlich wünschenswert), ist es einfacher und effektiver, die Regeln zu ändern. In der Sprache von Ökonom:innen geht es um Anreize, die Verhaltensänderungen aus eigenem Interesse induzieren. Natürlich – so werden Skeptiker:innen einwenden – sind systematische Regeländerungen auf internationaler Ebene



doch kaum möglich – aber ein globaler Gesinnungswandel ist vermutlich noch weniger wahrscheinlich.

Eine Rückbesinnung auf die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass Wirtschaften und die Beachtung planetarer Grenzen nicht im Widerspruch zueinanderstehen müssen. Den frühen Vertreter:innen des Ordoliberalismus, deren Überlegungen wesentlich die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft mitgeprägt haben, ging es um die Etablierung eines verlässlichen Ordnungsrahmens für den marktlichen Wettbewerb. Sie waren angetrieben von dem Bewusstsein, dass sich Freiheit, die der gesamten Gesellschaft und jedem und jeder Einzelnen dienlich ist, nicht von selbst einstellt, sondern umfassender Politik zur Herstellung und Bewahrung einer dezentralen, entmachtenden Marktwirtschaft bedarf (Eucken 1940 und Röpke 1959).

Die Soziale Marktwirtschaft zielt also auf die Lebensbedingungen der Menschen. Nicht primär in der Verwirklichung wirtschaftlicher Effizienz, sondern in der Ermöglichung von Gerechtigkeit liegt letztlich ihr Ziel. Wird dieser Gedanke konsequent zu Ende gedacht, steht es außer Frage, dass die ökologische Dimension systematischer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Die dramatischen Auswirkungen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils auf die Umwelt und damit auf die Grundlagen unserer Zivilisation sind komplex und lassen sich nicht auf den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur reduzieren. Wirtschaftspolitische Empfehlungen unterschiedlicher polit-ökonomischer Ansätze zielen häufig isoliert auf die Reduktion der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre und damit auf eine Begrenzung des Temperaturanstiegs ab. Die langfristigen Folgen der industriellen Revolution haben jedoch zu einer Überschreitung von sieben der neun planetaren Belastungsgrenzen geführt (PIK 2025). Die (Nicht-) Beachtung der planetaren Belastungsgrenzen verändert unsere Lebensbedin-



**Die Vordenker:innen der Sozialen Marktwirtschaft dachten ökologische Nachhaltigkeit zur Sicherung der menschlichen Lebensgrundlage als inhärentes Anliegen ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells mit**

gungen und -chancen grundlegend. Die Vordenker:innen der Sozialen Marktwirtschaft dachten ökologische Nachhaltigkeit zur Sicherung der menschlichen Lebensgrundlage als inhärentes Anliegen ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells mit. Dieser Anspruch ist zwar grundsätzlich im bestehenden Ordnungsrecht verankert, wird jedoch aufgrund von Ambitionslücken im Ordnungsrahmen und eines ineffizienten sowie inkonsistenten Zusammenspiels aus Umweltabgaben und Subventionen gegenwärtig nicht erfüllt.

Eine zeitgemäße Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft verlangt ein möglichst lückenlos und widerspruchsfrei konzipiertes Umweltrecht, das die Interdependenzen der planetaren Belastungsgrenzen berücksichtigt und effektiv durchgesetzt werden kann.

„Eigentlich sollte es jedem einleuchten, wie ungeheuer kurzfristig es ist, wenn wir das Gleichgewicht der Natur zerstören“, fasst es Wilhelm Röpke (1964) zusammen und formuliert den generationenübergreifenden Appell, dass die Natur als Grundlage allen Wirtschaftens keiner ‚Wachstumsbesessenheit‘ zum Opfer fallen dürfe. Markt, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum waren für die Begründer:innen der Sozialen Marktwirtschaft das Mittel und nicht das Ziel gesellschaftlicher Gestaltung. Die Verankerung des ökonomischen Handelns in einem normativen Rahmen unter den Geboten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist eng mit den Überlegungen der christlichen Sozialethik, aber auch mit dem emanzipatorischen Wesen der Aufklärung verbunden (Franco 2022; Goldschmidt 2014). Insofern ist das ordo-

liberale Streben nach einer Wirtschaftsordnung, die neben der materiellen Existenz auch eine zuverlässige Beziehung zur Gemeinschaft und Natur ermöglichen will, vor dem Hintergrund der Schöpfungsverantwortung zu verstehen. Soziale Marktwirtschaft bedeutete für ihre Gründerväter und Gründermütter (wie Edith Eucken-Erdsiek und Eva Röpke) stets auch die Berücksichtigung der humanökologischen Grenzen der Marktwirtschaft. Im Hinblick auf die gebotene Entwicklung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft bedarf es einer grundlegenden Reform des Umweltrechts und dessen marktlichen Instrumenten (siehe hierzu Lange & Goldschmidt 2024).

### Fazit

Abschließend wollen wir wieder an das eingangs erwähnte Kippbild erinnern. Vielleicht sehen Sie im Kippbild sowohl eine junge als auch eine alte Frau, d. h. Sie können unterschiedliche Perspektiven einnehmen. Dann erfüllen Sie die besten Voraussetzungen, um ein:e plurale:r Ökonom:in zu werden. Vermutlich gibt es nicht ‚den einen richtigen Weg‘ für die dringend gebotene sozial-ökologische Transformation. Plurale Ökonomik betrachtet wirtschaftliche Phänomene mit einem interdisziplinären und theorieübergreifenden Ansatz. Warum nicht marktliche Ansätze der Umweltökonomik mit dem Bewusstsein bestehender planetarer Belastungsgrenzen der Ökologischen Ökonomik und einer sozialverträglichen Reform des Umweltrechtes im Sinn der Ordnungsökonomik kombinieren? Zwischen Wachstum- und Postwachstum vermittelnde Ansätze wie A-Growth, Donut-Ökonomie (Kate Raworth) oder Steady State Economy (Herman Daly) versuchen, bestehende Zielkonflikte zu entschärfen und Werkzeuge unterschiedlicher Theorieschulen miteinander zu kombinieren; und auch dies ist durchaus im Sinn der Sozialen Marktwirtschaft: „Die Soziale Markt-

wirtschaft ist gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das, einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinn angewendet werden kann. Sie ist eine evolutive Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, dass sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit.“ (Müller-Armack 1981, 15)

In Goldschmidt und Wolf (2021) wird ein an das sogenannte ‚Schweizer Modell‘ angelehntes System vorgeschlagen, das vor allem das untere Drittel der Einkommensbezieher:innen entlastet und nach oben hin abgeschmolzen wird, gepaart mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vor allem im ländlichen Raum und der Förderung der Wohngebäudedämmung. Da bei deutlichen Preissignalen ein Lenkungseffekt

in Richtung Substituten mit geringerer Umweltbelastung und suffizienteren Konsummustern zu erwarten ist, würde sich eine komplementierende Bepreisung von umweltschädlichem Luxuskonsum sowie umweltschädlichen Kapitalerträgen zur langfristigen Finanzierung der Transformationsförderung anbieten. Für einkommensschwache Haushalte mit einer geringen Sparquote ist die relative Belastung der Beprei-

## LITERATUR

- Eucken, Walter (1940): Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin.
- European Environmental Bureau (EEB) (2019): Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, online auf: <https://eeb.org/de/library/decoupling-debunked/>.
- Franco, Giuseppe (2022): Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, in: Abländer, M. S. (Hrsg.): Handbuch Wirtschaftsethik, Stuttgart, online auf: [https://doi.org/10.1007/978-3-476-05806-5\\_23](https://doi.org/10.1007/978-3-476-05806-5_23).
- Goldschmidt, Nils (2014): Die Zukunft der Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (63), 3–14.
- Goldschmidt, Nils/Wolf, Stephan (2021): Gekippt. Was wir tun können, wenn Systeme außer Kontrolle geraten, Freiburg im Breisgau.
- Haberl, Helmut et al. (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights. IOP Science, online auf: <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab842a>.
- Herrington, Gaya (2020): Update to limits to growth. Comparing the World3 model with empirical data, in: Journal of Industrial Ecology, 25(3), 614–626, online auf: <https://nrs.harvard.edu/URN-3:HUL.INSTREPOS:37364868>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (H. Lee & J. Romero, Hrsg.), online auf: <https://doi.org/10.59327/IPCC/AR6-9789291691647>.
- Lange, Sarah/Goldschmidt, Nils (2024): Schlanker, strenger, sozialer: Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft angesichts planetarer Belastungsgrenzen, in: *Ökologisches Wirtschaften* (2/2024), 30–35, online auf: <https://doi.org/10.14512/OEW390230>.
- Lange, Sarah (2025): Klimapolitik im Schulunterricht. Augen auf bei Unterrichtsmaterial aus dem Internet. ZÖBIS, online auf: <https://xn--fundstck-des-monats-bbc.de/klimapolitik-im-schulunterricht-auge-auf-bei-unterrichtsmaterial-aus-dem-internet/>.
- Lange, Sarah/Lange, Steffen (2026): Climate neutrality scenarios. How they deal with economic growth, employment and social acceptance, in: *Ecological Economics*, 221, Article 108526, online auf: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2025.108774>.
- Meadows, Donella H. et al. (1972): The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind (4. Ausg.), New York.
- Müller-Armack, Alfred (1981): Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart.
- Petschow, Uwe et al. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition (UBA-Texte 89/2018), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt, online auf: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumspostition>.
- Planetary Boundaries Science (2025): Planetary Health Check 2025. Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK), Potsdam, Germany, online auf: <https://www.planetaryhealthcheck.org/>.
- Röpke, Wilhelm ([1959] 2014): Jenseits von Angebot und Nachfrage. Ein Plädoyer für die soziale Marktwirtschaft, Tübingen.
- Röpke, Wilhelm ([1964] 2009): Wir zornigen alten Männer, in: Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.): Willhelm Röpke. Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop/Leipzig, 431–435.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2021): Degrowth / Postwachstum zur Einführung, Hamburg.
- Schneider, François/Kallis, Giorgos/Martinez-Alier, Joan (2010): Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue, in: *Journal of Cleaner Production*, 18(6), 511–518, online auf: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2010.01.014>.
- UBA (2022): Umweltbewusstsein in Deutschland 2020, online auf: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2020>.



## ABSCHNITTE DES BEITRAGES BASIEREN IN ÜBERARBEITETER FORM AUF

- Goldschmidt, N. (2022): Die Grenzen des Wachstums: Radikale Probleme brauchen nur selten radikale Lösungen. *Forschung & Lehre*, online auf: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/radikale-probleme-brauchen-nur-selten-radikale-losungen-4481>.
- Goldschmidt, N. (2022): Degrowth-Forderungen: Wachstum oder Postwachstum? *Forschung & Lehre*, online auf: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/wachstum-oder-postwachstum-4837>.
- Lange, S. (2025): Klimapolitik im Schulunterricht: Augen auf bei Unterrichtsmaterial aus dem Internet. ZÖBIS, online auf: <https://xn--fundstck-des-monats-bbc.de/klimapolitik-im-schulunterricht-augen-auf-bei-unterrichtsmaterial-aus-dem-internet/>.
- Lange, S. & Goldschmidt, N. (2024): Schlanker, strenger, sozialer: Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft angesichts planetarer Belastungsgrenzen, in: *Ökologisches Wirtschaften* (2/2024, 30–35), online auf: <https://doi.org/10.14512/OEW390230>.

## ZU DEN AUTOR:INNEN

**Nils Goldschmidt**, geb. 1970, ist seit Februar 2025 Direktor des Welthos-Instituts. Er ist zudem Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen. Seit Oktober 2024 ist Professor Goldschmidt Mitglied im Deutschen Ethikrat. Forschungsschwerpunkte: Ordnungsökonomik, Wirtschaftsethik, ökonomische Bildung, Sozialpolitik, Geschichte und Methodologie des ökonomischen Denkens. Veröffentlichungen: (2021, gemeinsam mit Stephan Wolf): *Gekippt: Was wir tun können, wenn Systeme außer Kontrolle geraten*; (2023, zusammen mit Stefan Kolev): *75 Jahre Soziale Marktwirtschaft in 7,5 Kapiteln*; (2025, zusammen mit Rainer Kirchdörfer und David Deißner): *Gerechtigkeit. Wie wir unsere Gesellschaft zusammenhalten*.

**Sarah Lange**, geb. 1996, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen. Forschungsschwerpunkte: Ökologische Ökonomik und Ordoliberalismus, Klimaschutz in kleinen Kommunen, Modellannahmen in Klimaneutralitätsszenarien. Veröffentlichungen u. a.: Lange, S./Lange, S. (2026): *Climate neutrality scenarios: How they deal with economic growth, employment and social acceptance*. *Ecological Economics*, 239, 108774; Lange, S./Goldschmidt, N. (2024): *Schlanker, strenger, sozialer: Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft angesichts planetarer Belastungsgrenzen*, in: *Ökologisches Wirtschaften* (2/2024, 30–35).

sung von negativen externen Effekten besonders hoch. Einkommensstarke Haushalte werden hingegen (auch) aufgrund ihres höheren marginalen, also einkommensabhängigen Konsums und der daraus resultierenden Möglichkeit der Anpassung des Konsumverhaltens relativ weniger belastet. Zugleich weisen einkommensstarke Haushalte Konsummuster mit einer hohen Umweltbelastung auf (UBA 2022). Eine

unkompensierte Ausweitung von Umweltzertifikaten würde wie eine regressive Konsumsteuer wirken und nicht zu einer Versöhnung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Transformation beitragen. Daher möchten wir die Relevanz eines zweckgebundenen und einkommens- sowie vermögensabhängigen Rückerstattungsmodells mit progressivem Verlauf betonen. Ökonomische Vorschläge sind Antworten auf

veränderte Rahmenbedingungen. Sie sind selten revolutionär und wirken oft nüchtern. Doch aufrüttelnde Reden erreichen häufig nur diejenigen, die die Botschaft hören wollen. Zielführender sind wirtschaftspolitische Vorschläge, die ökonomische Multiperspektivität ernstnehmen und diese Ansätze wirksam – über ideologische Grenzen hinweg – zusammenführen wollen.



# Wider die ökologische Regression



## Wachstumskritische Überlegungen – im Gespräch mit Tim Jackson

Vor dem Hintergrund der wachstumsfixierten wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland skizziert der Beitrag die ökologischen Grenzen des Wachstums und unterscheidet dann drei Stufen der Wachstumskritik. Auf der mittleren Stufe ist die wachstumskritische Position Tim Jacksons zu verorten, deren zentrale Punkte anschließend vorgestellt werden: das von ihm herausgestellte Wachstumsdilemma, seine Kritik des Konsumkapitalismus und sein Entwurf einer Postwachstumswirtschaft. Am Schluss werden einige weiterführende Fragen aufgeworfen, die mit Jacksons Vorschlag verbunden sind.

### *Die Wachstumsfixierung der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte*

Seit etwa zwei Jahren kommt die wirtschaftspolitische Debatte hierzulande nicht vom Fleck. Von wirtschaftlichen Verlustängsten geplagt scheint die deutsche Gesellschaft einer schier pausenlosen Wehklage verfallen zu sein. In immer neuen Anläufen wird sie von der veröffentlichten Meinung zu ökonomischer Selbstgeißelung angehalten: Deutschland sei zu faul, sozial zu gut abgesichert, unterdigitalisiert, ökologisch zu ambitioniert und international nicht mehr wettbewerbsfähig. Selbstverständlich werde ich in diesem Beitrag nicht bestreiten, dass die Bundesrepublik aktuell handfeste ökonomische Probleme hat. Vor allem wurde über viele Jahre zu wenig investiert – nicht nur von den privaten Unternehmen, sondern eben auch vom Staat. Aber über die Jeremiaden und das Flagellantentum der wirtschaftspolitischen Debatte gerät die im internationalen Vergleich nach wie vor außerordentlich gute wirtschaftliche Substanz Deutschlands völlig aus dem Blick. Diese zeigt sich z. B. an einem Pro-Kopf-Einkommen, das nach wie vor das höchste der großen

Euro-Länder ist, und in der Leistungsbilanz. Deren Überschuss war 2024 mit fast 250 Mrd. Euro erneut so hoch wie, abgesehen von China, bei keiner anderen Volkswirtschaft – ein Faktum, das im allgemeinen Standortlamento völlig aus dem Blick geraten ist.

In Reaktion auf die teils reale, teils überzeichnete ökonomische Misere ist das Vorhaben in den Vordergrund gerückt, hierzulande das Wirtschaftswachstum wieder ‚anzukurbeln‘. Mit dem Ziel, die Wachstumskräfte zu entfesseln, legitimiert die Regierung Friedrich Merz z. B. nicht nur Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie, sondern auch die von ihr beschlossenen oder angekündigten bzw. auf EU-Ebene forcierten Neuregelungen, mit denen bestehende ökologische Vorschriften gelockert werden (sollen). In der Debatte insgesamt wird einem kräftigen Wachstum für beinahe alle wirtschaftlichen Probleme heilende Wirkung zugeschrieben. Deutliche Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts und dadurch auch der Steuereinnahmen gelten als unabdingbarer Beitrag zur erfolgreichen Bearbei-



© Christof Haake 2025

Bernhard Emunds

tung vieler drängender Aufgaben. Ein starkes Wachstum sei z. B. unerlässlich, um die militärische Aufrüstung gegen Russland und die Modernisierung der Infrastruktur finanziell zu stemmen. Auch die demografischen Herausforderungen der Boomer-Verrentung sowie steigender Pflege- und anderer Gesundheitskosten könnten ohne eine kräftige wirtschaftliche Expansion nicht gemeistert werden.

### *Planetare Grenzen des Wirtschaftens*

Diese Wachstumsbegeisterung der wirtschaftspolitischen Debatte blendet die ökologischen Schäden forcierten Wachstums völlig aus – einschließlich des Umstands, dass die Weltwirtschaft einige planetare Grenzen bereits überschritten hat und sich anderen in großen Schritten nähert.

Zwar ist Deutschland – ähnlich wie einigen anderen Ländern des Globalen Nordens – in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten eine erstaunliche Entwicklung bei der Treibhausgas-Intensität (THG-Intensität) wirtschaftlicher Aktivitäten gelungen: Das Bruttoinlandspro-

dukt Gesamtdeutschlands ist heute real um 48 % größer als 1991; dennoch sind durch den partiellen Umbau des Energiesystems die THG-Emissionen (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft) um 48 % geringer als 1990. Allerdings würde das Erreichen der Zielmarke für 2030, nämlich 65% der THG-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen, und vor allem aber des Ziels, bis 2045 klimaneutral zu werden, eine deutliche Verschärfung der von der Ampelkoalition beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen erfordern. Die schwarz-rote Koalition hat stattdessen Reformen beschlossen oder angekündigt, welche die von der Ampel hinterlassenen Vorschriften lockern, ihr Regelwerk in ökologischer Hinsicht also verwässern.

Dabei gingen die im deutschen Klimaschutzgesetz verankerten Sollwerte für 2030 und 2045 auf das Bestreben zurück, einen – den deutschen Möglichkeiten angemessenen – Beitrag zum Erreichen einer ethisch gut begründeten doppelten Zielsetzung zu leisten: *Erstens* soll durch globale Emissionsreduktion der Klimawandel (bei 1,5 oder 2 Grad Celsius plus gegenüber dem vorindustriellen Niveau) abgebremst werden. Dabei ist *zweitens* zu beachten, dass aus ethischer Perspektive den ökonomisch schwächeren Ländern vor allem der südlichen Hemisphäre Spielraum gegeben werden muss, die absolute Armut in ihren Ländern auch durch ein armenorientiertes Wachstum (*pro poor growth*) abzubauen. Da mit einem solchen Wachstum unvermeidlich auch mehr THG-Emissionen im Globalen Süden verbunden wären und weil es ethisch nicht zu rechtfertigen wäre, Niedrigeinkommensländern aus ökologischen Gründen die Chance eines *pro poor growth* zu verweigern, ist vor allem der Globale Norden in der Pflicht, durch noch stärkere Emissionsreduktionen Spielraum für mehr Emissionen ärmerer Länder im Globalen Süden zu eröffnen.

Weltweit sind die THG-Emissionen in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen – aufgrund sehr hoher Steigerungsraten einiger Schwellenländer

und unzureichender Reduktionen der führenden Industrieländer. Die für die gesamte Emissionsentwicklung besonders bedeutsamen CO<sub>2</sub>-Emissionen haben in den letzten 35 Jahren weltweit noch einmal um zwei Drittel zugelegt. Aber die fossilen Brennstoffe sind nicht die einzige Stoffgruppe, deren globaler Verbrauch in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen hat. Hohe Steigerungsraten hat die Weltwirtschaft auch bei den Metallerzen (Eisen, Kupfer, Nickel ...), den nicht-metallischen Mineralien (Sand, Kies, Kalkstein ...) und der Biomasse (Feldfrüchte, Holz, Tierfleisch ...) erreicht (Henricke u. a. 2025, 94 f.). Die ökologischen Schäden durch den Abbau dieser Stoffe, vor allem aber durch die Entsorgung bzw. Emission der jeweiligen Reststoffe nehmen seit Jahrzehnten schnell zu (ebd.). So ist es sinnvoll, nicht allein auf fossile Brennstoffe und THG-Emissionen zu fokussieren, sondern den Materialdurchsatz der Wirtschaft insgesamt in den Blick zu nehmen (zum Konzept des Materialdurchsatzes vgl. z. B. Daly 2007, 36–41).

Das Wachstum des Materialdurchsatzes der Wirtschaft – zu dem dann eben auch fossile Brennstoffe sowie (in der industriellen Landwirtschaft) Düngemittel gehören – ist die wesentliche Ursache dafür, dass nicht nur beim Klima, sondern auch bei der genetischen Vielfalt sowie bei der Stickstoff- und der

Phosphorkonzentration planetare Grenzen bereits deutlich überschritten wurden: Bei den entsprechenden biophysikalischen Prozessen bzw. Systemen besteht ein hohes Risiko, dass sie schon so stark beeinträchtigt wurden, dass sie ihren Beitrag zur Erhaltung eines holozän-ähnlichen Zustands des Erdsystems auf Dauer nicht mehr erbringen können.

Pro Kopf gerechnet ist der Materialdurchsatz in den wohlhabenden Ländern des Globalen Nordens besonders hoch. Aus ethischer Sicht geht die Verpflichtung der dort lebenden Menschen, zur globalen Reduktion dieses Durchsatzes beizutragen, jedoch über ihren Anteil an der aktuellen Verursachung ökologischer Schäden hinaus. Denn zum einen sind auch die Naturbelastungen zu berücksichtigen, die auf das industrielle Wirtschaften vergangener Jahrzehnte zurückgehen. Zum anderen verfügen die Menschen im Globalen Norden nicht nur über mehr Möglichkeiten zu ökologisch-technischen Innovationen, die – entsprechend angepasst – in anderen Teilen der Erde übernommen werden könnten. Vielmehr ist aufgrund des bereits erreichten Wohlstands und relativ gut funktionierender demokratischer Systeme auch ihr Potenzial vergleichsweise hoch, auf sozial gerechten Wegen die ökologische Transformation ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems voranzutreiben.


### Stufen der Wachstumskritik

Vor allem aufgrund wachsender ökologischer Schäden sind seit dem Millennium in Westeuropa und Nordamerika immer häufiger wachstumskritische Stimmen zu hören. Dabei ist es sinnvoll, drei Stufen der Wachstumskritik zu unterscheiden. Da ist *erstens* – auch in den Wirtschaftswissenschaften weit verbreitet – der Hinweis darauf, dass zumindest in den Ländern des Globalen Nordens

ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bzw. des Einkommens pro Kopf<sup>1</sup> kein guter Indikator dafür ist, dass es den Menschen in dem jeweiligen Land materiell auch wirklich besser geht. Denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert aller Produkte und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in den Landesgrenzen hergestellt bzw. erbracht werden, erfasst vie-

<sup>1</sup> Das Einkommen aller Inländer („Volkseinkommen“) ist das BIP zuzüglich der grenzüberschreitenden Netto-Einkommen der Inländer und der Netto-Subventionen des Staates an Unternehmen, abzüglich der Abschreibungen.




 Vor allem aufgrund wachsender ökologischer Schäden sind seit dem Millennium in Westeuropa und Nordamerika immer häufiger wachstumskritische Stimmen zu hören

Die wesentlichen Aspekte von Wohlstand, d. h. viele essenzielle materielle Voraussetzungen guten Lebens, unzureichend oder gar nicht. Außen vor bleiben u. a. die für unser Überleben und für gutes Leben unerlässlichen Leistungen der natürlichen Umwelt, aber auch neu entstehende Schädigungen der natürlichen Umwelt, während Ausgaben für die Reparatur solcher Schäden positiv in das BIP eingehen. Auch die nach wie vor primär von Frauen erbrachten unentgeltlichen Sorgeleistungen in den privaten Haushalten bleiben unberücksichtigt. Zudem wird mit dem BIP die Entwicklung des Wohlstandsniveaus einer Gesellschaft im Sinn des Lebensstandards *mittlerer* Einkommensschichten nicht richtig erfasst, geschweige denn die aus sozialetischer Sicht besonders bedeutsamen Veränderungen bei den Lebensbedingungen der Menschen mit wenig Einkommen. Schließlich bleibt völlig ausgeblendet, wie die jeweiligen Zuwächse des Volkseinkommens zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen verteilt werden.

Die *zweite* Stufe der Wachstumskritik fordert die Vertreter:innen der Wirtschaftspolitik dazu auf, das Wachstum des BIP nicht mehr als eines ihrer zentralen Politikziele zu begreifen. Die Entwicklung des BIP sei nicht nur kein guter Indikator für die Entwicklung des Wohlstandsniveaus, sondern taue auch als Zwischenziel der Wirtschaftspolitik kaum mehr. Als Zwischenziel fungiert Wirtschaftswachstum z. B. dann, wenn es angestrebt wird, um darüber einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen, um eine Wirtschaftskrise zu verhindern oder um – wie aktuell – besondere Finanzierungslasten der öffentlichen Hand leichter stemmen zu

können. Begründet wird diese Kritik der zweiten Stufe nicht nur mit den massiv steigenden ökologischen Kosten des Wachstums, sondern auch mit dem Verweis darauf, dass die Wachstumskräfte in den Ländern des Globalen Nordens seit dem Millennium weitgehend erlahmt sind. Erreichten diese Länder in den 1960er Jahren noch jährlich ein Wachstum des BIP pro Kopf von drei bis viereinhalb Prozent<sup>2</sup>, sank dies in

 Die zweite Stufe der Wachstumskritik fordert die Vertreter:innen der Wirtschaftspolitik dazu auf, das Wachstum des BIP nicht mehr als eines ihrer zentralen Politikziele zu begreifen

den folgenden Jahrzehnten, um dann in den 1990ern eineinhalb bis zweieinhalb Prozent zu erreichen. In den letzten 25 Jahren schließlich konnten diese Länder im Durchschnitt der Jahre nur noch dreiviertel bis ein Prozent Wachstum erreichen; allein die USA kamen u. a. aufgrund riesiger schuldenfinanziertem Ausgabenprogramme des Staates in diesem Zeitraum noch auf knapp 1,4% durchschnittliches Wachstum pro Jahr. Da ohne einen neuerlichen technologischen Umbruch realistischweise ein durchschnittlicher jährlicher BIP-Zuwachs von deutlich mehr als einem Prozent dauerhaft wohl nicht mehr zu erreichen ist, stellen Vertreter:innen der zweiten Kritikstufe die Frage, ob es denn überhaupt noch ratsam sei, wirtschaftspolitisch beinahe alles daran zu setzen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln: Ist es unter diesen Umständen nicht vielleicht sinnvoller, sich mittel- bis langfristig auf Stagnation, also *grosso modo* auf dauerhaftes „Nullwachstum“ einzustellen und wirtschaftspolitisch nach anderen Wegen zu suchen, um ge-

samtwirtschaftlich Stabilität samt hohem Beschäftigungsstand und soliden Staatsfinanzen zu erreichen?

Auf der *dritten* Stufe der Wachstumskritik schließlich werden die Wirtschaftspolitiker:innen des Globalen Nordens aufgefordert, für die eigenen Volkswirtschaften eine Stagnation oder gar ein Schrumpfen des BIP direkt anzuzielen. Gegen die Vertreter:innen dieser Position, die eher zu Beginn der Postwachstumsbewegung recht verbreitet war, ist einzuwenden, dass sie – ähnlich wie die glühendsten Befürworter:innen von Wachstumspolitik – das BIP zu wichtig nehmen. Handelt es sich dabei doch um einen Wert, der durch die Addition einiger höchst heterogener wirtschaftlicher Größen unter Vernachlässigung anderer essenzieller Größen zustande kommt. Warum z. B. sollte es problematisch sein, wenn Kund:innen seltener neue technische Geräte kaufen, ihre alten stattdessen häufiger reparieren lassen, sodass die Wertschöpfung in der Reparaturbranche in absoluten Werten stärker expandiert, als die Branchen, in denen die Geräte produziert werden, schrumpfen? Entscheidend ist doch, dass der ökologische Strukturwandel vorangetrieben und der Materialdurchsatz massiv reduziert werden. Wie bei jedem Strukturwandel werden dabei bestimmte Branchen wachsen und andere schrumpfen – ohne dass ein positiver oder negativer Wert der Gesamtsumme aller Branchen-Zuwächse und -Schrumpfungen etwas über den ökologischen Gesamteffekt dieses Strukturwandels aussagen würde.

<sup>2</sup>Die Prozentzahlen in diesem Absatz geben in dem jeweils angegebenen Zeitraum das durchschnittliche jährliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf wieder. Sie sind berechnet auf Grundlage der von der Deutschen Bundesbank (2025, 5) veröffentlichten langen Zahlenreihen für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA und 25 bzw. (ab 1970) 38 OECD-Länder.



## Das Wachstumsdilemma

Bereits bei der Darstellung der drei Stufen von Wachstumskritik dürfte klar geworden sein, dass ich eine Position veretrete, die der zweiten Stufe zuzuordnen ist. Um eine solche Sicht weiterzuentwickeln, bietet sich als Gesprächspartner u. a. der britische Ökonom Tim Jackson (\* 1957) an, der mit der Studie *Wohlstand ohne Wachstum?/Prosperity without Growth?* (Jackson 2009; Update: Ders. 2017) zu einem bekannten Postwachstumstheoretiker avancierte und selbst eine Wachstumskritik der zweiten Stufe vertritt (z. B. Jackson 2017, 232–235, 239–249). Anders als z. B. viele Vertreter:innen der Gemeinwohl- oder der Commons-Ökonomie zielt er dabei keinen Wechsel zu einem völlig anderen Wirtschaftsmodell an, sondern setzt mit seinen Transformationsvorschlägen beim Status-Quo des Globalen Nordens an, also bei Systemen einer stark kapitalistisch geprägten Mischwirtschaft. Dies bedeutet, dass er von Ökonomien ausgeht, in denen die öffentliche Hand nicht nur für die Regulierung sowie in Verbund mit privaten Banken für eine elastische Versorgung mit wertstabilen Zahlungsmitteln zuständig ist, sondern auch für die Bereitstellung *einiger* Güter, während die *meisten* wirtschaftlichen Leistungen von kapitalistisch geführten Unternehmen erbracht und auf Märkten verkauft werden (ebd., 205–261, 309–313).


Jackson hat die zentrale ökologische Herausforderung heutiger Wirtschaftspolitik als Wachstumsdilemma beschrieben (ebd., 115–136): Einerseits halten die meisten Ökonom:innen und Politiker:innen kontinuierliches Wirtschaftswachstum und die damit verbundene stetige Ausweitung der Finanzierungs- und Verteilungsmöglichkeiten für eine notwendige Bedingung jeder guten, stabilen und sozial verträglichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits ist Wirtschaftswachstum nach wie vor mit einem Anstieg des Materialdurchsatzes verbunden, der immer größere ökologische Schäden ver-

ursacht und die natürlichen Grundlagen guten menschlichen Lebens untergräbt. Nimmt man – im Unterschied offenbar zur aktuellen Bundesregierung – dieses Dilemma ernst, dann bieten sich prinzipiell zwei Wege an, auf denen die Wirtschaftspolitik versuchen kann, das Dilemma zu entschärfen oder gar zu überwinden.

Der eine Weg ist der des grünen Wachstums, also der Versuch, die ökologische Transformation des Wirtschaftens so voranzutreiben, dass einerseits wirtschaftliches Wachstum nicht gefährdet, sondern durch ökologische Investitionen forciert wird, andererseits die durch das Wirtschaften jeweils aktuell neu entstehenden ökologischen Schäden massiv verringert werden. Letzteres erfordert eine *absolute* Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Materialdurchsatz, insbesondere von der Entsorgung bzw. Emission schädlicher Reststoffe. Entkopplung als Dematerialisierung bzw. als Reduktion der entsorgten bzw. emittierten Schadstoffe ist *auf globaler Ebene* bisher aber nur *relativ* gelungen: Bezogen auf die einzelnen Produkte wird heute der Natur weniger Material entnommen und werden weniger schädliche Reststoffe wieder an sie zurückgegeben als noch vor 50 Jahren. Da heute aber sehr viel mehr Produkte hergestellt werden als damals, ist der Materialdurchsatz und sind die Mengen der emittierten bzw. entsorgten Schadstoffe insgesamt weiter gestiegen, gelang also die notwendige *absolute* Entkopplung gerade nicht.

In den Augen Jacksons ist es unmöglich, dauerhaft gleichzeitig Wirtschaftswachstum zu realisieren und für die Wirtschaft insgesamt den Materialdurchsatz, insbesondere die Entsorgung bzw. Emission von Schadstoffen in ausreichendem Maße zu reduzieren.<sup>3</sup> Des-

halb kann für ihn die Position des grünen Wachstums das Wachstumsdilemma letztlich doch nicht lösen (Jackson 2017, 236). So erkundet der britische Ökonom den zweiten der beiden prinzipiell möglichen Wege, das Wachstumsdilemma zu lösen: die Transformation der Volkswirtschaften des Globa-

 Für Jackson kann die Position des grünen Wachstums das Wachstumsdilemma letztlich nicht lösen

len Nordens in Ökonomien, deren Materialdurchsatz massiv reduziert ist und die auch für hohe Beschäftigung, wirtschaftliche Stabilität sowie solide Staatsfinanzen *nicht auf Wachstum angewiesen sind*.

Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht also ein tiefgreifender Strukturwandel der kapitalistischen Ökonomien des Globalen Nordens. Dieser soll zum einen – gemeinsam mit ökologisch-technischen Innovationen – zu der notwendigen absoluten Reduktion des Materialdurchsatzes führen. Dazu müssen solche Branchen bzw. solche wirtschaftlichen Leistungen, bei denen viel Material zum Einsatz kommt und viele Schadstoffe an die natürliche Lebenswelt abgegeben werden, schrumpfen, während diejenigen expandieren können, die wenig Materialdurchsatz erfordern. Zum anderen soll der Strukturwandel die Abhängigkeit hoher Beschäftigung, wirtschaftliche Stabilität und solider Staatsfinanzen von wirtschaftlichem Wachstum überwinden. Auf diese Weise soll ‚Wohlstand ohne Wachstum‘ möglich werden, d. h. eine Volkswirtschaft, welche die ökologischen Grenzen einhält, nicht mehr auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist und dennoch allen Mitgliedern der Gesellschaft gute materielle Vorausset-

<sup>3</sup> Deutlich wird die Unlösbarkeit der Aufgabe anhand des folgenden Gedankenexperimentes: *Endloses* Wachstum bei anfänglich deutlich reduziertem und dann auch nicht mehr wachsendem Materialdurchsatz würde erfordern, dass sich die Wirtschaft asymptotisch ihrer *vollständigen Entmaterialisierung* annähert (vgl. Jackson 2017, 235 f.; Ders. 2021, 73).

zungen für ein gelingendes Leben garantiert. Mit Blick auf eine solche Postwachstumsökonomie dürfe Wohlstand als Ziel der Wirtschaftspolitik nicht länger als eine immer noch weiter zu steigende Überfülle an individuell besessenen und individuell genutzten Konsumgütern definiert werden. Vielmehr müsse er begriffen werden als ein Bündel positiver Lebensumstände und

## Konsumkapitalismus

Das zu überwindende System charakterisiert Jackson als „Konsumkapitalismus“ (ebd., 203). Dieser ist vor allem durch das Verhalten der Akteure auf den beiden Seiten des Konsumgütermarktes geprägt. Auf der Nachfrageseite stehen Käufer:innen, die angetrieben durch Werbung und schnell wechselnde Moden ihre Identität, die Zugehörigkeit zu einer Peer-Gruppe sowie ihren persönlichen Erfolg in hohem Maße durch Kauf, Besitz und Verwendung bzw. Verbrauch bestimmter Konsumgüter auszudrücken suchen (ebd., 119–122, 174–176). Von besonderer Bedeutung ist ein Statuswettbewerb, der über neuartige Konsumgüter ausgetragen wird: Besonders wohlhabende Personen suchen sich über exquisite Neuheiten von allen anderen zu unterscheiden. Diese Distinktion reizt die Angehörigen der direkt angrenzenden Einkommensgruppen, es ihnen gleichzutun, was einerseits die in der Einkommenshierarchie dann folgenden Schichten zur Nachahmung reizt (usw. bis in die unteren Mittelschichten hinein), andererseits die besonders Wohlhabenden anspornt, sich neue exquisite Konsumartikel zu suchen; mit diesen können sie sich dann wiederum vorübergehend von allen anderen abheben (ebd., 175). Über solche Kaskaden des ‚Geltungskonsums‘ (Thorstein Veblen) kann die Nachfrage nach Konsumgütern immer weiter expandieren.

Auf der Anbieterseite des Konsumgütermarktes stehen Unternehmen, die sich nur dadurch am Markt halten kön-

grundlegender Handlungschancen, die eine aktive persönliche Entfaltung ermöglichen. Dabei müsse dieses Bündel erstens allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich sein und zweitens innerhalb jener ökologischen Grenzen verbleiben, die sich nicht nur aus dem Zustand der Ökosysteme, sondern auch aus der Größe der Weltbevölkerung ergeben (Jackson 2017, 92–98, 109–114).<sup>4</sup>

nen, dass sie unentwegt Kapital akkumulieren, also kontinuierlich in den Ausbau und die Modernisierung des eigenen Produktionsapparates investieren (dazu und zum Folgenden: Jackson 2017, 168–173): Um im Wettbewerb zu überleben, müssen Unternehmen in die Entwicklung und Produktion neuer Konsumgüter (bzw. neuer Varianten von Konsumgütern) und in modernere Maschinen investieren. Letztere sollen es ihnen ermöglichen, bereits etablierte Produkte in höherer Stückzahl als bisher und, vor allem, im Vergleich zu den Konkurrenten zu geringeren Stückkosten zu produzieren, um sie dann günstiger als diese verkaufen zu können. Auf diese Weise können sie sich nicht nur gegen die Konkurrenten durchsetzen, sondern auch ihre Gewinne steigern, was es ihnen u. a. auch erleichtert, in Zukunft weiter zu investieren.

Eingespant in diese Dynamik ist der Unternehmenssektor in der Lage, die – auch von ihm selbst durch Werbung angetriebene und durch immer neue Konsumgüter vital gehaltene – Expansion der Konsumgüternachfrage zu bedienen. Zugleich wird damit im System der Wertschöpfung ein Wachstumsdrang implementiert: mikroökonomisch über die Kapitalakkumulation der einzelnen

Unternehmen, makroökonomisch durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dabei wird der Produktivitätsanstieg rein quantitativ verstanden: Eine Beschäftigte bzw. ein Beschäftigter produziert in einer Stunde mehr Produkte der gleichen Art als bisher. Ursächlich zurück geht der Anstieg auf das unablässige Bestreben der Unternehmen, die Stückkosten zu senken. Kommt es nicht zu Reduktionen der Erwerbsarbeitszeit (oder zu mehr Erwerbsarbeitslosigkeit) führt die steigende Arbeitsproduktivität zu einem Wachstum der produzierten Waren, zu steigenden Löhnen und alimentiert darüber auch zu einer steigenden Nachfrage nach den Konsumgütern.

## Postwachstumswirtschaft – eine knappe Skizze

Abschließend zeichne ich nun mit einigen, wenigen Strichen Jacksons Zielbild einer ökologisch nachhaltigen, nicht mehr auf BIP-Wachstum ausgerichteten, aber sozial-gerechten und stabilen Volkswirtschaft nach. Schauen wir zuerst auf die *Unternehmen* im Sinn von Organisationen, die für eine kaufkräftige Nachfrage Leistungen erbringen, aber nicht unbedingt auf Gewinnsteigerung ausgerichtet sind. Für Jacksons Zukunftsbild des Unternehmenssektors in der Postwachstumswirtschaft ist die folgende auf den US-amerikanischen Ökonomen William J. Baumol (1922–2017) zurückgehende Unterscheidung (u. a. Baumol 1967; vgl. dazu auch Emunds/Hagedorn 2020) zentral: Zum einen gibt es Branchen, in denen weitgehend standardisiert Leistungen erbracht werden, so dass es hier prinzipiell keine Grenzen dafür gibt, die quantitative Arbeitspro-

<sup>4</sup>Mit dem Verständnis von Wohlstand als Spektrum erreichbarer positiver Lebensumstände (gesund, sozial integriert, gesellschaftlich anerkannt sein usw.) sowie grundlegender Handlungschancen zur persönlichen Entfaltung (etwas gesellschaftlich Sinnvolles und Anerkanntes tun, sich politisch beteiligen, spielen usw.) knüpft Jackson ausdrücklich an Amartya Sens Theorie der *Capabilities* (Verwirklichungschancen) an (z. B. 1999) an. Sich mit Jacksons Wohlstandskonzept und seiner Sen-Rezeption kritisch auseinanderzusetzen, wäre sozialetisch lohnend, ist hier aber nicht möglich.

duktivität durch technische oder organisatorische Innovationen immer weiter zu steigern. Paradigmatisch sind hier die Konsumgüterindustrie und andere Industriebranchen, die in Serie(n) Waren produzieren. Zum anderen gibt es Branchen, in denen – mit einer individuellen Prägung durch die jeweiligen Leistungserbringer:innen oder den situativen, individuellen Erfordernissen der Leistungsnachfrager:innen entsprechend – qualitativ hochwertige Leistungen zu erbringen sind. Für die Qualität dieser Leistung „kommt es ganz wesentlich auf die Zeit an, die Menschen dafür aufwenden“ (Jackson 2017, 214). Deshalb sind Steigerungen der quantitativen Arbeitsproduktivität in diesen Branchen unmöglich oder unsinnig. Zu denken ist hier an personenbezogene Dienstleistungen (wie etwa Pflege oder Beratung) und an künstlerisch-handwerkliche Tätigkeiten, in denen es wesentlich auf Kreativität ankommt. Jackson (2021, 187) bezeichnet die erste Gruppe von Branchen als ‚schnelle‘, die zweite als ‚langsame‘ Branchen.

Für die Gesamtheit der Unternehmen hat Jackson (2017, 211–217; 2025, 299–314) vor allem zwei Ideen: *Ers*ten legt er großen Wert darauf, dass in einer künftigen Postwachstumswirtschaft der Anteil der langsamen Branchen bei Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit viel größer sein soll als heute, der Anteil der schnellen Branchen also viel kleiner. Nicht nur, dass die Erwerbstätigkeit in den langsamen sehr viel häufiger als in den schnellen Branchen von den Arbeitenden als erfüllend erfahren werde. Vielmehr sei dort auch der Materialdurchsatz deutlich geringer als bei der Wertschöpfung der schnellen Branchen. Last but not least komme es dort ja auch kaum zu Steigerungen der Arbeitsproduktivität, die – ohne Arbeitszeitverkürzungen – für Jackson die entscheidende makroökonomische Triebfeder für Wirtschaftswachstum, insbesondere für die Produktion einer immer größeren Überfülle an Gütern durch Einsatz von immer mehr Material darstellen. Zu Recht verweist er darauf,

dass der Strukturwandel in den Ländern des Globalen Nordens schon seit Jahrzehnten in Richtung langsamer Branchen gehe, was tatsächlich eine wichtige Ursache dafür sein dürfte, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität gesamtwirtschaftlich (ähnlich wie das Wirtschaftswachstum; vgl. oben) seit den 1960er Jahren erlahmt und trotz Digitalisierung im letzten Vierteljahrhundert sehr niedrig ausgefallen ist (Jackson 2017, 244–249).

*Zweitens* müsse in der Postwachstumswirtschaft der Zukunft die Industrie und damit der größte Teil der schnellen Branchen weitgehend ‚verdienstleistet‘ sein, wodurch der Materialdurchsatz dieser Branchen erheblich geringer ausfalle. Verdienstleistung (*servitization*) meint, dass Unternehmen nicht mehr Waren verkaufen, sondern Leistungen, die sich ihre Kund:innen bisher durch Erwerb, Besitz und Nutzung dieser Waren angeeignet haben. Unternehmen verkaufen dann Mobilität statt Autos, warme Wohnungen statt Heizungen (und Energie), die Möglichkeit, Lebensmittel zu kühlen, statt Kühlschränke usw. Dann würde es sich für die Unternehmen nämlich nicht mehr lohnen, gezielt Produkte mit relativ kurzer Lebensdauer zu entwickeln, die schon recht bald durch einen Neukauf ersetzt werden müssen (geplante Obsoleszenz). Stattdessen hätten sie hohe Anreize, nach energie- und ressourceneffizienten – weil nun auch für sie kostengünstigeren – Lösungen zu suchen. Eine solche Verdienstleistung würde auch gut zu dem Ziel passen, eine Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Darin geht es ja nicht nur darum, Material zu recyceln. Vielmehr sollen die genutzten Güter selbst oder einige der Module, aus denen sie zusammengesetzt sind, sukzessive bei verschiedenen Nutzer:innen zum Einsatz kommen (Jackson 2017, 207–211).

In der ersten Fassung von *Wohlstand ohne Wachstum* setzte Jackson noch stark auf Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit, um bei den Unternehmen das Wachstum des Materialdurchsatzes


durch eine immer weiter wachsende Wirtschaft zu bremsen. Diese Zeitpolitik war für ihn ein probates Mittel, um bei steigender Arbeitsproduktivität und stagnierendem BIP einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern (Jackson 2009, 79 f., 105). In jüngeren Veröffentlichungen zielt er dagegen vor allem darauf, durch Umschichtung von Wertschöpfung und Beschäftigung von den schnellen in die langsamen Branchen bereits den Anstieg der Arbeitsproduktivität selbst zum Stillstand zu bringen. Auf das Thema Anstieg der Arbeitsproduktivität werde ich am Ende des Beitrags noch einmal kurz zu sprechen kommen.

Auf Seiten der privaten Haushalte ist in Jacksons Version der Postwachstumswirtschaft der Konsumismus erlahmt. An seine Stelle sei ein Streben der Einzelnen nach einer vieldimensionalen persönlichen Entfaltung getreten, welche die ökologischen Grenzen respektiere. Dabei stünden nicht mehr hohes Einkommen und demonstrativer Konsum im Mittelpunkt, sondern andere – z. T. von den Menschen auch heute schon in Umfragen besonders betonte – Quellen des Lebensglücks wie Partnerschaft/Familie, Gesundheit, Spiritualität und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (Jackson 2009, 30–36; Ders. 2017, 187–195, 201–204). Der Statuswettbewerb über Geltungskonsum sei erlahmt, nachdem wirtschaftliche Ungleichheiten erheblich reduziert worden seien (Jackson 2017, 288–291). Statt als individueller Konsum individuell besessener Güter werde Wohlstand nun stark als gemeinsame Nutzung einer guten Infrastruktur begriffen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich ist (öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Bibliotheken, Museen, Parks, Freibäder, Gesundheitseinrichtungen und Beratungszentren etc.).

Bei alledem wird deutlich: Dem *Staat* kommt in Jacksons Vision einer Postwachstumswirtschaft eine zentrale Rolle zu: Er fördert den Strukturwandel zu den langsamen Branchen und setzt Arbeitszeitverkürzungen durch. Dadurch



stabilisiert er Beschäftigung und sorgt – gemeinsam mit geeigneten regulatorischen Vorgaben – für einen geringen Materialdurchsatz. Wesentlich stärker als in den letzten Jahrzehnten verteilt er Einkommen um, investiert in die Infrastruktur und fördert, dass in der Ge-

 Dem Staat kommt in Jacksons Vision einer Postwachstumswirtschaft eine zentrale Rolle zu: Er fördert den Strukturwandel zu den langsamen Branchen und setzt Arbeitszeitverkürzungen durch

sellschaft gemeinsame Aktivitäten florieren, demokratische Debatten in Gang kommen, sich für alle auch nicht-berufliche Chancen der persönlichen Entfaltung eröffnen. Er investiert also massiv in öffentliche Güter, während er zugleich die privaten Investitionen in ökologisch und sozial verträgliche Bahnen lenkt. Damit die Dienstleistungen der langsamen Branchen für alle erschwinglich sind, kommt er nicht umhin, sich an deren Finanzierung zu beteiligen. Nicht selten wird der Staat sie selbst übernehmen oder sie subventionierten ge-

meinnützigen Organisationen übertragen – was bedeutet, dass die Mischwirtschaft in Jacksons Postwachstumsvision beim Besitz der Produktionsmittel sehr viel weniger kapitalistisch ausfällt als die in den Ländern des Globalen Nordens heute bestehenden Formen von Mischwirtschaft (Jackson 2017, 309 f.). Um die Vielzahl staatlicher Aktivitäten zu finanzieren, wären – primär für die Wohlhabenderen – Steuern zu erhöhen; schließlich stellt eine solide Finanzierung des Staatshaushalts neben hoher Beschäftigung einen essenziellen Aspekt wirtschaftlicher Stabilität dar.

## Ausblick

Jacksons Überlegungen zu einer nachhaltigen, sozial gerechten und stabilen Wirtschaft der Zukunft mögen wesentlich reformistischer ausgefallen sein als die vieler anderer Postwachstums-Autor:innen. Dennoch dürfte seine Vision einer Postwachstumswirtschaft in der aktuellen, von wirtschaftlichen Existenzängsten getriebenen öffentlichen Debatte auf wenig Resonanz stoßen. Allerdings werfen Jacksons Vorschläge auch für diejenigen, die der aktuellen Fixierung auf Wachstumspolitik

wenig abgewinnen können, zahlreiche sozialwissenschaftliche und sozialetische Fragen auf, die von einer befriedigenden Beantwortung noch weit entfernt sind. Zum Beispiel: Wie kann der notwendige Kulturwandel weg vom Konsumismus politisch gefördert werden? Kann der Staat die Privatwirtschaft derart umfassend ökologisch transformieren? Der Einsatz welcher Instrumente ist dabei ethisch zu rechtfertigen und entspricht dem Selbstverständnis einer liberalen und sozialen Demokratie? Wer kontrolliert einen derart mächtigen Staat? Unter welchen Bedingungen würde eine breite Mehrheit der Bürger:innen akzeptieren, dass die Einkommensströme gegenüber dem Status Quo so stark umgelenkt werden, wie es für den angezielten Umbau notwendig wäre? Welche Gewinne sollten Unternehmen in einer solchen Postwachstumswirtschaft erzielen können? An der Beantwortung dieser und zahlreicher anderer Fragen, die Jacksons Konzept aufwirft, kann hier nicht gearbeitet werden. Aber eine m. E. für die Zukunft des Wirtschaftens zentrale Frage möchte ich abschließend doch noch kurz aufgreifen: In seinen neueren Beiträgen ist es für Jackson ein wichtiges Ziel, künftige Anstiege der Arbeitspro-

## LITERATUR

- Baumol, William J. (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth. The Anatomy of Urban Crisis, in: American Economic Review 57/3, 416–426.
- Daly, Herman E. (2007): Ecological Economics and Sustainable Development. Selected Essays, Cheltenham/Gloucestershire – Northampton/Massachusetts.
- Deutsche Bundesbank (2025): Lange Zeitreihen. Zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe (01.10.2025), Frankfurt am Main
- Emunds, Bernhard (2024): Zeitwirtschaft, Zeitwohlstand, Zeitkonflikte, online auf: <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/zeitwirtschaft-zeitwohlstand-zeitkonflikte/>.
- Emunds, Bernhard/Hagedorn, Joas (2020): Das Trilemma der Pflege. Zu Zielkonflikten und Unzulänglichkeiten verbreiteter pflegepolitischer Strategien, in: AmosInternational 14/2, 3–10.
- Hennicke, Peter/Best, Benjamin/Bierwirth, Anja/Seifried, Dieter (2025): KlimaGerecht. Warum wir ökologische und soziale Fragen konsequent verbinden müssen, München.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy. Report of the Sustainable Development Commission, London.
- Jackson, Tim (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München.
- Jackson, Tim (2021): Wie wollen wir leben? Wege aus dem Wachstumswahn, München.
- Jackson, Tim (2025): Ökonomie der Fürsorge. Warum wir Wohlstand, Gesundheit und Arbeit neu denken müssen, München.
- Sen, Amartya (1999): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien.



duktivität unwahrscheinlich zu machen. Ich halte das für keine überzeugende Zielsetzung. Zweifellos, was die reale Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in den Ländern des Globalen Nordens angeht, ist ihr Erlahmen seit dem Millennium nicht zu übersehen; aufgrund der Hoffnungen, die mit der Digitalisierung der Wertschöpfung verbunden wurden, hat diese schwache Entwicklung auch die allermeisten Ökonom:innen überrascht. Aber diese und andere ökonomische Fehlprognosen in den letzten Jahrzehnten ermahnen zur Vorsicht: Warum sollt es ausgeschlossen sein, dass im Rahmen der aktuellen KI-Innovationswelle die Arbeitsproduktivität in den nächsten Jahren doch noch einmal deutlich ansteigt? Sollte es zu einem Produktivitätssprung kommen, bin ich im Unterschied zu Tim Jackson davon überzeugt, dass mit ihm eine große gesellschaftspolitische Chance verbunden

wäre: Durch eine deutliche, arbeits- und wirtschaftspolitisch klug gestaltete Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit könnten viele gestresste Beschäftigte erheblich entlastet werden. Vor allem aber würde es dann leichter fallen, das aktuelle Arbeitszeitregime – etwa 40-Wochenstunden-, 'Vollzeit' für die meisten

Männer, Teilzeit für die meisten Frauen – zu überwinden. Dieses schließlich ist ein entscheidender Faktor für das Fortbestehen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der damit verbundenen Genderungerechtigkeiten (Emunds 2024).

## ZUM AUTOR

**Bernhard Emunds**, geb. 1962, Dr. rer. pol., Professor für Sozialphilosophie und Christliche Gesellschaftsethik sowie Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen. Forschungsschwerpunkte: Grundlagen der Wirtschaftsethik, Ethik der Erwerbs- und Sorgearbeit, Ethik der Finanzmärkte, Ethik der Wohnungspolitik. Neuere Veröffentlichungen: *Domestic privacy and the impact of geographical disparities. Spatial aspects of care work in post-Fordist capitalism – and in a ‚caring society‘*, in: Berliner Journal für Soziologie, 2025; *Privateigentum und umfassende Ressourcensysteme in der ökologischen Krise*, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 2023/3, 309–336 (gemeinsam mit Julian Degan); *Häusliche Pflegearbeit gerecht organisieren (Arbeitsgesellschaft im Wandel)*, Weinheim – Basel 2022 (gemeinsam mit Jonas Hagedorn, Marianne Heimbach-Steins und Lea Quaing).





# „Die Politik ist im Hinblick auf Nachhaltigkeit am Ende“

Interview zu Postwachstum als Überlebensfrage

Wirtschaftswachstum zerstört immer mehr natürliche Ressourcen. Doch in der Bevölkerung finden nicht einmal Strategien der Entkopplung und des „grünen Wachstums“ mehrheitliche Zustimmung. Im Gespräch mit Amosinternational konstatiert der Postwachstumsdenker Niko Paech eine Zukunft, in der Selbstentfaltung und Konsum verschwinden und es um reine Selbsterhaltung gehen wird. Um darauf jetzt schon vorbereitet zu sein, braucht es glaubwürdige Vorbilder – und das nicht nur in der Theorie. Der Wissenschaftler lebt, was er lehrt und engagiert sich in der solidarischen Landwirtschaft sowie in einer Reparaturwerkstatt. Im Interview spricht er darüber, welche ökologischen, ökonomischen und psychologischen Wachstumsgrenzen es gibt, inwiefern Konkurrenz ein Ausdruck menschlicher Freiheit ist und warum er nicht mehr glaubt, die Kirche könne einen Mentalitätswandel vorantreiben.



Niko Paech

**Amosinternational:** Durch das Wachstumsparadigma werden Ressourcen ausgebeutet und die Umwelt geschädigt. Der Overshoot-Day findet jedes Jahr früher statt. Sie haben den Begriff „Postwachstumsökonomie“ in Deutschland entscheidend geprägt und präferieren ein Wirtschaftssystem, das nicht auf Wachstum ausgerichtet ist. Warum?

**Niko Paech:** Vor 20 Jahren vertrat ich die Auffassung, dass alle Versuche, durch technologischen Fortschritt eine auf Wachstum beruhende Ökonomie von ökologischen Schäden zu entkoppeln, gescheitert sind. Heute korrigiere ich mich: Diese technologischen Versuche sind nicht nur gescheitert, sondern haben zu einer Verschlimmderung der ökologischen Gesamtsituation geführt. Das können wir be-

sonders im Energiebereich erkennen, denn die materiellen Verlagerungseffekte der zum Einsatz gelangenden grünen Technologien sind horrend. In Deutschland wird gerade der allerletzte Rest an Naturgütern und Landschaften zerstört – mit der Begründung, dies sei erforderlich, um eine technizistische Energiewende voranzubringen, die viel Raum und Fläche beansprucht. Ähnliche Verlagerungseffekte lassen sich in anderen Handlungsfeldern feststellen. Wenn keine auch nur theoretisch funktionsfähige Entkopplungstechnologie verfügbar ist, bleibt als letzter Ausweg, um die ökologische Überlebensfähigkeit der menschlichen Zivilisation wiederzuerlangen, nur die Reduktion von Ansprüchen.

Welche weiteren Wachstumsgrenzen gibt es?

Momentan lässt sich eine Erosion der Industrie Europas feststellen, den keine Macht verhindern kann. In den Medien und über alle politischen Grenzen hinweg wird das eher verharmlost und suggeriert, dass es nur eine Frage der richtigen Wirtschaftspolitik und Innovationsstrategie sei, den aktuellen Wohlstand zu retten. Aber um angesichts der Übermacht Chinas und absehbar Indiens hierzulande konkurrenzfähig zu bleiben, müssten die Löhne in Deutschland entsprechend gesenkt werden, was sich mit Selbstmord aus Angst vor dem Tod vergleichen ließe. Denn damit würde geopfert, was hätte gerettet werden sollen. Weitere ökonomische Wachstums-

grenzen liegen in den Energiepreisen, die zwar zu gering für den Klimaschutz sind, aber zu hoch für den Erhalt des Industriestandorts. Zudem sind die bürokratischen Hemmnisse für Unternehmen extrem hoch. Der Zusammenbruch des ökonomischen Multilateralismus stellt eine weitere Krise da – etwa durch die Trump-Zölle, aber auch durch andere Maßnahmen, die den Freihandel untergraben. Aber vom letzteren ist die europäische Ökonomie abhängig, weil die materielle Produktion zunehmend ausgelagert wurde und umgekehrt günstige Konsumgüter, die die Kaufkraft erhöhen, vor allem aus Asien stammen.

Die immense Verschuldung bildet ein weiteres Problem. Einerseits soll damit der Wohlstand erhalten werden, andererseits werden dadurch immer mehr Länder unregierbar. Frankreich erinnert an die Weimar Republik, was die Kurzlebigkeit demokratischer Regierung angeht, eben wegen der Unmöglichkeit, Mehrheiten für eine Haushaltsanierung zu finden. Auch die vorletzte Bundesregierung ist daran zerbrochen und ob die aktuelle das Problem lösen kann oder wenigstens die Legislaturperiode durchhält, ist noch nicht klar. Ressourcenverknappungen werden ebenfalls zusehends bedeutsam: Prägnant waren vor kurzem eine Holzkrise und eine Mikrochipkrise, die erkennen ließen, wie abhängig und verletzlich die hiesige Ökonomie geworden ist. Nicht nur kritische Vorprodukte, sondern seltene Erden und strategische Metalle, auch Kupfer, Lithium etc. werden immer knapper. Die brisanteste Bruchstelle bleibt indes das Erdöl, von dem das Wohlstandsmodell heute abhängiger ist als je zuvor, allein wegen der globalen Personen- und Güterverkehre. Zu behaupten, erneuerbare Energien könnten dafür einen Ersatz bilden, entspricht einem Science-Fiction-Märchen, wenngleich mit hoher Attraktivität und Integrationskraft.

Lange übersehen wurden zudem psychologische Wachstumsgrenzen. Aus der Perspektive verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen ist feststell-

bar, dass die Lebensqualität nicht mehr zu-, sondern partiell sogar abnimmt – bedingt durch Überforderung, Reizüberflutung und viele Erschöpfungsphänomene, einfach weil der Homo Sapiens nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus nicht mehr in der Lage ist, die Flut an Selbstverwirklichungsoptionen stressfrei auszuschöpfen. Angesichts einer massiven Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse ist das nicht mehr nur ein Mittel- oder Oberschichtphänomen, ohne damit die Vermögensungleichheit in Abrede stellen zu wollen.



Weil vermeintlich aufgeklärte Gesellschaften nicht bereit und fähig waren, rechtzeitig Wachstumsgrenzen zu akzeptieren, gilt nun die Maxime „Wer sich nicht ändert, wird geändert“, nämlich durch Krisen, die eine Anpassung der Wohlstandsansprüche erzwingen werden

Diese und weitere Wachstumsgrenzen zeigen, dass es einer Gespensterdebatte gleicht, wenn gefragt wird, ob es wünschenswert oder politisch durchsetzbar wäre, eine Postwachstumsökonomie umzusetzen. Die bevorstehenden Krisen interessieren sich nicht dafür, ob sie erwünscht sind, sondern lassen keine andere Wahl, als sich an bescheidenere Konstellationen anzupassen. In Teilen der Sozialwissenschaft wird die These behandelt, dass sich eine neue Gesellschaft herausbildet, deren Leitmotiv nicht mehr in der Selbstentfaltung, sondern nur noch in der Selbsterhaltung bestehen wird. Vorbei sind nicht nur die fetten Jahre, sondern die Phasen der proaktiven, mit demokratischem Rückenwind versehenen Gestaltung einer ausschweifenden Gesellschaft. Da trotz aller Hoffnungen auf ein vernunftbegabtes Kollektiv keine mehrheitliche Einsicht in die Notwendigkeit einer materiellen Abrüstung er-

kennbar ist, wird sich der Wandel mit ökonomischer und physischer Macht durchsetzen. Es kommt dann zu einer Art Neomittelalter. Das herkömmliche Mittelalter war dadurch gekennzeichnet, dass Individuen unmündig und höheren Mächten ausgeliefert waren. Der Marsch in die (ökonomische) Moderne war beseelt von der Idee, diese Schicksalsabhängigkeit zu überwinden, um individueller Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen. Aber mit den technologischen, ökonomischen und politischen Fortschritten, die hierzu mobilisiert wurden, sind so viele neue Risikokulissen aufgetürmt worden, dass der moderne Mensch zurückfällt auf eine Ebene, auf der er – wenngleich auf andere Weise – abermals schicksalsabhängig ist. Knappheit lässt sich nicht abwählen, deshalb weicht das demokratische einem physischen Regime. Ein Shitstorm gegen einen Ölpreis von 150 Dollar pro Barrel hat mit Ausnahme kurzfristiger politischer Panikattacken dieselbe Wirkung wie ein Hund, der den Mond anbellt. Das gilt auch für andere Ressourcen. Weil vermeintlich aufgeklärte Gesellschaften nicht bereit und fähig waren, rechtzeitig Wachstumsgrenzen zu akzeptieren, gilt nun die Maxime „Wer sich nicht ändert, wird geändert“, nämlich durch Krisen, die eine Anpassung der Wohlstandsansprüche erzwingen werden.

Noch einmal zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch: Warum halten Sie diese für unmöglich umzusetzen?

Entkopplung ist nicht einmal theoretisch widerspruchlos darstellbar. Dieser Planet hat die unangenehme Eigenschaft, dass auf ihm die Gesetze der Thermodynamik gelten. Alle bislang ersonnenen Technologien, um Umweltschutz ohne Wohlstandsreduktion zu praktizieren, waren und sind niemals zum ökologischen Nulltarif zu haben, das heißt: Sie waren immer nur, auch in der Rückschau betrachtet, eine räumliche, zeitliche, stoffliche oder




systemische Verlagerung des ökologischen Schadens und nicht dessen Lösung. Das einzige Gegenbeispiel, das einem manchmal präsentiert wird, ist das FCKW-Verbot und damit die Vermeidung eines noch größeren Ozonlochs. Aber so richtig untersucht worden ist nie, was an Materie investiert werden musste, um alle FCKW-verbrauchenden Gerätschaften aus dem Verkehr zu ziehen und völlig neue Fabriken zu erschaffen, um FCKW-freie Kühlgeräte oder dergleichen zu bauen. Unklar ist außerdem, wie langfristig dieser Effekt überhaupt anhält. Dieses Beispiel kann auch nicht übertragen werden auf die anderen ökologischen Probleme, die sich nicht so eingrenzen lassen wie beim FCKW, sondern weitaus komplexer sind.

Und überraschenderweise lässt sich beobachten, dass nicht einmal die Bequemlichkeit und Wohlstand verheißende Entkopplungsstrategie – so unwirksam sie auch sein mag – mehrheitsfähig ist! Die neue Regierung speist ihren Zuspruch nicht zuletzt daraus, dass sie manche der Entkopplungsmaßnahmen vorangegangener Regierungen außer Kraft setzt. Wirtschaftsministerin Reiche – aber auch andere Ressorts, die eine Teilzuständigkeit für Klimaschutz und Nachhaltigkeit haben – versucht den Green New Deal zurückzubauen. Dabei verinnerlichen doch Wärmepumpen, Windkraftanlagen, Solarenergie, Wasserstoff, E-Mobilität, Passivhäuser etc. das große Versprechen, beides haben zu können: wachsenden Wohlstand und ein ökologisch reines Gewissen. Nicht einmal dafür gibt es noch eine Mehrheit. In anderen Ländern sieht es nicht besser aus, etwa in den USA, Österreich oder Frankreich. Auch dort gibt es keinen Durchmarsch dieser Entkopplungsstrategie. Wie kann dann überhaupt eine Mehrheit für eine Degrowth- oder Postwachstumsstrategie erlangt werden?

Besteht wirklich keine Aussicht darauf, dass wenigstens ein Land die Notwendigkeit einer Wirtschaft ohne Wachstum erkennt?

Seit dem Zweiten Weltkrieg existierte niemals eine demokratische Regierung, die sich durch etwas anderes legitimiert hat als das Versprechen, immer mehr Menschen mit immer mehr Wohlstand auszustatten. Wie wahrscheinlich ist es, eine Mehrheit für folgende Ansage zu erhalten: Wählt mich, dann werden die meisten Flughäfen geschlossen oder verkleinert und Kreuzfahrten verboten. Die Städte werden autofrei, die gesamte Flotte an Automobilen wird mindestens um zwei Drittel schrittweise reduziert. Kinder, die jünger als sechzehn sind, werden kein Smartphone, keine Spielkonsole und kein Tablet haben. Es werden keine neuen Häuser mehr gebaut. Wir werden den vorhandenen Wohnraum anders verteilen und aufwerten, so dass deshalb niemand unter Brücken schläft. Es wird eine radikale Agrarwende umgesetzt mit der Konsequenz, dass Nahrungsmittel teurer werden und die Auswahl geringer sein wird. Die Nutzungsdauer der Geräte, mit denen wir uns umgeben, wird mindestens verdoppelt.


Das ist genau, was alle nie wollten! Das haben unsere Eltern und Großeltern natürlich praktiziert. Nachfolgende Generationen hingegen wollten raus aus der Notwendigkeit, sparsam mit Dingen umzugehen oder sich mit einer geringeren Auswahl zu begnügen. Jetzt müsste alles umgekehrt werden – aber dafür wird man nicht gewählt, sondern ge-

 **Wer versucht, in einer deutschen Stadt den Autoverkehr zu reduzieren, braucht schussichere Westen**

vierteilt. Und deswegen ist die Politik im Hinblick auf Nachhaltigkeit am Ende. Wer versucht, in einer deutschen Stadt den Autoverkehr zu reduzieren, braucht schussichere Westen. Dasselbe gilt für den Versuch, mit Lehrern und Schülern über die desaströsen Nebenfolgen der Digitalisierung zu diskutieren.

Harald Welzer schreibt in seinem Buch zur Kultur des Aufhörens, es gebe seit 2020 mehr tote Masse als Biomasse, also mehr Hergestelltes als Lebendiges. Heruntergebrochen: Es gibt mehr Plastikenten als Singvögel, mehr Bücher als Bäume ... Ist das nicht auch eine Chance, den Blick wieder zu schärfen für das „Großwerden“ der kleinen Naturdinge im Alltag? Wie kann man da einen Mentalitätswandel auslösen?

Jenseits der zwangsweisen Anpassung an den Kollaps existiert nur eine Strategie, mit der eine Transformation immerhin vorbereitet kann, beruhend auf Nischenphänomenen und Avantgardisten, die durch vorgelebte Gegenkulturen glaubwürdig vorwegnehmen, was zur Überlebensfähigkeit beiträgt. Der

 **Es bedarf glaubwürdiger Vorbilder, an denen es leider mangelt**

Homo Sapiens tendiert als soziales Wesen dazu, seine Normalitätsvorstellungen und Handlungsmuster an dem auszurichten, was er in dem für ihn relevanten Umfeld wahrnimmt. Einfacher gesagt: Es bedarf glaubwürdiger Vorbilder, an denen es leider mangelt.

Stattdessen ist die Nachhaltigkeitsliteratur und -szene durchdrungen von einer zunehmenden Scharlatanerie und Heuchelei, zumeist auf hohem intellektuellem Niveau. Medien- und Literaturstars sonnen sich im Licht einer vermeintlichen Nachhaltigkeitsexpertise, an der sie schon im Selbstversuch scheitern. Kommunikationstheoretisch richtet das Wasser-predigen-aber-Weintrinken seitens der Meinungsführer immensen Schaden an, weil das geneigte Publikum damit ein perfektes Alibi erhält, ebenso verantwortungslos leben zu können und das Gewissen mit ökologisch korrekten Phrasen und wirkungslosen politischen Forderungen zu beruhigen. Sozialer Wandel gelingt nur durch Personen, die so leben wie sie reden.



Mal provokant gefragt: Warum soll ich nicht mehr einmal im Jahr in den Urlaub fliegen, während Superreiche wie Jeff Bezos jährlich (!) mit Privatjets 3000 Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen?

Ist es nicht angenehm, über Jahrzehnte hinweg nie für möglich gehaltene Wohlstandssteigerungen zu verzeichnen, ohne in Konflikt mit dem eigenen Umweltbewusstsein zu geraten, weil genügend Superreiche auszumachen sind, die noch viel, viel ruinöser leben? Interessant ist, dass der Konsum, Verkehr und technologische Komfort der meisten Superreichen während der vorangegangenen Jahrzehnte kaum das übertraf – wenn überhaupt erreichte –, was heute dem Mittelschichtstandard entspricht. Gleichwohl spräche nichts gegen ein rigoroses Verbot beispielsweise von Privatjets. Aber erstens: Wäre damit das CO<sub>2</sub>-Problem des Flugverkehrs, der permanent neue Rekorde erreicht, gelöst? Und zweitens: Woran liegt es eigentlich, dass sich keine demokratische Mehrheit für ein solches Privatjet-Verbot auch nur hörbar artikuliert, sondern stattdessen nur die kolossale Ungerechtigkeit beklagt wird? Insoweit die massenhafte Wohlstandsentwicklung nie in etwas anderem bestanden hat, als sich mit Verzögerung anzueignen, was einem die jeweilige Oberschicht gerade voraushat und somit den Erwartungshorizont prägt, ergibt sich ein simples Prinzip: Eine kleine Krähe hackt einer großen Krähe kein Auge aus. Schließlich träumt sie insgeheim selbst davon, groß zu werden. Solange sich keine Bewegung herausbildet, die selbst konsequent jene ökosuizidalen Praktiken vermeidet, deren quantitative Perverterung den gerade aktuellen Superreichen angelastet wird, dürfte sich kaum eine politische oder moralische Basis für ein solches, natürlich wünschenswertes Verbot finden.


Sie haben schon angedeutet, dass weiteres Wirtschaftswachstum die Lebensqualität in Industrieländern nicht verbessert. Erkenntnisse der Glücks- und Zufriedenheits-

forschung belegen das. Allerdings schauen viele Menschen nicht auf ihren individuellen Wohlstand, sondern vergleichen sich mit anderen. Hartmut Rosa plädiert dafür, dieses Konkurrenzprinzip unserer schnelllebigen Zeit zu überwinden und wieder stärker in Resonanz mit der Welt zu leben. Was halten Sie von diesem Vorschlag und wie kann er umgesetzt werden?

Die Resonanz-Idee erfasst im Wesentlichen die seit Jahrtausenden unter Philosophen, Theologen und anderen Denkern – erinnert sei an Aristoteles, Platon und sonstige prägende Gestalten – erdachten Varianten einer Weltbeziehung, die ein gelungenes Dasein jenseits von Macht und materiellem Wohlstand möglich erscheinen lässt. Damit wird ein altes Problem zwar umfassender als sonst beschrieben, aber ansonsten nur umbenannt, statt es zu lösen. Die entscheidende Frage lautet: Welcher Übungsprozess und menschlicher Qualitäten bedarf es, einen solchen Weg zu beschreiten? Wenn man, wie bei linksorientierten Soziologen üblich, von der Eigenverantwortung ablenkt und stattdessen erst den Kapitalismus oder die Konkurrenz abschaffen will, damit der Mensch endlich zu sich selbst findet, bleibt man im alten Labyrinth. Denn Menschen, die den auf materieller Steigerung basierenden Weg über Jahrzehnte verinnerlicht haben, wählen kein System ab, von dem sie auf Gedeih und Verderb abhängig sind. Sie akzeptieren nur, was sie aushalten können. Und aushalten können sie nur, was sie geübt haben. Und dies nimmt ihnen niemand ab. Übung verlangt Disziplin, Prinzipientreue, Belastbarkeit und im speziell vorliegenden Fall Genügsamkeit.

Noch ein Wort zur Konkurrenz: Dass Konkurrenz eine kapitalistische oder von Unternehmen ausgehende Praxis sein soll, entspricht einem Mythos. Wenn ein freier und aufgeklärter Mensch in einem Supermarkt zwischen zwei verschiedenen Kirschmarmeladen entscheiden kann, geraten die Hersteller beider Produkte, nennen wir sie Schwarzttau und Nestlé, in genau diesem Mo-

ment – ohne es zu wissen und zu wollen – in Konkurrenz zueinander. Konkurrenz abschaffen zu wollen heißt dann entweder, Menschen davon abzuhalten, sich frei zu entscheiden, oder Auswahlmöglichkeiten zu unterbinden,

 Konkurrenz abschaffen zu wollen heißt, Menschen entweder davon abzuhalten, sich frei zu entscheiden, oder Auswahlmöglichkeiten zu unterbinden, die über eine Einheitsoption hinausreichen

die über eine Einheitsoption hinausreichen. Dann müsste im obigen Beispiel einer der beiden Produzenten eliminiert werden. Alternativ dazu könnte die typisch menschliche Fähigkeit zerstört werden, die Realität durch Differenzbildung zu erfassen und unterschiedliche Zustände zu bewerten, um daran zielgerichtetes Handeln auszurichten. Vielleicht durch Elektroschocks? Dann würden Menschen die Auswahl affektgesteuert oder instinktiv, also nicht systematisch im Sinne dessen, was unter Aufklärung zu verstehen ist, treffen. Wer würde das wollen? Vielleicht sollte stattdessen an die Verantwortung erinnert werden, Freiheit und Vernunftbegabung zu nutzen, um gut begründete Entscheidungen zu treffen. Das kann dann bedeuten, diverse Optionen als Freiheitsbereicherung zu deuten. Wenn Menschen nicht den Verantwortungssinn aufbringen, beide Marmeladen zugunsten einer möglicherweise ökologischen oder lokal produzierten Variante stehen zu lassen, und zwar auch dann, wenn letztere teurer ist, hilft auch keine Systemveränderung, die sie politisch dazu zwingt, denn die müssten sie – zumal unter demokratischen Bedingungen – wiederum selbst wählen.

Niemand muss Konkurrenz gutheißen, aber vermutlich werden sich Menschen in einer freien Welt damit arrangieren müssen. Das Forschungsprojekt

SolaRegio, das an der Uni Siegen angesiedelt war und sich der solidarischen Landwirtschaft widmete, fokussierte auf Situationen, in denen Menschen nicht in den Supermarkt gehen, sondern einen Kontrakt mit einem Bauernhof eingehen, um regelmäßig einen Ernteanteil zu erhalten. Damit entziehen sie sich bewusst dem Markt, der aber weiterhin als Verlockung im Hintergrund verbleibt. Erst wenn sich hinreichend viele Individuen dieser Wirtschaftsform – freiwillig! – anschließen und damit andere zur Nachahmung inspirieren, die wiederum andere inspirieren etc., wird Wandel in einer Demokratie möglich. Wem das nicht schnell genug geht und wer mit politischen Mitteln nachhelfen will, muss erklären, was er unter Demokratie versteht, denn eine Wählermehrheit für eine ökologische Agrarwende ist weiter entfernt als Alpha Centauri.

Der Soziologe Zygmunt Bauman beschreibt den Wandel von einer Gesellschaft der Produzenten hin zu einer Gesellschaft der Konsumenten. Konsum dient in modernen Gesellschaften als identitätsstiftend und sinngebend. Der Hunger nach Sinn und Identität kann folglich nur durch mehr Konsum und mehr Wachstum gestillt werden. Wie kann ein Mentalitätswandel aussehen, der Wohlstand und Wohlbefinden von materiellem Besitz und Konsum trennt?

Wie ich schon erklärt habe, wird mit keinem rechtzeitigen Mentalitätswechsel zu rechnen sein. Erst das Wegbrechen der substanziellen Basis bisheriger Konsumpraktiken wird mehrheitliche Handlungsveränderungen hervorbringen. Bereits jetzt können Individuen, Gruppen oder funktionale Eliten an geeigneten Orten mit postwachstums-tauglichen Daseins- und Versorgungsformen in Erscheinung treten, die das aktuelle Geschehen delegitimieren und zugleich dazu einladen, sich an der neuen, natürlich genügsameren Lebensweise zu orientieren. Und das kann sehr wohl sinn- und identitätsstiftend sein, wie sich beispielsweise in der Reparaturkultur beobachten lässt. In Olden-

burg befindet sich ein multifunktionales Ressourcenzentrum. An diesem Ort lernen Menschen, ganz anders mit Konsumobjekten umzugehen – ohne konsumfrei leben zu müssen. Kaum etwas schafft so viel Selbstwirksamkeit, Erfolgserlebnisse und soziale Integration wie gemeinsame handwerkliche Projekte, die auf den Erhalt von Objekten zielen. Es handelt sich dabei zugleich um eine hochgradig politische Praxis, weil die industrielle Durchflusswirtschaft mit einer Alternative konfrontiert wird und mehr Autonomie erreicht wird. Weniger Konsumausgaben tätigen zu müssen, weil es kraft eigener und kollektiver Kompetenzen gelingt, mit weniger Gütern auszukommen, indem diese selbst produziert, instandgehalten, gepflegt und in manchen Fällen gemeinsam genutzt werden, ist die neue Freiheit des 21. Jahrhundert.

Wie schätzen Sie die Rolle von Kirchen ein, wenn es darum geht, einen solchen Kultur- oder Mentalitätswandel anzustoßen und zu begleiten?



**Ich habe eine Zeit lang geglaubt, dass Kirchen eine Schlüsselposition einnehmen können, um auf eine Postwachstumsökonomie hinzuwirken, aber inzwischen habe ich diese Hoffnung verloren**

Ich habe eine Zeit lang geglaubt, dass Kirchen eine Schlüsselposition einnehmen können, indem sie ihre Infrastrukturen und Kommunikationsmittel nutzen, um auf eine Postwachstumsökonomie hinzuwirken, aber inzwischen habe ich diese Hoffnung verloren. Auch die letzten Kirchentage haben sich tendenziell anderen Themen zugewandt. Papst Franziskus hat mit der Enzyklika *Laudato Si'* eine hervorragende Basis und Rechtfertigung dafür geliefert, seitens der Kirche gegen den ökologischen Suizid zu wirken, aber die Angst davor, unbequem zu sein, womöglich noch mehr

Mitglieder zu verlieren, scheint sie stattdessen eher der Wokeness-Bewegung näher gebracht zu haben.

Noch ein Blick ins Globale: Ist es ethisch gerechtfertigt, einen suffizientaristischen Lebensstil und den Wechsel zu einer stationären Wirtschaft auch von den Ländern des „Globalen Südens“ zu fordern oder wäre es aus Gerechtigkeitsgründen nicht geboten, zunächst die Länder des „Globalen Nordens“, d. h. die historischen Hauptverursacher der ökologischen Krisen, in die Verantwortung zu nehmen?

Fordern? Empfehlen. Sollten Länder des globalen Südens das Niveau einer Postwachstumsökonomie übersteigen wollen, werden sie sich ihrer Zukunftsfähigkeit berauben. Die Ressourcen reichen dort vielleicht für einen ökonomischen Strohfeuerereffekt, aber danach folgt der Absturz. Bestenfalls leichte Anpassungen nach oben und das auch nur in einigen Ländern sind durchhaltbar. Tragfähig wäre ein Modell der Kontraktion und Konvergenz. Demnach müsste der Norden radikal abrüsten, um ein Versorgungsniveau zu erreichen, an dem sich auch der Süden orientieren kann. Armut ist nicht zu akzeptieren, aber selbst in Afrika finden sich immer mehr Hotspots des Wirtschaftswachstums und einer in Windeseile erfolgenden Nachahmung unseres Lebensstils, gerade in den Metropolen. Dort und auch in Lateinamerika und Asien wäre wohl eher über Verteilungsprobleme vor der eigenen Haustür zu sprechen.

Das Wachstumsparadigma verschleiert, dass es auf unbezahlter Care-Arbeit (meist von Frauen) beruht, die aber unsichtbar bleibt. Dies zeigt die patriarchale Logik unseres Wirtschaftssystems sehr deutlich, da Wachstum auf ungerechten Geschlechterverhältnissen beruht. Wie kann eine Wirtschaft aussehen, in der Sorgetätigkeiten nicht nur eine unsichtbare Säule im System darstellen?

Dass die Wachstumslogik auf Geschlechterungerechtigkeit zurückzu-



führen sein soll, halte ich für einen ideologischen Kurzschluss. Was nicht heißt, dass Emanzipationsbelange irrelevant wären oder keine Gerechtigkeitsprobleme existierten. Das Konzept der Postwachstumsökonomie sieht eine Umverteilung der monetär entlohten Erwerbsarbeit vor, so dass alle Erwachsenen im Lebenszeitdurchschnitt etwa 20 Stunden pro Woche kommerziell tätig sind. Ein besseres Mittel, um Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt herzustellen, ist mir nicht bekannt. Männer hätten dann keine Ausrede mehr, sich um Care-, Sorge- und Erziehungsarbeit zu drücken. Umgekehrt können Frauen auf dieser Basis

## ZUM INTERVIEWPARTNER

**Niko Paech**, geb. 1960, ist außerplanmäßiger Professor der Pluralen Ökonomik an der Universität Siegen. Er hat in Deutschland den Begriff der „Postwachstumsökonomie“ geprägt und gilt als Verfechter der Wachstumskritik. Seine Schwerpunkte liegen in der wirtschaftswissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung, insbesondere in der Postwachstumsökonomik, Umweltökonomik, im Klimaschutzmanagement, in der Organisations- und Innovationsforschung, im Supply Chain Management, in der Produktionswirtschaft und der Analyse transformativer Wirtschaftsformen. Veröffentlichungen: *All you need is less. Eine Kultur des Genug* aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München 2020 (mit M. Folkers); *Befreiung vom Überfluss – das Update: Eine Postwachstumsökonomie für das 21. Jahrhundert*. Komplett überarbeitete Neuausgabe des Degrowth-Klassikers, München 2025.

dieselben Berufschancen nutzen wie Männer.

*Das Interview führte  
Claudia Schwarz, Münster*





# Herausforderungen oder Krisen der Demokratie?

Bericht zum 35. Forum Sozialethik  
(15.–17. September 2025)

Ein Jahrhundert nach Einführung der Demokratie mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht in Deutschland und großen Teilen Westeuropas scheint sie in der Krise zu stehen. Die Richtung ihrer zukünftigen Entwicklung gilt als fraglich. Der (Rechts-)Populismus stellt sicher eine der wichtigsten gegenwärtigen Gefahren dar. Zugleich stellen soziale Spaltungsprozesse, Globalisierung, Digitalisierung und Inklusion als gesamtgesellschaftliche Prozesse die Politik vor große Herausforderungen. Konkrete politische Probleme wie die Bewältigung der ökologischen Transformation, der Umgang mit Migration oder die Reaktionen auf bewaffnete Konflikte lassen die Demokratie nicht immer als effiziente Herrschaftsform erscheinen.

Trotz populistischer Anfeindungen darf berechtigte Kritik an demokratischen Systemen nicht unter den Tisch fallen. So hat die Milieuzugehörigkeit nach wie vor große Auswirkungen auf die faktischen Einflussmöglichkeiten. Bleibende soziale Ungleichheiten und alltägliche Probleme, etwa durch Personalmangel in Justizsystemen, lassen Frustration über das System verständlich erscheinen – aber sind sie wirklich der Grund für diese Frustration oder nur eine willkommene Ausrede? Die zunehmende Bedeutung supranationaler Or-

ganisationen einerseits und die steigende Multikulturalität andererseits werfen zudem die Frage nach der Identität des *demos* und seiner Fähigkeit zur Willensbildung als Grundvoraussetzungen der Demokratie auf.

Zu Beginn des Forums Sozialethik näherten sich mehrere Vorträge der Frage nach den Ursachen für die gegenwärtigen Krisenerfahrungen. Anna Karger-Kroll (Siegen) befasste sich unter dem Titel *Von der Erfahrung der Ent-Solidarisierung als eine Ursache der Demokratiekrise und dem Konzept der sozialen Energie von Rosa als eine Idee aus der Krise* zum einen mit sozialen Ungleichheiten und Polarisierungen, die sozialpolitisch nicht ausgeglichen werden und Ent-Solidarisierungen erzeugen. Um ebenjene Ent-Solidarisierungseffekte zu bearbeiten, schlug Karger-Kroll in ihrem Vortrag zum anderen vor, den Solidaritäts-Begriff um das Konzept der sozialen Energien, die Hartmut Rosa als zirkulierende, sich verausgabende und kollektive Kraft versteht, zu ergänzen.

Christoph Fehring (Berlin) eröffnete das Panel *Demokratie und Werte* und stellte unter dem Titel *Moralische Demokratie oder demokratische Moral? Zur Krise des liberal-demokratischen Rechtsverständnisses* eine rechtsphilosophische Analyse verschiedener Begründungssysteme von Recht

vor. Während in liberalen Demokratien heutzutage ein liberales Paradigma vorherrscht, das von einem normativen Individualismus ausgeht, gibt es im deutschen Rechtskorpus einige Normen, die sich damit nicht begründen lassen und die über die eigentlich gebotene liberale Zurückhaltung in Fragen des guten Lebens hinausgehen. Damit rekurriert das geltende Recht auf zwei sehr unterschiedliche und bisweilen widersprüchliche begründungstheoretische Paradigmen.

Anschließend problematisierte Pavlos Leußler (Bonn) in seinem Vortrag *Entschieden für die Demokratie?* die kirchliche Positionierung zur Demokratie, die auf weltkirchlicher Ebene nicht als klar befürwortend angesehen werden könne. Zwar sei auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine weitgehende Öffnung erfolgt, die Anerkennung von Entscheidungen gegen kirchliche Positionen auf Basis der Legitimität des Prozesses stehe aber noch aus. Gleichzeitig sei der Einsatz der Kirche für Demokratie in zahlreichen Ländern glaubwürdig, das Lehramt setze in seiner Staatslehre meist Demokratie voraus und zahlreiche Bischofskonferenzen hätten sich klar prodemokratisch positioniert.

Im zweiten Panel *Öffentlichkeit und Digitalität* widmete sich Alexandra Palkowitsch (Bonn) in ihrem Vortrag *De-*



*mokratie und Digitalisierung – Grundspannungen der sozialetischen Analyse* der Bestimmung des Vorfeldes, in dem sich beide Größen zueinander verhalten. Palkowitsch machte drei Grundspannungen aus, von denen dieses Vorfeld bestimmt ist: Die Polarität von Schnellebigkeit und Dauerhaftigkeit, die Spannung zwischen Technikdeterminismus und Technikneutralität und die Kontroverse, ob sich Demokratiekonzepte fundamental verändern müssen oder nicht. Erst wenn eine Verortung innerhalb dieser Fragen stattgefunden habe, so Palkowitsch, könne eine Beurteilung konkreter, anwendungsethischer Fragestellungen sinnvoll erfolgen.

Im Anschluss stellte Sebastian Dietz (Würzburg) Überlegungen unter dem Titel *Das Problem mit den Meinungen. Der digitale Formwandel der Öffentlichkeit als gesellschaftliche Herausforderung* an. Unter den Bedingungen der digitalen Konstellation, so die These, erhalten Meinungen immer häufiger einen quasi-transzendentalen Status. Das entzieht sie nicht nur der Kritik, sondern führt auch eine Verengung von Diskursen auf eine binäre Logik von Zustimmung zur geäußerten Meinung oder eben Ablehnung. Die Gründe dafür spielen dabei kaum noch eine Rolle; die Meinung wird von ihrer Begründung entkoppelt. So entstehende Meinungsöffentlichkeiten führen zu Problemen für demokratische Gesellschaften, weil darin auch Wahrheitsaussagen und Tatsachen lediglich als Meinungen erscheinen, denen man zustimmen oder die man ablehnen kann.

Sarah Delere (Frankfurt a. M.) und Gary Slater (Münster) eröffneten das Panel *Souveränität und Staat*. Delere ging unter dem Titel *Foregoing Democracy for the Sake of Democracy? Social Ethical Reflection in the Context of Peace and Statebuilding* der Frage nach, inwiefern sich legitime Staatlichkeit ohne Demokratie überhaupt denken lässt. Das ist insbesondere für die Phase des *statebuilding* bedeutsam, in der man nicht von einer *domestic sovereignty* ausgehen kann, die ja erst ausgebildet wer-

den soll. Mit dem normativen Konzept der kollektiven Selbstbestimmung als *non-domination* stellte sie die These zur Diskussion, dass es legitim sein kann, das riskante Projekt der Demokratisierung ebenso wie die volle Herstellung von Souveränität für einen begrenzten Zeitraum aufzuschieben.

Gary Slater referierte über den engen Zusammenhang der liberalen Demokratien mit dem Konzept von Souveränität überhaupt. Unter dem Titel *Friends and Enemies: Liberal Democracy and Territorial Sovereignty* diagnostizierte er eine Krise dieser historisch engen Verbindung. Angesichts der globalen Herausforderungen entstehe ein *toxic Westphalianism*, der durch eine zunehmende Befestigung territorialer Grenzen und eine Verfestigung politischer Abgrenzungen bei einer gleichzeitigen Entgrenzung des Politischen geprägt ist.

Johannes Raphael (Würzburg) beschäftigte sich mit *Nationalismen im entwicklungspolitischen Diskurs* und fragte, ob Handeln im nationalen Interesse legitim sei oder grundsätzlich als Nationalismus betrachtet werden müsse. Eine allzu klare Unterscheidung zwischen der positiven Verwendung von „national“ und der Ablehnung von „Nationalismus“ sei zwar zu kritisieren, gleichzeitig seien Nationalstaaten aber eine Realität, die nicht ignoriert werden könne.

Timo Hartmann (Augsburg) fragte unter dem Titel *Die Akzeptanz des Nichtakzeptablen. Kollektive Entschuldigungen in industrialisierten Demokratien*, wer in der Demokratie Interessen formuliert und wie diese in Bezug auf ökologische Themen zustande kommen. Er warnte vor der Normalisierung von Gefahren und Risiken durch Verschiebung der Risikobewertung in reine Expertenkreise. Vielmehr müssen diese Bewertung und ihre gesetzliche Regelung Gegenstand breiter Deliberationsprozesse sein. Zwar stelle eine hohe Komplexität des Gegenstands ein Hindernis dafür dar, dies dürfe aber nicht dazu führen, Risikomaßstäbe ausschließlich Technokrat:innen zu überlassen.

Im letzten Panel des Forums, *Ressourcen der Demokratie*, setzte sich Janik Schwab (Freiburg) in einem Vortrag *Der Gemeinsinn – Eine Ressource für eine wehrhafte Demokratie? Eine sozialetische Potenzialanalyse eines angestaubten Begriffs* zunächst mit dem Gemeinsinn-Verständnis von Jan und Aleida Assmann auseinander und wies auf den Zusammenhang von Gemeinsinn und Gemeinwohl in der Sozialetik hin: Der Gemeinsinn ist als Haltung aufzufassen, sich für das Gemeinwohl in einem bestimmten Gemeinwesen einzusetzen, was für eine resiliente Demokratie besonders bedeutsam sei.

Barbara Ladenburger (Berlin/Bonn) schloss mit ihrem Vortrag *Widerstehen, anpassen, wiederherstellen – mögliche sozialetische Kriterien einer Demokratieresilienz* ab. Hierzu zeichnete Ladenburger zunächst in kritischer Weise den Resilienz-begriff in seiner Entwicklung nach. Anschließend präsentierte sie das Konzept der Demokratieresilienz nach Wolfgang Merkel. Dieses verband Ladenburger mit der sozialetischen Resilienz-forschung und reflektierte, welche Kriterien sich für Demokratieresilienz hieraus finden ließen. Am Ende exemplifizierte Ladenburger ihre Gedanken, indem sie skizzierte, was diese für den Umgang der Kirchen mit Rechtspopulismus bedeuteten.

Der Tagung ist es gelungen, sehr unterschiedliche Perspektiven auf die eingangs aufgeworfene Fragestellung aufzuwerfen. Dass die Demokratie als Idee vor großen Herausforderungen steht, schien dabei in mehreren Vorträgen auf. Je nach theoretischer Provenienz der Diagnosen kamen recht unterschiedliche Ansätze zur Bearbeitung dieser Herausforderungen in den Blick. Deutlich wurde in dieser Vielfalt, dass die Demokratie in ihren historisch konkreten Formen nur im Rahmen eines Geflechts verschiedener geistesgeschichtlicher Strömungen und Konzepte angemessen zu verstehen ist. Lange Zeit tragfähige konzeptionelle Verbindungen und Voraussetzungen sind fraglich geworden, sodass nicht nur politi-

sche, sondern auch theoretische Antworten zu suchen sind. Die Christliche Sozialethik kann dabei mit ihrer Kontextsensibilität und ihrem Blick sowohl auf soziale Praktiken als auch die institutionellen Strukturen, in denen sie stattfinden, einen wichtigen Beitrag zur

normativen Orientierung liefern. Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Band der Reihe *Forum Sozialethik* zusammengeführt.

Das nächste Forum Sozialethik wird sich mit strukturellen Ungleichheiten auseinandersetzen. Es findet dank der

Unterstützung durch die Kommende Dortmund in der Katholischen Akademie Schwerte vom 14. bis 16. September 2026 statt.

*Sebastian Dietz, Pavlos LeuBler,  
Patrick Lindermüller, Jannik Schwab*

# Machtanmaßung – spiritueller Missbrauch – sexualisierte Gewalt



## Den Herausforderungen begegnen und neue Wege denken

Unter dem Titel *Machtanmaßung – spiritueller Missbrauch – sexualisierte Gewalt. Den Herausforderungen begegnen und neue Wege denken* trafen sich im August vergangenen Jahres 45 Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen im Katholisch-Sozialen Institut in Siegburg. Ziel der von *Magdalena Hürten* (Regensburg), *Christiane Kuropka* (Münster), *Pavlos LeuBler* (Bonn) und *Jakob Schrage* (Bonn) organisierten Tagung war die Vernetzung von Wissenschaftler:innen in der Qualifikationsphase, die sich mit den unterschiedlichen Formen von Missbrauch in der Kirche beschäftigen. Besonders angesprochen waren die unterschiedlichen Fächer der Theologie, die Theologien unterschiedlicher Konfessionen und benachbarte Disziplinen wie Geschichtswissenschaft, Jura oder Psychologie. Inhaltlich wollte die Tagung den derzeit sehr heterogenen Diskurs systematisieren, Potenziale und Grenzen der Erklärung des Geschehe-

nen durch kirchliche Machtstrukturen erörtern, Präventionsansätze diskutieren und blinde Flecken der bisherigen Diskussion ansprechen. Dabei wurde auf eine interdisziplinäre Besetzung der Referate geachtet, um die Multidimensionalität des Themas angemessen aufzunehmen. Das große Interesse von Praktiker:innen ermöglichte zudem einen engen Austausch der Nachwuchswissenschaftler:innen mit Vertreter:innen der Präventions-, Aufarbeitungs- und Beratungspraxis, der sich für beide Seiten als wertvoll erwies und die Atmosphäre der Tagung prägte.

Die Tagung begann mit einem *historischen Fokus*. *Regina Nagel* (ehem. Vorsitzende des Gemeindereferent:innen-Bundesverbands und Historikerin) berichtete über spirituellen Missbrauch an erwachsenen Frauen in der katholischen Kirche des 19. Jahrhunderts. Den Schwerpunkt legte sie auf die Erfahrungen der Benediktinerin Enrichetta Caracciolo, die das Ordensleben als ein

System der Unterdrückung und Unfreiheit erlebte.

*Theresa Hüther* (Alt-Katholische Theologie, Bonn) berichtete, wie spiritueller und sexueller Missbrauch durch römisch-katholische Kleriker innerhalb der alt-katholischen Kirche schon im 19. Jahrhundert reflektiert wurde und welche präventiven Maßnahmen ergriffen wurden. Hüther argumentierte, dass in der interkonfessionellen Abgrenzung Räume entstanden, um über spirituellen und sexuellen Missbrauch sowie dessen Folgen für Betroffene zu sprechen, während sie in der römisch-katholischen Kirche ein Tabu blieben.

Im *Kolloquien*-Format gaben Wissenschaftler:innen Einblick in ihre entstehenden Dissertationen: *Theresa Thunig* (röm.-kath. Dogmatik, Bochum) verglich die Auseinandersetzung mit Missbrauchsfällen in der deutschen und US-amerikanischen Kirche und die jeweiligen Reaktionen der Bischöfe. Dabei stellte sie die Bedeutung der Medien



für öffentlichen Druck und die Vermittlung von Aufarbeitungsergebnissen heraus und fragte nach der Rolle der Weltkirche im Sinn der Gemeinschaft der Gläubigen.

*Maria Kubin* (Psychotherapeutin, Bischöfin und Theologin, Wien) erörtere das Konzept posttraumatischen Wachstums, einer positiven Veränderung bzw. Zunahme von Reife in Folge eines Traumas. Kubin zeigt in ihrer qualitativ angelegten Dissertation das Potenzial im Kontext eines Bibliodrama-Projektes, in dem traumatisierte Personen ihre Erfahrungen im biblischen Kontext reflektiert haben. Zugleich betonte sie die katastrophale Dimension eines jeden Traumas, die Gott nicht wollen kann.

Den Kolloquien folgten zwei *Workshops*. Einen hielt *Juliana Osterholz* (Projekt „Geistlicher Missbrauch in Geistlichen Gemeinschaften“, Münster und Systematische Beraterin), zur mentalen Gesundheit von jungen Wissenschaftler:innen im Kontext von Gewaltforschung. Sie ging von der Erfahrung aus, dass die Auseinandersetzung mit Zeugnissen und Fallberichten in Wissenschaft, Aufarbeitung, Prävention und Intervention das Wohlergehen und die Gesundheit beeinträchtigen kann und zeigte Wege auf, sich selbst im professionellen Umgang zu stabilisieren und die eigene Handlungsfähigkeit aktiv zu bewahren.

*Ulrike Heitmüller* (Politikwissenschaftlerin und Journalistin, Berlin) berichtete über Herausforderungen und Chancen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie ermutigte, sich bei Missständen an Journalist:innen zu wenden und gab praktische Tipps, wie zuverlässige und im Thema orientierte Journalist:innen gefunden und diese für das jeweilige Thema interessiert werden können.

Der zweite Tag kehrte mit dem Thema *spiritueller Missbrauch* zum Vortragsformat zurück:

*Constantin Mucha* (Seminarist der Erzdiözese Wien) stellte ausgehend von der Annahme, dass jede Erfahrung spi-

rituellen Missbrauchs als Instrumentalisierung der Gottesbeziehung durch eine (geistliche) Begleitperson einer Tragödie gleichkommt, eine möglichst enge Definition des Phänomens zur Diskussion. Ziel dieser Perspektive sei es, einerseits das Leid der Betroffenen ernst zu nehmen und andererseits Sicherheit auf Seiten der Geistlichen zu schaffen.

*Juliana Osterholz* präsentierte in ihrem Vortrag eine systemische Perspektive auf den spirituellen Missbrauch in Geistlichen Gemeinschaften. In diesen Systemen würden unterschiedliche Bedürfnisse sowohl durch Täterpersönlichkeiten als auch durch von ihnen abhängige Familien befriedigt. Kinder, die in solchen Systemen Missbrauch ausgesetzt sind, würden in der Forschung bisher übersehen. Osterholz warnte vor der erneuernden Bedeutung, die solchen Gemeinschaften kirchlicherseits zugeschrieben würde: Die Kombination aus extremer Selbstreferentialität und Berufungsspiritualität verstelle den Blick auf das Gefahrenpotenzial, da geistliche Gemeinschaften als ‚letzte Rettung‘ der schwindenden Kirche angesehen würden.

*Mélanie Cornet* (Praktische Theologie, Fribourg (Schweiz)) setzte sich in ihrem Vortrag mit der Spiritualität der Wiedergutmachung (*spirituality of reparation*) auseinander, wie sie in der Enzyklika *Dilexit nos* von Papst Franziskus dargelegt wird und konstatierte eine Verwechslung des moralischen Akts der Vergebung mit Wiedergutmachung, die ein Gebot der Gerechtigkeit darstelle.

Im Themenbereich *sexueller Missbrauch* gab *Sr. Mary Maximilian Koos* (Kirchenrecht, Ottawa (Kanada)) einen Einblick in ihre derzeitige Studie, deren Ziel es ist, anhand von spirituellen Missbrauchserfahrungen katholischer Ordensfrauen kirchenrechtliche Reformanliegen zu formulieren. Sie zeigte eine Vielzahl von massiv schädlichen Auswirkungen geistlichen Missbrauchs auf, der in seiner Übergriffigkeit als ‚psychische Vergewaltigung‘ oder ‚seelischer Mord‘ erfahren wird. Gerade im Leben religiöser Frauen müsse das Be-

wusstsein für spirituell missbräuchliches Handeln geschärft werden.

*Elis Eichener* (Praktische Theologie, Bochum) arbeitete in seinem Vortrag die Bedeutung von Intersektionalität als Analyseperspektive auf Macht heraus. Gesellschaftliche Positionierungen seien nicht monokausal, sondern als Auswirkung wechselseitiger Wirkungen von Merkmalen zu verstehen. Die Kirchen zeigten einen Mangel an Diversitätskompetenz, sexuelle Gewalt könne jedoch nicht ohne die Matrix gesellschaftlich relevanter Merkmale verstanden werden. Gesteigerte Aufmerksamkeit für Intersektionalität sei daher eine Hilfe bei der Identifikation von Gefährdungslagen für sexuelle Gewalt.

*Jan-Luca Helbig* (Jurist und Referent für Aufarbeitung im Erzbistum Köln) problematisierte die Frage von Entschädigungen. Die anfängliche Haltung der Deutschen Bischofskonferenz, diese aufgrund der Unmöglichkeit der Wiedergutmachung des Leids auf 5 000 Euro zu begrenzen, verortete er in der Moraltheologie des 20. Jahrhunderts. Mit Verweis auf Thomas von Aquin und Autoren des 16./17. Jahrhunderts erklärte Helbig jedoch, dass die Situation, dass Menschen nicht tun könnten, was sie zu tun schulden, weder ungewöhnlich sei noch die Genannten aus ihrer Verantwortung entlasse.

Im abschließenden Fokus *Narration – Prävention – Bewältigung* setzte sich *Julia van der Linde* (röm.-kath. Moraltheologie, Münster) mit Missbrauchs- und Vergewaltigungsmymen sowie der ethischen Relevanz von (theologischen) Gegennarrationen auseinander. Epistemische Ungerechtigkeit sei sowohl hermeneutischer Schlüssel für die erzählte epistemische Praxis wie auch für die kontextuellen Rahmenbedingungen der Textproduktion und -rezeption.

*Julia Pape* (röm.-kath. Neues Testament, Münster) thematisierte die Nutzung biblischer Narrative zur Legitimation von Missbrauchshandlungen. Am Beispiel der Gethsemane-Szene (Mk 14,32–42par) führte sie aus, dass das Motiv des Gehorsams gegenüber

dem Willen Gottes hierfür eine wichtige Rolle spielen. Oft werde der Gehorsam des Opfers mit dem Gehorsam Jesu gegenüber dem Vater identifiziert und das Leid mit dem Leid Jesu am Kreuz verbunden. Exegese müsse sich daher der Deutungsoffenheit, Verzweckbarkeit und Missbrauchsoffenheit biblischer Texte bewusst sein.

*Jonas Klur* (röm.-kath. Moraltheologie, Trier und Priester des Erzbistums Paderborn) stellte das Konzept der Atmosphärenkompetenz vor. Dabei stellte er fest, dass wir Atmosphären nicht ausgesetzt sind, sondern sie (mit-)gestalten können. Im Gegensatz zur MHG-Studie, die den Begriff Atmosphäre kaum verwende, greife die ForuM-Studie diesen Aspekt auf, sowohl mit Bezug auf Atmosphären, die Missbrauch fördern als

auch solche, die Enthüllungen blockieren. Atmosphärenkompetenz stelle eine wichtige Führungsqualifikation wie auch Kompetenz jedes Individuums dar.

Neben den Vorträgen boten *Plakatpräsentationen* die Möglichkeit, kleinere Themen und Fragen in die Diskussion der Tagung einzubringen sowie Institutionen und laufende Dissertations-, Habilitations-, sonstige Forschungs- und andere Präventionsprojekte vorzustellen.

Unterstützt wurde die Tagung durch das Stiftungszentrum des Erzbistums Köln, die Stiftung Katholischer Deutscher Frauenbund, das Katholisch-Soziale Institut Siegburg, die Katholisch-Theologische Fakultät Bonn und die Arbeits- und Forschungsstelle für Intervention, Prävention und Aufarbei-

tung von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt (IPA-HUB) der Universität Bonn.

Die Tagungsbeiträge werden in einem *Sammelband* dokumentiert, der 2026 erscheinen soll. Interessierte können sich unter [https://listen.uni-bonn.de/wws/info/vernetzung\\_ksi\\_2025](https://listen.uni-bonn.de/wws/info/vernetzung_ksi_2025) in eine *Mailinglist* zur weiteren Vernetzung eintragen. Zudem wird es vom 15. bis 17. März 2027 im Katholisch-Sozialen Institut, Siegburg, eine *Follow-up-Tagung* geben, um die Überlegungen fortzusetzen und weitere Entwicklungen des Diskurses zu diskutieren.

*Pavlos LeuBler, Magdalena Hürten, Christiane Kuropka, Jakob Schrage*





**Irmi Seidl, Angelika Zahrt: Post-growth and degrowth – an introduction**

Post-growth and degrowth have been key topics of discussion regarding growth since the 2000s. They are grounded in science, politics, and social transformation, drawing on a variety of critical perspectives. While post-growth focuses on independence from growth, degrowth centers on the deliberate reduction of economic production and resource use. The central question is whether a sufficient absolute decoupling of economic growth from resource consumption and environmental damage can be achieved within a reasonable timeframe. Critics of growth see no evidence that this is possible. Their goal is to replace the prevailing growth paradigm—with its dynamics and dependencies on growth—so that ecological limits can be respected, social achievements secured, and expanded globally to enable a good life for all

**Angela Kallhoff: Public Goods: A New Definition in Political Philosophy**

While public goods are considered problematic in economics, they have recently attracted attention in political philosophy. They are non-excludable and non-rivalrous with regard to potential beneficiaries. Because of their nature—being, in principle, available to everyone—they have a positive effect on democracy. They promote inclusion and equality, foster a public sphere where citizens can

interact as equals, and encourage the experience of diversity. Despite their great diversity, a perspective can thus be developed according to which core public goods are indispensable for the good co-existence of a political society.

**Gerhard Kruij, Alejandro Pelfini: Post-growth or post-extractivism? The good life within planetary boundaries**

In light of ecological disasters that have already occurred and those looming on the horizon, a debate—often ideologically charged—is unfolding between proponents of “green growth” and advocates of zero or even negative growth. From a Latin American perspective, this is not the choice we face. We describe the current “predatory capitalist” tendencies in Latin American economic policy and the criticism directed at them, but we show that the latter is often unhelpful and advocate for a path that can be described as a combination of sustainably oriented post-growth and post-extractivism.

**Nils Goldschmidt und Sarah Lange: Economic Multiperspectivity in the Post-Growth Debate Weakness or Strength?**

This article examines the role of economic multiperspectivity in the post-growth discourse and views theoretical diversity as a strength of economic analysis under changing ecological conditions. It demonstrates that economic theories provide context-specific responses

to societal challenges and thus also give rise to different interpretations of ecological crises. The focus is on the contrast between growth-oriented environmental economics and growth-critical ecological economics, as well as the lack of empirical evidence for a sufficiently absolute decoupling of economic growth and environmental impact. Against this backdrop, key currents in the post-growth debate are contextualized. The paper argues for a socially acceptable, regulatory-policy-based shift in the sense of an ecologically expanded social market economy. Economic multiperspectivity proves to be a prerequisite for sustainable and democratically legitimate transformation pathways.

**Bernhard Emunds: Against Ecological Regression. Reflections on the Limits of Growth – A Conversation with Tim Jackson**

Against the backdrop of Germany's growth-obsessed economic policy debate, this article outlines the ecological limits to growth and then distinguishes three levels of criticism of growth. Tim Jackson's growth-critical position falls within the middle stage; its central points are then presented: the growth dilemma he highlights, his critique of consumer capitalism, and his vision of a post-growth economy. Finally, several follow-up questions related to Jackson's proposal are raised.



### **Irmi Seidl, Angelika Zahrnt : Post-croissance et décroissance – une introduction**

Depuis les années 2000, les concepts de post-croissance et de décroissance ont émergé comme des sujets de débat critique à l'égard de la croissance économique. Orientées vers la science, la politique et la transformation, ces approches s'inspirent de perspectives critiques différentes. Alors que la post-croissance se concentre sur l'indépendance vis-à-vis de la croissance, la décroissance vise à réduire, de manière planifiée, la production économique et l'utilisation des ressources. La question centrale est de savoir si un découplage absolu suffisant entre la croissance économique et respectivement la consommation des ressources et la dégradation de l'environnement peut avoir lieu dans un délai approprié. Les critiques de la croissance ne voient aucune indication en ce sens. Leur objectif est de surmonter le paradigme de croissance dominant, avec ses dynamiques et ses dépendances, si bien que les limites écologiques puissent être respectées, les acquis sociaux préservés et étendus à l'échelle mondiale, et qu'une vie bonne soit accessible à tous.

### **Angela Kallhoff : Les biens publics. Leur redéfinition dans la philosophie politique**

Alors que les biens publics sont considérés comme problématiques par les sciences financières, ils ont récemment attiré l'attention de la philosophie politique. Ils ne sont ni exclusifs ni rivalisants vis-à-vis des bénéficiaires potentiels. En raison de leur caractère en principe accessible à tous, ils ont un effet positif sur la démocratie. Ils favorisent l'inclusion et l'égalité,

soutiennent une sphère publique, dans laquelle les citoyens et les citoyennes se rencontrent sur un pied d'égalité, et encouragent l'expérience de la diversité. Ainsi, malgré leur grande diversité, une perspective peut être développée qui montre que les biens publics essentiels sont indispensables pour le bon vivre ensemble dans la société politique.

### **Gerhard Kruij, Alejandro Pelfini : Post-croissance ou post-extractivisme ? La vie bonne dans les limites de la planète**

Face aux catastrophes écologiques déjà survenues ou à venir, un débat hautement idéologique s'engage entre les partisans d'une « croissance verte » et les défenseurs d'une croissance zéro, voire négative. Du point de vue de l'Amérique latine, cette alternative ne se présente pas de la même façon. Nous décrivons les tendances actuelles d'un capitalisme prédateur dans la politique économique en Amérique latine aussi bien que la critique que celles-ci suscitent. Nous montrons en même temps que cette critique est souvent peu utile, et plaidons pour une voie qui peut être qualifiée de combinaison entre post-croissance à orientation durable et post-extractivisme.

### **Nils Goldschmidt, Sarah Lange : Multiperspectivité économique dans le discours de post-croissance. Faiblesse ou plus-value ?**

L'article examine le rôle de la multiperspectivité dans le discours de post-croissance et considère le pluralisme de théories comme un point fort de l'analyse scientifique face à des conditions écologiques en mutation. Il montre que les théories économiques représentent des

réponses contextuelles à l'égard de défis sociaux et, de ce fait, donnent lieu à des interprétations différentes des crises écologiques. L'accent est mis sur le contraste entre une économie environnementale orientée vers la croissance et une économie écologique axée sur la décroissance, ainsi que sur l'absence d'une évidence empirique d'un découplage plus ou moins absolu entre la croissance économique et la pollution environnementale. C'est dans ce contexte que sont classés les principaux courants du débat sur la post-croissance. L'article plaide en faveur d'un changement de règles socialement acceptable, conforme aux principes politiques fondamentaux et s'inspirant d'une économie sociale de marché dotée d'une dimension écologique. La multiperspectivité s'avère donc être une condition préalable pour trouver des voies de transformation viables et démocratiquement légitimées.

### **Bernard Emunds : Contre la régression écologique. Réflexions critiques à l'égard de la croissance – entretien avec Tim Jackson**

Au vu du débat économique allemand fixé sur la croissance, cette contribution esquisse les limites de la croissance en distinguant trois niveaux de la critique vis-à-vis de celle-ci. C'est à un niveau intermédiaire que se situe la position de Tim Jackson, dont les principaux points sont ensuite présentés : le dilemme de la croissance qu'il met en évidence, sa critique du capitalisme consumériste et son projet d'une économie post-croissance. Finalement, l'article soulève quelques questions supplémentaires liées à la proposition de Jackson.



## SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHEINENEN HEFTE

4/2006	Markt für Werte (vergriffen)	4/2016	Umstrittener Pluralismus
1/2007	Lohnt die Arbeit?	1/2017	Was darf Leben kosten?
2/2007	Familie – Wachstumsmittel der Gesellschaft?	2/2017	Europa und Afrika
3/2007	Zuwanderung und Integration	3/2017	Ökumenische Sozialethik
4/2007	Internationale Finanzmärkte (vergriffen)	4/2017	Konsumethik
1/2008	Klima im Wandel	1/2018	Digitalisierung gestalten
2/2008	Armut / Prekariat	2/2018	Terrorismus und Terrorismusbekämpfung
3/2008	Gerüstet für den Frieden?	3/2018	Wohnen
4/2008	Unternehmensethik	4/2018	Steuergerechtigkeit
1/2009	Wie sozial ist Europa?	1/2019	Die öko-soziale Transformation
2/2009	Hauptsache gesund?	2/2019	Demokratie neu stärken
3/2009	Caritas in veritate	3/2019	Ethik der Mobilität
4/2009	Wende ohne Ende?	4/2019	Nationalstaat und nationale Identitäten
1/2010	Gerechte Energiepolitik	1/2020	Die Kirchenreform
2/2010	Steuern erklären	2/2020	Pflegearbeit
3/2010	Neue Generation Internet – grenzenlos frei?	3/2020	Friedensethik vor neuen Herausforderungen
4/2010	Agrarpolitik und Welternährung	4/2020	Konfessionelle Wohlfahrt im Umbruch
1/2011	Zivilgesellschaft	1/2021	Fratelli tutti
2/2011	LebensWert Arbeit	2/2021	Landwirtschaftspolitik
3/2011	Wohlstand ohne Wachstum?	3/2021	Soziale Medien: Ethik und Politik
4/2011	Soziale Marktwirtschaft für Europa?	4/2021	Jüdisches Leben in Deutschland
1/2012	Religionspolitik	1/2022	Weltwirtschaft
2/2012	Was dem Frieden dient	2/2022	Finanzethik
3/2012	Finanzmärkte und Staatsschulden	3/2022	Künstliche Intelligenz
4/2012	Stark gegen Rechts	4/2022	Gemeinsame Verantwortung der Religionen
1/2013	Bevölkerungswachstum	1/2023	Stellschrauben gegen soziale Ungerechtigkeit
2/2013	Menschenrechte interreligiös	2/2023	Zeitenwende?!
3/2013	Geschlechtergerechtigkeit	3/2023	Die globale Transformation
4/2013	Altern und Pflege	4/2023	Globale Märkte und Abhängigkeiten
1/2014	Ressourcenkonflikte	1/2024	Migration
2/2014	Solidarität in Europa	2/2024	Anwaltschaft
3/2014	Die Würde der Tiere ist antastbar	3/2024	Machtdynamiken
4/2014	Freihandel	4/2024	Gesellschaftlicher Zusammenhalt
1/2015	Transnationale Steuerung	1/2025	Gefährdete Demokratien
2/2015	Kirche und Geld	2/2025	Gesundheit – für wen?
3/2015	Ethik in der Stadt	3/2025	Kampf ums Klima – Zehn Jahre nach <i>Laudato Si'</i> und dem Pariser Abkommen
4/2015	Laudato si'	4/2025	Stabile, fragile Solidaritäten
1/2016	Soziale Ungleichheit	1/2026	Ende der regelbasierten Weltordnung?
2/2016	Korruption und Compliance	2/2026	Wider das Wachstum
3/2016	Inklusion und Behinderung		



## VORSCHAU

### Heft 3/2026

Schwerpunktthema: Diversität

### Heft 4/2026

Schwerpunktthema: Bildungsgerechtigkeit und strukturelle Ungleichheit

### Heft 1/2027

Schwerpunktthema: Alterssicherung

# Eine theologische Bilanz des Franziskus-Pontifikats

Dieser Band widmet sich den zentralen Texten von Papst Franziskus – darunter Evangelii gaudium, Laudato si', Amoris laetitia, Querida Amazonia, Fratelli tutti, Delixit nos und Für eine synodale Kirche. Die Schreiben, die programmatisch für sein Pontifikat sind, die große sozial-ethische Relevanz haben, die weltkirchlich bzw. ekklesiologisch von Bedeutung sind oder die für die Frage nach Spiritualität und Glauben im 21. Jahrhundert Impulse setzen, erfahren eine eingehende theologische Würdigung.

**Auf diese Weise stellt das Buch das geistige Erbe des Franziskus-Pontifikates für Kirche und Menschheit eindrücklich vor Augen.**

200 S. | € 30,00  
ISBN 978-3-534-02681-2

